INSTITUT FÜR DEUTSCHE SPRACHE

SPRACH REPORT

D 14288

Informationen und Meinungen
zur deutschen Sprache
Herausgegeben vom
Institut für Deutsche Sprache
Mannheim
Heft 2/2017, 33. Jahrgang

1
Heidrun Deborah Kämper
Das Grundsatzprogramm der AfD und seine historischen Parallelen. Eine Perspektive der Politolinguistik

22
Helmut Henne
Sprache im Widerstand
Am Beispiel der Schattenfrau 1938-1945

28
Konstantina Vassiliou-Enz/
Alice Lanzke/Daniel Bax
Am Anfang ist das Wort

36
Mareike Teichmann/Edeltraud Winkler/Annelen Brunner
Wortschätze: Dynamik, Muster, Komplexität
Bericht von der 53. Jahrestagung des Instituts für Deutsche Sprache, Mannheim, 14.-16. März 2017

44
Ekkehard Felder
Anmaßung in der politischen Sprache – nicht nur ein Merkmal sogenannter Populisten

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Deutsche Sprache
Postfach 10 16 21
68016 Mannheim

<www.ids-mannheim.de>

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Diskutieren Sie den SPRACHREPORT auf unserer facebook-Seite:
www.facebook.com/ids.mannheim

Redaktion:
Annette Trabold (Leitung),
Ralf Knöbl, Horst Schwinn,
Doris Stolberg, Eva Teubert
Redaktionsassistenz:
Theresa Schnedermann,
Carolin Häberle

Satz & Layout:
Sonja Tröster

Bezugsadresse:
Institut für Deutsche Sprache
Postfach 10 16 21
D-68016 Mannheim
Tel. +49 621 1581-0

Digital:
<www.ids-mannheim.de/sprachreport>

E-Mail: sprachreport@ids-mannheim.de

Herstellung:
Morawek, 68199 Mannheim
gedruckt auf 100% chlorfrei
gebleichtem Papier

ISSN 0178-644X

Auflage: 2 100
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Printversion einschließlich Versand:
10,- € jährlich, Einzelheft: 3,- €

Hinweis:

Die SPRACHREPORT-Redaktion befürwortet einen Sprachgebrauch, der Frauen und Männer gleichstellt. Sie überlässt es aber den Autorinnen und Autoren, ob sie genderneutrale Ausdrücke verwenden oder nicht.

Heidrun Deborah Kämper

DAS GRUNDSATZPROGRAMM DER AFD UND SEINE HISTORISCHEN PARALLELEN

EINE PERSPEKTIVE DER POLITOLINGUISTIK

Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Deutsche Sprache in Mannheim.

Einleitung: Sprache und Politik

> Das alles führt zu ungerechten Pauschalverdächtigungen gegenüber der Mehrzahl der rechtstreuen, integrierten ausländischen Mitbürger als auch der rechtstreuen Asylbewerber. (AfD 2016, S. 42)
>
> Der gesetzliche Mindestlohn [...] korrigiert im Bereich der Entlohnung die Position der Niedriglohnempfänger als schwache Marktteilnehmer gegenüber den Interessen der Arbeitgeber als vergleichsweise starke Marktteilnehmer. (AfD 2016, S. 24f.)
>
> Weder familienbedingte Erwerbspausen noch Teilzeitarbeit sollten sich negativ auf den beruflichen Status und die weitere berufliche Entwicklung auswirken. (AfD 2016, S. 34)

Das sind Sätze aus dem Grundsatzprogramm der AfD (Vorlage zum Bundesparteitag am 30.04.2016 / 01.05. 2016). Sie drücken eine Einstellung und Haltung aus, die jeden Freund und jede Freundin von Multikulturalität, Familienfreundlichkeit und Sozialstaat in höchstem Maß erfreuen.

> Die ungeregelte Asylzuwanderung, die dem Wirtschaftsstandort Deutschland nicht nutzt und der Gesellschaft schadet. (AfD 2016, S. 46)
>
> Niedrigqualifizierte wandern überwiegend über missbräuchliche Asylanträge zu [...]. (AfD 2016, S. 51)
>
> Jeder Einwanderer hat eine unabdingbare Bringschuld, sich zu integrieren; (AfD 2016, S. 47)
>
> Mehrzahl der Täter im Bereich der organisierten Kriminalität sind Ausländer. (AfD 2016, S. 19)

Das sind Sätze aus dem Grundsatzprogramm der AfD. Sie drücken eine Einstellung und Haltung aus, die jeden Freund und jede Freundin von nationalstaatlich-konservativen und exkludierenden Konzepten in höchstem Maß erfreuen.

WIDERSPRÜCHLICH ERSCHEINENDE AUSSAGEN ALS SPRACHLICH-KOMMUNIKATIVE STRATEGIE DER AFD

Auf das Ganze des Textes gesehen ist damit eine sprachliche Strategie der Vertreterinnen und Vertreter der AfD demonstriert, die sie zu ihrem sprachlich-kommunikativen Prinzip gemacht haben: mit widersprüchlich erscheinenden Aussagen den Eindruck von Differenziertheit, gerechtem Urteil und sorgfältiger Abwägung erzeugen und damit diskutabel sein für Adressaten unterschiedlicher Provenienz.[1] So beschreibt das AfD-Programm einerseits Positionen, die durchaus mit denen z. B. der Grünen oder der SPD vereinbar sind.[2] Andererseits können die Aussagen z. T. nicht anders denn als nationalistisch und rassistisch bezeichnet werden. Dieses Phänomen ruft die Linguistik auf, das Programm der AfD mit ihren Mitteln, den Mitteln der ‚Sprache und Politik'-Forschung, zu analysieren und zu beschreiben.

POLITIK FUNKTIONIERT DURCH UND MITTELS SPRACHE

Die Erkenntnis, dass Politik durch Sprache funktioniert, hat seit 1945, mit der Totalitarismuserfahrung 1933 ff. im Rücken, eine linguistische Perspektive entwickelt, die als ‚Sprache und Politik'-Forschung seit den 1960er Jahren eine etablierte Teildisziplin der Sprachwissenschaft darstellt. Von den durch Victor Klemperers „LTI" und Sternbergers / Storz' / Süskinds „Wörterbuch des Unmenschen" ausgehenden nichtprofessionellen Anfängen hat sich die Disziplin von der rein wortbezogenen Perspektive der Frühphase über Text- und Diskursanalysen bis hin zur Internetkommunikation sowohl methodisch als auch theoretisch entwickelt. Die seit Anfang der 1960er Jahre zunehmende Professionalisierung des Teilfachs spiegelt nicht nur die Perspektivenvielfalt ihrer Zugriffe, sondern auch die inhaltliche Komplexität und Vielfalt ihrer Gegenstände: NS-Sprache, Deutsch Ost – Deutsch West, Sprache der 68er, Nachrüstungsdebatte, die politische Wende von 1983 und von 1989 / 90, parlamentarische Kommunikation, semantische Kämpfe, Medien, Migration, Atomkraft, Wahlkampf, Wahlplakate, Geschichte politischer Sprache sind nur einige wenige der Gegenstände, die das Forschungsfeld markieren.

Ausgehend von der sprachtheoretischen Voraussetzung, dass Sprache ein „Mittel der Verhaltenssteuerung und der sozialen Integration" (Dieckmann 1975, S. 27) sowie der Kontrolle ist, bestehen die

„Dafür steht die AfD“ (Grundsatzprogramm) und weitere Flyer, August (2016)

> Ziele von sprachlich Handelnden mit politischer Absicht [...] darin, den Adressaten der Äußerung(en) bestimmte Auffassungen nahezubringen, sie zu bestimmten Überzeugungen zu bringen, bestimmte Einstellungen zu induzieren etc., die sich auf politisch relevante Sachverhalte beziehen. (Liedtke 1996, S. 6)

Aufgabe der nachfolgenden kritischen linguistischen Bewertung des Grundsatzprogramms der AfD ist es, festzustellen, ob bzw. inwiefern es von Geisteshaltungen und Weltsichten bestimmt ist, die dem Regelsystem der im Grundgesetz kodifizierten freiheitlich-demokratischen Gesellschaft widersprechen und den Konsens der Nachkriegsgesellschaft, der seit 1945 – also mit den Erfahrungen des Zivilisationsbruchs im Rücken – gilt und der sich in dem einfachen Satz „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ verdichtet, aufkündigt oder nicht.

IN DEM SATZ „DIE WÜRDE DES MENSCHEN IST UNANTASTBAR“ VERDICHTEN SICH DIE FREIHEITLICH-DEMOKRATISCHEN GRUNDWERTE

Das Grundsatzprogramm als politische Textsorte

Programme politischer Parteien sind Gegenstand der Politolinguistik, seit es diese gibt. Als Textsorte sind Parteiprogramme gekennzeichnet zum einen von ihrer Funktion der Deklaration und Explikation politischer Ziele sowie des Bekenntnisses von Weltsicht, zum andern von ihrem Adressatenbezug, denn sie sind – identitätsstiftend – nach innen auf die Anhänger der Partei (Klein 2008, S. 736) sowie – appellierend – nach außen an die politisch interessierte Gesellschaft gerichtet.[3]

PARTEIPROGRAMME HABEN EINE IDENTITÄTSSTIFTENDE UND APPELLIERENDE FUNKTION

In den vergangenen Jahren ist, mit der Veränderung des Parteienspektrums, die Auseinandersetzung mit Parteiprogrammen wieder wichtiger geworden. Die Existenz und (durch die Wähler herbeigeführte) Beteiligung der Piraten-Partei, der Linkspartei und der AfD (seit einem Jahr mit der Abspaltung ALFA) haben das Vierparteiensystem in Frage gestellt. Ein damit einhergehender Zwang zur Profilierung und Abgrenzung kommt insbesondere in den jeweiligen parteiprogrammatischen Schriften zum Ausdruck. Insofern ist insbesondere die Politolinguistik hier herausgefordert, entsprechendes Wissen aus dem Bereich ‚Sprache und Politik‘ zu generieren. Denn: Es wird angesichts der zunehmenden Besetzung politischer Ränder zunehmend wichtiger, die sprachliche Repräsentation politischer Profile zu erkennen, die sprachliche Vergegenwärtigung politischer Strategien zu wissen, zu historischen politischen sprachlichen Vorbildern Bezüge herstellen zu können, Leitwörter und ihre Bedeutungsstruktur zu kennen. Insbesondere diese sind in politischen Programmen insofern von Bedeutung, als die Texte wohl reflektiert sind, Bekenntnischarakter haben und von einer mehr oder weniger großen Parteiöffentlichkeit approbiert sind. Damit sind Parteiprogramme Texte mit einem hohen, der Parteinorm entsprechenden Verbindlichkeitsstatus, der es erlaubt, den Befunden der sprachlichen Analyse eines Parteiprogramms einen hohen Gültigkeitsgrad zuzusprechen.

AUFGABE DER POLITOLINGUISTIK: UNTERSUCHUNG DER SPRACHLICHEN REPRÄSENTATION POLITISCHER AUSSAGEN

Die folgende linguistische Darstellung des Parteiprogramms der AfD stammt aus dem Juni 2016 und ist insofern mitten in der allgemeinen Diskussion dieses Programms situiert. Als es zum Parteitag Ende April / Anfang Mai 2016 nach einer längeren Ankündigungsphase vorgelegt und von der Parteiversammlung mit großer Zustimmung verabschiedet wurde, war die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit groß – und diese hält an.

Die nachfolgende linguistische Beschreibung ist eine politolinguistische Auseinandersetzung mit dem Programm einer Partei, die das nachkriegsdeutsche Partei-

engefüge verändert hat, die – aufgrund ihrer Positionen, die z. T. als konservativ-national(istisch), z. T. als fremdenfeindlich, z. T. als rassistisch, z. T. als verfassungswidrig bewertet werden – in hohem Maß umstritten ist. Dieses Szenario fordert die Politolinguistik geradezu heraus, mit ihrem Instrumentarium zur Klärung beizutragen.

Insofern politische Positionen entscheidend von dem Selbstbild der diese Positionen vertretenden politischen Instanz geprägt sind, wird zunächst nach Aspekten der Selbstinszenierung der AfD gefragt. Im Anschluss werden Beispiele für ideologische Polysemie Aufschluss darüber geben, in welchen Hinsichten die Autorinnen und Autoren des Programms Leitwörter des gegenwärtigen politischen Diskurses aufnehmen und umdeuten.

Im Sinn einer kulturlinguistischen, d. h. interpretativen, Ableitung von Geisteshaltungen – diese sind im Wesentlichen Gegenstand der öffentlichen Kritik – wird anschließend aus spezifischen Formen von Sprachgebrauch im Programm der AfD das Menschenbild dieser Partei herausgearbeitet. Es wird damit vorausgesetzt, dass es sprachlich gefasste Menschenbilder sind, in denen sich politische Orientierungen ausdrücken. Eine solche linguistische Aufbereitung stellt auf empirisch fundierte Weise die Grundlage der hier nicht zu leistenden politischen Beurteilung bereit.

Die Frage nach dem Menschenbild der AfD steht im Zentrum der Untersuchung. Vorausgesetzt wird, dass es das Menschenbild einer politischen Institution ist, in dem deren Werthaltung und das daraus resultierende Programm begründet sind. Da der gesellschaftliche Diskurs der Bundesrepublik seit 1949 das von Gleichheit und Würde geprägte Menschenbild konsensuell voraussetzt, ist hier das Kriterium vorgegeben zur Überprüfung politischer Programmatik. Die Leitfrage orientiert sich hier an der Ausdeutung des Eigenen und des Fremden.

Inszenierung: Das Selbstbild der Partei

Eine zentrale Strategie von Politikerinnen und Politikern ist die Selbstdarstellung. Ohne Selbstinszenierung und Imagearbeit ist kein politischer Auftritt denkbar. Ein politischer Auftritt ist auch das Grundsatzprogramm einer Partei, mit dem diese sich ein Image schafft, eine Identität gibt. Zwei zentrale Aspekte werden nachfolgend als Phänomene der Imagearbeit vorgestellt, die im Grundsatzprogramm der AfD das Bild der Partei inszenieren.

Demokratische Norm

Das Programm der AfD beginnt mit der Präambel, deren erste Sätze lauten:

> Wir sind Liberale und Konservative. Wir sind freie Bürger unseres Landes. Wir sind überzeugte Demokraten. (AfD 2016, S. 1)

Mit dieser Selbstidentifizierung teilt die AfD den Leserinnen und Lesern des Programms mit:

1) „Wir bewegen uns mit den Eigenschaften *liberal* und *konservativ* innerhalb des Rahmens, den die Norm des pluralistischen demokratischen Rechtsstaats vorgibt."
2) „Wir beanspruchen das in diesem Rechtsstaat verbürgte Recht der Freiheit."
3) „Wir sind als Demokraten legitime Vertreter dieses Rechtsstaats."

Die Botschaft dieser Selbstvorstellung lautet mithin: „Die AfD ist eine innerhalb der demokratischen Norm sich bewegende verfassungsgemäße Partei."

DIE AFD STELLT SICH ALS ‚PARTEI DES GESUNDEN MENSCHENVERSTANDES' DAR

Weiteres Beispiel expliziter Selbstkonzeption ist die positiv konnotierte, bemerkenswerterweise in einfache Anführungszeichen gesetzte und damit eigentlich Distanz markierende Selbstzuschreibung ‚Partei des gesunden Menschenverstandes',[4] die bedeutet:

4) „Die AfD ist eine Partei, deren Programm auf einem unverbildeten, natürlichen und sachbezogenen Urteil beruht, von der Bewertung des Gegebenen ausgeht und das praxisbezogen und konkret ist."

In diesem Fall sagt die Selbstzuschreibung aus: „Die AfD ist eine von hohem, vor allem realitätsbezogenem Urteilsvermögen gekennzeichnete Partei." Übrigens: Ihren Wählern schreibt sie dieselbe Eigenschaft zu, wenn ausgeführt wird,

> auf das politische Urteilsvermögen und die Verantwortungsbereitschaft der mündigen Bürger (AfD 2016, S. 5)

zu setzen. Hier wird eine Symbiose geschaffen.

Weiterhin stellt sich die AfD in die in der Bundesrepublik wohl beleumundete Tradition der sozialen Marktwirtschaft:

> Als Partei der sozialen Marktwirtschaft will die AfD erreichen, dass [...]. (AfD 2016, S. 15)

Das bedeutet:

5) „Die AfD ist eine Partei, die diejenige Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik fortsetzt, die Konrad Adenauer und Ludwig Erhard begründet haben, und die Prosperität und Fortschritt erbracht haben."

Die Botschaft lautet: „In Zeiten der Globalisierung, die Unübersehbarkeit, Risiko und Unberechenbarkeit bedeutet, ist die AfD die Partei der wirtschaftlichen und sozialen Sicherheit und Verlässlichkeit."

Wir sehen: Die AfD verwendet zu ihrer Selbstkonzeption stereotypisierende Elemente, die sie mit den Eigenschaften ‚demokratisch', ‚sachlich' und ‚verlässlich' versieht und damit mit solchen Eigenschaften, die gesellschaftlich konsensuell hohe Werte bezeichnen und die den Versuch darstellen, auf diesem Weg Zustimmungsbereitschaft hinsichtlich der politischen Ziele zu erzeugen.

Aufräumer-Attitüde

Abgesehen von diesen expliziten Selbstzuschreibungen ist natürlich die Formulierung von Haltungen und Einstellungen ein zentraler Identitätsmarker. Im Fall des AfD-Programms ist es die Markierung der „Aufräumer"-Partei, mit der die Autorinnen und Autoren sich und der Partei Identität schaffen. Diese wird als Politik- und Parteienkritik präsentiert. Die AfD inszeniert sich programmatisch als diejenige Partei, die alle vermeintlichen „Missstände" in Politik und Gesellschaft beseitigt und Ordnung herstellt. Die Selbstbezeichnung *Alternative* drückt diesen Anspruch aus, ebenso wie die höchst frequente Verwendung entsprechender Leitwörter, Formeln und Sätze, die einen politischen Sachverhalt als Missstand, als überlebt, als nicht zeitgemäß bewertet.

INSZENIERUNG DER AFD ALS ‚ALTERNATIVE' ORDNUNGSINSTANZ

Leitwörter und Formeln dieser Politik- und Parteienkritik sind:

> Parteibuchwirtschaft (AfD 2016, S. 5);
>
> Ämterpatronage ist unter Strafe zu stellen (AfD 2016, S. 5);
>
> Einführung eines Straftatbestandes der Steuerverschwendung (AfD 2016, S. 9);
>
> Deutschlands Staatsapparat (AfD 2016, S. 3);
>
> Die Abgeordneten unserer Parlamente haben ihre Funktion als Mandatare der Bürger verloren. Ihre Loyalität gilt zuerst der politischen Partei, der sie angehören. Von ihr erhalten sie ihre Wahlchancen und ihre Wahl sichert typischerweise ihren Lebensunterhalt. (AfD 2016, S. 6);

> Die politische Klasse Deutschlands hat das Wahlrecht und die Wahlverfahren im Laufe der Zeit immer perfekter ausgenutzt und angepasst, um den Einfluss des Volkes zu minimieren. (AfD 2016, S. 7)
>
> Die sich fortsetzende Tendenz zum Berufspolitikertum hat der Monopolisierung der Macht Vorschub geleistet und die unübersehbare Kluft zwischen dem Volk und der sich herausgebildeten politischen Klasse vergrößert. Vetternwirtschaft, Filz, korruptionsfördernde Strukturen und verwerflicher Lobbyismus sind die Folge. (AfD 2016, S. 7)

Diese Attitüde wird in verschwörungstheoretischer Manier begründet:

> Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. Sie hat die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten. Es hat sich eine politische Klasse von Berufspolitikern herausgebildet, deren vordringliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt. Es handelt sich um ein politisches Kartell, das die Schalthebel der staatlichen Macht, soweit diese nicht an die EU übertragen worden ist, die gesamte politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in Händen hat. (AfD 2016, S. 3)

Politikerinnen und Politikern wird in diesem Text generell ein von Selbstinteresse geleitetes und nicht-reflektiertes, gleichgültiges Handeln unterstellt, womit sich eine Politik- und Demokratiefeindlichkeit ausdrückende Aggression manifestiert. Diese rechtspopulistische Politikkritik bringt die AfD stilistisch in denunziatorischer Diktion vor, die typische Sprachhandlung dieses denunziatorischen Stils ist die der Verleumdung und der Unterstellung, die grammatisch in apodiktischen, Widerspruch nicht zulassenden Aussagesätzen formuliert sind.

PARALLELEN ZUM POLITISCHEN DISKURS DER RECHTEN PARTEIEN IN DER WEIMARER REPUBLIK

Dieses Muster ist bekannt und hinsichtlich dieser partei- und politikkritischen Attitüde kann auf das historische Vorbild der Weimarer Republik verwiesen werden. Im politischen Diskurs der 1920er Jahre finden wir bei der extremen Rechten (NSDAP, DNVP) denselben diffamierenden und denunzierenden Stil, in dem über Politik, Politiker und Parteien geredet wird, dieselben apodiktischen Konstruktionen, dieselben Leitwörter wie z. B. im Programm der NSDAP von 1920:

> Wir bekämpfen die korrumpierende Parlamentswirtschaft einer Stellenbesetzung nur nach Parteigesichtspunkten ohne Rücksicht auf Charakter und Fähigkeiten. (NSDAP 1920, S. 157)

In derselben Weise geißelt Hitler in einer Rede aus dem Jahr 1923 mit nationalistischer Argumentation das Parteiensystem:

> So ist es gekommen, wie es kommen mußte, wie es immer wieder kommen wird, solange sich das deutsche Volk solche Regiererei der Parlamentsparteien gefallen läßt. [...] die Reichstagsmehrheit vertritt alles andere als nationale Interessen! Das Reich ist ja nicht mehr das deutsche Reich des deutschen Gefühls, sondern das Reich der Parteien! Diese aber kennen bloß ihre abgedroschenen Parteidogmen, ihre Parteigrundsätze, nicht aber deutsches Volksgefühl! (Hitler 1923, S. 181)

Wer aufräumt, bewegt sich in dem vergangenheitsorientierten Denkmuster der Restituierung. Dieses Denkmuster hat eine lexikalische Entsprechung in dem Wörtchen *wieder*. Es ist auffallend, wie häufig im Text des AfD-Programms beansprucht wird, etwas in einen ursprünglichen Zustand zurückversetzen zu wollen. *Wieder* wird in diesen Beispielen nicht in temporal-repetitiver Lesart, sondern im Sinn einer restituierenden Bedeutung verwendet:

> Nationale Souveränität **wieder**herstellen (AfD 2016, S. 15);
>
> Damit die Staaten Europas **wieder** zu Leuchttürmen für Freiheit und Demokratie in der Welt werden können (AfD 2016, S. 10);
>
> Wir fordern, die Einbürgerung Krimineller zuverlässig zu verhindern, den Anspruch auf Einbürgerung abzuschaffen, den früheren Status Quo des Abstammungsprinzip (galt bis 2000) **wieder** einzuführen (AfD 2016, S. 18);
>
> die militärischen Fähigkeiten der deutschen Streitkräfte **wieder** herzustellen, um Anschluss an die strategischen und operativen Erfordernisse zu finden. Diese von der AfD geforderte **Wieder**herstellung (AfD 2016, S. 21);
>
> Wehrpflicht **wieder** einsetzen (AfD 2016, S. 22);

Grundwehrdienst **wieder** einzusetzen (AfD 2016, S. 23);

Organe und Institutionen des Staates [müssen] sich **wieder** an das Recht halten (AfD 2016, S. 16);

Wiederherstellung unseres Rechtssystems (AfD 2016, S. 16);

die AfD fordert Recht auf freie Rede für freie Bürger **wieder** ein (AfD 2016, S. 46);

Gleichberechtigung muss **wieder** Chancengleichheit bedeuten (AfD 2016, S. 44);

die Studienabschlüsse müssen **wieder** klare Inhalte vermitteln [...] Pädagogische Hochschulen [...] sind [...] **wieder** einzuführen (AfD 2016, S. 37);

dass an den Oberschulen **wieder** Bildungsinhalte im Mittelpunkt [...] stehen (AfD 2016, S. 39);

Das Abitur muss **wieder** eine Hochschulreifeprüfung werden (AfD 2016, S. 39);

dem Grundrecht zur freien Meinungsäußerung muss [...] **wieder** zur uneingeschränkten Geltung verholfen werden. (AfD 2016, S. 42)

SPRACHLICHE MANIFESTATION DES VERGANGENHEITSORIENTIERTEN DENKENS: *WIEDER*

Insbesondere in Bezug auf die Grundhaltung der AfD, die dem Autoritären als Prinzip verpflichtet ist und die eine Gesellschaft der Vertikalität idealisiert, kommt die vergangenheitsorientierte Restituierungshaltung zum Ausdruck, vor allem hinsichtlich der Rechtsprechung:

Dem Recht **wieder** zur Durchsetzung verhelfen (AfD 2016, S. 16);

Müssen sich die Organe **wieder** an das Recht halten (AfD 2016, S. 16);

Die Justiz muss **wieder** schneller arbeiten (AfD 2016, S. 16);

Respekt bei den jugendlichen Serientätern **wieder**herstellen. (AfD 2016, S. 16)

Wieder ist in diesen Beispielen mehrdeutig, was mit dem Wahrheitswert der Behauptung zu tun hat. Hinsichtlich des Wahrheitswertes der Aussage ist der Gebrauch dann unproblematisch, wenn in Bezug auf etwas nachweislich gegenwärtig nicht Existierendes (wie die allgemeine Wehrpflicht) gefordert wird, dieses einzuführen. *Wieder* bedeutet hier: Das Bezeichnete hat einmal existiert und soll erneut existieren. Strategisch suggestiv dagegen ist der Gebrauch von *wieder*, wenn eine Aussage mit der entsprechenden Forderung die Existenz eines Sachverhalts leugnet, die rein ideologisch motiviert ist: Wer fordert, das Rechtssystem wieder herstellen zu wollen, behauptet, dass das Rechtssystem gegenwärtig außer Kraft ist. Wer behauptet, dem Grundrecht der freien Meinungsäußerung wieder Geltung verschaffen zu wollen, behauptet, dieses Grundrecht sei gegenwärtig außer Kraft. Das ist diejenige sprachliche Camouflage-Strategie, mit der die AfD ein Klima des Misstrauens und der Konfrontation erzeugt, die die Ideologie des autoritären Ordnungsstaats zum Vorbild hat.

DAS PROGRAMM DER AFD VERSTÖSST GEGEN POLITISCH KORREKTE SPRACHVORGABEN

Zu dieser Strategie, die die Atmosphäre der Denunzierung und die Selbstidentität der Aufräumer-Partei erwirkt, zählt schließlich auch, was im Programm über political correctness zu lesen ist.

> Politisch korrekte Sprachvorgaben lehnen wir ab (AfD 2016, S. 32),

lässt man apodiktisch verlauten und bewertet die Praxis als gesellschaftsschädigend:

> Tatsachen sollen als solche benannt und nicht aus politischen Gründen verschleiert werden. [...] Was wahr ist, kann nicht „unkorrekt" sein. (AfD 2016, S. 33)

Argumentativ ausgestattet mit dem Wahrheitstopos, machen diese Sätze deutlich: Indem die Verfasserinnen und Verfasser des Textes die sprachlichen Regeln der political correctness als Verschleiern und – implizit – als Lüge („was wahr ist, kann nicht ...") konzipieren, ignorieren sie, dass die Idee der political correctness ihren ethischen Ursprung in Empathie und Inklusion hat, indem diskriminierende Äußerungen (etwa bzgl. Geschlecht, Herkunft oder körperlicher Einschränkung) damit unterbunden werden sollen. Im Text dagegen wird das Image der Offenheit und Ehrlichkeit bedient, und wir werden im Verlauf sehen, dass diese Ablehnung politisch korrekter Sprache pro domo formuliert wurde: Das Programm der AfD zeichnet sich sprachlich durch Verstöße gegen diese sprachliche Ethik aus.

Ideologische Polysemie im AfD-Programm

Einer der zentralen Gegenstände der Politolinguistik ist das Phänomen der ideologischen Polysemie (Dieckmann 1975, S. 70-75). Mit diesem Terminus wird die Eigenschaft von Wörtern bezeichnet, „die verschiedenen Ideologien gemeinsam sind und deren verschiedene Sinndeutungen nebeneinander in einer Sprache auftauchen“ (Dieckmann 1975, S. 71). Dieses Phänomen hat Josef Klein „Bedeutungskonkurrenz“ genannt: den bezeichnungsidentischen Gebrauch eines Schlagworts mit parteiabhängiger Spezifizierung der Bedeutung (Klein 1989, S. 22).[5]

Ideologische Polysemie entsteht, wenn ein politischer Akteur ein herausgehobenes, häufig verwendetes Wort des politischen Gegners, das dieser mit einer bestimmten Bedeutung versehen hat, mit einer neuen anderen Bedeutung versieht. Dies ist eine Strategie, die sich alle politischen Parteien zu eigen machen, so auch die AfD.

WILLKOMMENSKULTUR UND *GLEICHBERECHTIGUNG* – IDEOLOGISCHE POLYSEMIE ALS STRATEGISCHES MITTEL

Eines dieser Leitwörter des heutigen gesellschaftsbezogenen Diskurses ist der Ausdruck *Willkommenskultur*. Er wurde höchst frequent verwendet im Herbst und Winter 2015 / 2016, als Europa viele Geflüchtete aufgenommen hat und man – angesichts von Fremdenfeindlichkeit und xenophober Gewalt – dazu aufgerufen hat, die Geflüchteten willkommen zu heißen. *Willkommenskultur* war in diesem Kontext ein Leit- und Reizwort. Auch die AfD verwendet diese Bezeichnung – in gänzlich anderem Kontext und mit gänzlich anderer Bedeutung:

> Die Alternative für Deutschland setzt sich für eine Willkommenskultur für Un- und Neugeborene ein. (AfD 2016, S. 31)

Willkommenskultur ist in diesem Zusammenhang die Bezeichnung für eine Haltung, die die Abtreibung verurteilt und für einen Anstieg der Geburtenrate plädiert. Die Brisanz dieser Verwendung ist noch insofern erhöht, als es sich in diesem Kontext um ein Plädoyer für die Geburt von Kindern von so gennanten „deutschstämmigen Frauen“ (dazu weiter unten) handelt, nicht von Kindern von Migrantinnen.

Zweites Beispiel ideologischer Polysemie ist die Neudeutung des Ausdrucks *Gleichberechtigung*. Im Grundsatzprogramm der AfD ist folgende Formulierung zu lesen:

> Quotenregelungen [...] sind zu stoppen. Gleichberechtigung muss wieder Chancengleichheit bedeuten. [...] Die AfD unterstreicht [...] die grundrechtlich garantierte Gleichberechtigung von Mann und Frau (im Sinne von Chancengleichheit). Eine Gleichstellungspolitik im Sinne von Ergebnisgleichheit lehnt die AfD hingegen ab. (AfD 2016, S. 40f.)

Zwar wird die konventionelle Bedeutung, die im Frauenrechtsdiskurs die gleiche Ausstattung mit gesellschaftlichen und politischen Rechten von Frauen meint, bestätigt. Dafür ist *Chancengleichheit* ein Synonym. Gleichzeitig aber wird suggeriert, dass der Ausdruck *Gleichberechtigung* nicht als Synonym von *Chancengleichheit* verwendet wird, sondern so genannte *Ergebnisgleichheit* zum Ziel habe. Insofern diese Aussage im Kontext mit der Thematisierung von Quoten steht, die die AfD ablehnt, wird also *Gleichberechtigung* implizit im Sinn von *Gleichstellungspolitik* mit *Ergebnisgleichheit* im Sinn von *Quotenregelungen* gleichgesetzt.

In ihrem Grundsatzprogramm verwendet die AfD eine Reihe von Leitwörtern des politischen Diskurses, um sie in ihrem Sinn umzudeuten bzw. auf andere Referenzbereiche zu beziehen und neu- bzw. umzudeuten. Vornehmlich sind dies Leitwörter des Diversitätsdiskurses. Das Ziel ist klar: Dem politischen Gegner die Wörter zu nehmen, bedeutet, ihm seine Identität zu nehmen. Dieser Versuch wird im Fall der AfD nicht gelingen, denn das Evokationspotenzial von Wörtern wie *Willkommenskultur* und *Gleichberechtigung* ist zu festgelegt, um dieses Potenzial zu ändern. Als sprachliche Strategie des Grundsatzprogramms muss dieser Versuch aber als Befund der Analyse festgestellt werden.

Das Menschenbild

Politische Weltsichten sind entscheidend geprägt von einem je spezifischen Menschenbild, das Handlungspläne und Zukunftsentwürfe bestimmt. Politische Grundsatzprogramme reflektieren demnach Menschenbilder.

Nach einem Menschenbild und dessen sprachlicher Repräsentierung fragen bedeutet, aus der Perspektive der linguistischen Anthropologie danach fragen, mit welchen sprachlichen Mitteln – lexikalisch-semantisch, funktional, argumentativ etc. – Menschen konstituiert werden. Die linguistische Anthropologie stellt die Frage nach dem „sprachgeprägte[n] Menschenbild" (Hermanns 1994, S. 37) und setzt voraus: Menschenbilder verdichten sich in Stereotypen und sind Konstrukte in historischer Hinsicht und in Bezug auf die Perspektive der jeweiligen Akteure.[6]

POLITISCHE ORIENTIERUNGEN MANIFESTIEREN SICH IN SPRACHLICH GEFASSTEN MENSCHENBILDERN

Stereotype sind in Sprache gefasste Vorurteile. Es sind Topoi, die oft

> nur in Form von Attributen [erscheinen], die in Texten und Diskursen quasi leitmotivisch immer wieder einem Gegenstand bzw. einer Klasse zugeschrieben werden. (Hermanns 1994, S. 57)[7]

Wir haben es dabei mit Emotion ausdrückenden Stereotypen bzw. Vorurteilen zu tun. Gefühle spielen eine höchst bedeutende Rolle bei der Entstehung von Menschenbildern überhaupt und erst recht im politischen, also argumentativ-strategischen, Kontext.[8]

Solche Topoi sind Komponenten einer sprachlichen Mentalitätsgeschichte, indem sie Haltungen und Einstellungen ausdrücken, die ein gesamtgesellschaftliches Phänomen sein können, ein Phänomen einer bestimmten Epoche oder einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppierung, wie etwa politischer Parteien.[9]

Ziele politischer Kommunikation: Überzeugen und Überreden

ZIELE POLITISCHER KOMMUNIKATION: ÜBERZEUGEN UND ÜBERREDEN

Im politischen Kontext Handelnde haben in einer Demokratie das primäre und prinzipielle Ziel, „Zustimmungsbereitschaften zu erzeugen" (Lübbe 1975, S. 87). Unter dieser Voraussetzung fragt eine politisch informierte linguistische Anthropologie, also sozusagen eine politolinguistische Anthropologie, nach solchen Menschenbildern, die zu politischen, also persuasiven Zwecken erzeugt sind. Diese Menschenbilder lassen Rückschlüsse auf die Weltsicht z. B. von Parteien zu und machen damit ein Motiv ihrer politischen Orientierung erkennbar. Es geht damit um Menschenbilder, die im Kontext der Politik, also im Kontext der Strategie und der Persuasion, erzeugt sind und die die Basis und Begründung für eine bestimmte politische Argumentation bilden.

DAS MENSCHENBILD DER AFD: DIE DISKURSIVE GRUNDFIGUR ‚DAS EIGENE UND DAS FREMDE' ALS POLITISCHE LEITIDEE

Politisches Handeln und Sprechen ist interessegeleitet, daher setzt die Kommunikation auf Überzeugen (argumentativ-rational) und Überreden (gefühlsmäßig-rhetorisch) (vgl. Burkhard 2008), daher ist die (partei)politische Weltsicht prinzipiell binär: Die eigene Partei wird aufgewertet, die des politischen Gegners abgewertet, die eigene Position wird als gut bewertet, die des politischen Gegners als schlecht, der von der eigenen Partei herbeigeführte Sachverhalt ist sinnvoll, nützlich und erwünscht, der vom politischen Gegner herbeigeführte ist sinnlos, unnütz und nicht erwünscht.[10] Dies sind Beispiele für das Muster binären politischen Redens – dass von dieser Regel gelegentlich abgewichen wird und die Konsens- und Schnittstellensuche das politische Handeln und Reden bestimmen, ändert nichts an dem Prinzip der Binarität.

Wenn dieses binäre Muster das Reden über Menschen prägt, dann wird nach dem Eigenen und dem Fremden gefragt. „Das Eigene und das Fremde" stellt ein Begriffspaar dar wie Hellenen / Barbaren, Christen / Nicht-Christen, Weiße / Farbige, Arier / Juden, Deutsche / Ausländer.[11] ‚Das Eigene und das Fremde' ist eine diskursive Grundfigur (Busse 1997) und auf dem letztgenannten Begriffspaar beruht ja ganz eigentlich die Vorstellung von eigen und fremd. Wozu dienen Klassifizierungen wie diese? Im politischen Kontext sind sie Handlungsgrundlage. Die einen erfahren ein anderes – exkludierendes – oder gerade nicht ein anderes – inkludierendes – politisches Handeln als die andern. Auf jeden Fall ist der Unterschied das Handlungsmotiv: Weiße haben mehr Rechte als Farbige / Farbige haben dieselben Rechte wie Weiße.

Mit anderen Worten: ‚Das Eigene und das Fremde' als politische Leitidee ist eine Angelegenheit einer auf diesem binären Menschenbild beruhenden Vorstellung politischen Handelns. Da diese Unterscheidung jedoch nicht einer sachlich-neutralen Feststellung entspricht, sind Klassifizierungen von Menschen im politischen Kontext immer auch wertend – entweder im Sinn der Feststellung von Gleichwertigkeit (die zwar dem Menschenrechtsartikel 1 entspricht, die aber Ungleichwertigkeit voraussetzt) oder im Sinn der Feststellung von Ungleichwertigkeit. Dann wird nicht nur danach gefragt, inwiefern sich die Angehörigen der eigenen Gruppe von denjenigen der anderen Gruppe unterscheiden. Sondern dann wird das Eigene und das Fremde von Menschen zur Erreichung bestimmter politischer Ziele auf- bzw. abgewertet, bestimmte Eigenschaften und ethnische Zugehörigkeit werden in einem Kausalzusammenhang gebraucht und Menschenbilder geraten zur Legitimationsgrundlage, auf der die Gesellschaft wertend abgebildet wird, aus der politische Forderungen abgeleitet werden und auf der Handlungsanforderungen formuliert werden. Damit ist eine rassistische Position beschrieben.

Diese Leitidee steht im Widerspruch zu Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, dessen erster Satz lautet:

> Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.

Die Unterscheidung in ‚Das Eigene und das Fremde' im politischen Kontext ist immer auch wertend.

Wer also Menschen in abwertender Absicht klassifiziert, um sich so entsprechenden Handlungsspielraum zu schaffen, spricht ihnen das Menschenrecht der gleichen Würde und Rechte ab. Gleichzeitig bewirkt diese Klassifizierung in „wert" und „unwert" eine Er- und Überhöhung dessen, was als „Eigenes" gilt.

DIE HERABSTUFUNG DES ‚FREMDEN' BEWIRKT EINE ERHÖHUNG DES ‚EIGENEN'

Auf der Grundlage dieser kulturlinguistischen Prämissen lauten die Ausgangsfragen: Mit welchen Zuschreibungen erstellt die AfD ihr Menschenbild? Welche politischen Forderungen leitet die AfD aus diesem Menschenbild ab? Wie begründet sie diese Forderungen?

Dem Menschenbild des Programms liegt, abgeleitet aus der diskursiven Grundfigur ‚das Eigene und das Fremde', das mentale Konzept ‚Fremde sind ein Problem, Deutsche sind vor diesem Problem zu schützen' oder auch, konfrontativ ausgedrückt: ‚Ausländer sind Feinde, die dem deutschen Volk Schaden zufügen, daher unerwünscht' zugrunde. Damit ist das Emotionalisierungspotenzial des Textes bezeichnet, der nicht nur über politische Positionen der AfD informieren will. Insofern politische Programme immer auch die Funktion haben, Haltungen und Einstellungen zu beeinflussen, ist der entsprechende beabsichtigte Effekt des AfD-Programms auch, eine emotionalisierte, in diesem Fall ablehnende, Einstellung der Leserinnen und Leser zu dem bezeichneten, durch das Menschenbild repräsentierten Sachverhalt zu erzeugen.

Das Eigene

Mit der Feststellung „Derzeit gibt es über deutsches nationales Selbstbewußtsein nichts Erwähnenswertes zu vermelden“ beschließt Fritz Hermanns 1995 seinen Aufsatz über die Neudeutungen, die *deutsch*, *Deutsche/r* und *Deutschland* nach der so genannten Wiedervereinigung erfahren haben (Hermanns 1995, S. 308). Das hat sich geändert. Während vor dem Aufkommen von AfD und Pegida Nationalismus kaum als ein weiter verbreitetes gesellschaftliches Phänomen anzusehen war, ist er mit Erscheinen dieser politischen Richtung in der Öffentlichkeit wieder deutlich bemerkbar geworden. Es überrascht deshalb nicht, dass im Programm der AfD *deutsch* und *Deutschland* Leitwörter zur Differenz markierenden Kennzeichnung des Eigenen sind.

DER AUSDRUCK *DEUTSCH* ALS WERT-, DIFFERENZ- UND AUSSCHLUSSBEGRIFF

Deutsch (bzw. die von der AfD dafür verwendeten Ausdrucksalternativen *unser* und *einheimisch*) haben limitische Funktion, das Eigene wird als ethnisch motiviert konzipiert und seine sprachliche Realisierung lässt erkennen: Ethnizität hat bei der AfD hohe Relevanz.[12] Und: Ethnizität ist ein Konstrukt, ein sozial konstruierter Wissensbestand (Müller 2007, S. 512).[13]

Die linguistische Fragestellung lautet: In welchen Satzkontexten werden *deutsch* / *Deutsche*(*r*) / *Deutschland* bzw. die Bezeichnungsalternativen *unser* und *einheimisch* verwendet und was wird in diesen Kontexten ausgesagt?

Biologischer Nationalismus

Die Ethnie als solche wird bezeichnet mit Kollokationen wie *deutsches Volk* oder *deutschstämmige Frau*. *Deutsch* erhält hier einen Wert, es wird nicht als Herkunfts-, sondern als Bezeichnung mit wertender limitischer Funktion verwendet: Die erwünschte, zu schützende Eigenschaft *deutsch* grenzt von der unerwünschten Eigenschaft *nicht-deutsch* ab, ein Umstand, der im Kontext des Programms von größter Bedeutung ist, wie wir noch sehen werden. Und: *deutsch* in der Verbindung *deutsches Volk* ist eine Eigenschaft, der Aufmerksamkeit zuteil werden soll – *Wohl des deutschen Volkes* ist eine rekurrente Formel.[14] Die Entsprechungen mit Verwendung der Landesbezeichnung lauten: *für Deutschland* oder *Reformen zum Wohle Deutschlands* und, in expliziter Ausführung der Nützlichkeitsidee:

Das Fremde und das Eigene

> Für den Arbeitsmarkt qualifizierte Einwanderer mit hoher Integrationsbereitschaft sind uns willkommen [...] Davon strikt zu trennen ist die ungeregelte Asylzuwanderung, die dem Wirtschaftsstandort Deutschland nicht nutzt und der Gesellschaft schadet. (AfD 2016, S. 46)

Die Nützlichkeitserwägung als Kriterium, mit dem Menschen die beiden einzigen Kategorien ‚wert' bzw. ‚nichtwert' zugewiesen werden, wird daher folgerichtig im Sinn dieser Aussage auch dann argumentativ geltend gemacht, wenn diejenigen bewertet werden, die nach Deutschland kommen und die die Voraussetzung ‚beruflich qualifiziert' und ‚integrationsbereit' erfüllen müssen und denen in der Konsequenz binären Denkens diejenigen gegenübergestellt werden, die – ohne Nennung von Gründen – mit den Kennzeichen ‚ungeregelt', ‚nicht nutzt' und ‚schadet' versehen werden.

Der Rassismus *deutschstämmige Frau* hingegen ist im Programm der AfD als Qualifizierungsmerkmal zu lesen:

> Dass die Geburtenrate unter Migranten mit >1,8 deutlich höher liegt als unter deutschstämmigen Frauen, verstärkt den ethnisch-kulturellen Wandel der Bevölkerungsstruktur. (AfD 2016, S. 28)

Die von einer *deutschstämmigen Frau* geborenen Kinder haben aus Sicht der AfD einen höheren Wert als Kinder, deren Eltern eine Migrationsgeschichte haben. Deshalb wertet die AfD die höhere Geburtenrate bei Menschen mit Migrationsgeschichte nicht als Beitrag zum Erhalt Deutschlands, sondern im Gegenteil – aufgrund kultureller Minderwertigkeit – als Beitrag zu dessen weiterem Niedergang.

NATIONALE ÜBERHÖHUNG ALS WELTBILD DER AFD

Mit Aussagen wie diesen formuliert die AfD ein

> „radikalnationalistisches Konzept", das „auf Abstammung und biologisch-homogene Reproduktion rekurrier[t]." (Geulen 2004, S. 448)

Immer ist nationale Überhöhung das motivierende Weltbild. Folgerichtig im Sinn dieses nationalistisch-biologistischen Menschenbilds wird „ausgewanderte Deutsche zur Rückkehr motivieren" (AfD 2016, S. 29) als politisches Ziel formuliert und deutsche Staatsangehörigkeit hyperbolisierend als Eigenschaft mit höchstem Status konzipiert:

> Die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit ist Abschluss einer erfolgreichen Integration, nicht aber deren Ausgangspunkt. (AfD 2016, S. 49)

Deren Erreichung soll ein hohes Ziel darstellen:

> die deutsche Staatsangehörigkeit [ist] untrennbar mit unserer Kultur und Sprache verbunden (AfD 2016, S. 49),

und deren als bedingungslos behauptete Vergabe wird mit Empörungsbereitschaft konstatiert:

> Kinder bekommen unter bestimmten Bedingungen automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit, auch wenn kein Elternteil Deutscher ist. (AfD 2016, S. 49)[15]

VERWENDUNG DES AUSDRUCKS *DEUTSCH* – PARALLELEN ZUM PROGRAMM DER NSDAP 1920

Auch hinsichtlich der Versprachlichung dieser nationalistischen Weltsicht lassen sich historische Bezüge markieren. Unübersehbar sind auch in diesem Fall des AfD-Programms Parallelen zum völkisch-nationalistischen Denken, das den Diskurs in der Weimarer Zeit bestimmt hat. Im Zusammenhang mit der Eigenschaft *deutsch* lässt sich das Programm der NSDAP aus dem Jahr 1920 parallelisieren:

> Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. [...] Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremdengesetzgebung stehen. […] Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nicht-Staatsbürger) aus dem Reiche auszuweisen. [...] Jede weitere Einwanderung Nichtdeutscher ist zu verhindern. (NSDAP 1920, S. 34)

Insofern hier „biologistische [...] Formen des Nationalismus" zum Ausdruck kommen, „welche die Nation selber als eine natürlich-rassische Einheit zu begründen" suchen (Geulen 2004, S. 442), sind die Parallelen zum Programm der NSDAP evident: In beiden Programmen wird der eigene Staat biologistisch-nationalistisch überhöht, in beiden Programmen sind Fremde, also Ausländer, als biologisch Nicht-Zugehörige ausgegrenzt.

Eine historische Parallele stellt ebenfalls die konstruierte Wirklichkeit der Deutschnationalen Volkspartei dar, in deren Programm aus dem Jahr 1920 zu lesen ist:

> Wir fordern eine starke und stetige, nur durch deutsche Gesichtspunkte bestimmte auswärtige Politik, eine würdige, feste und geschickte Vertretung der deutschen Interessen und die Nutzbarmachung unserer wirtschaftlichen Kraft für die außenpolitischen Ziele Deutschlands. Der auswärtige Dienst ist allein nach Befähigung, Vorbildung und zuverlässiger deutscher Gesinnung zu besetzen. (DNVP 1920, S. 121)

Hier stellen wir dasselbe nationale Nützlichkeitsdenken fest, hier erkennen wir dieselbe Erhöhung der Eigenschaft *deutsch*, wie im Grundsatzprogramm der AfD.

POSITIV-DEONTISCHE BEDEUTUNG DES AUSDRUCKS *DEUTSCH*: ZU SCHÜTZENDE EIGENSCHAFTEN WERDEN ALS *DEUTSCH* BEZEICHNET

Deutsch – ein kultureller Wert an sich

Die zweite Gruppe bilden solche Formulierungen, in denen *deutsch* auf Kulturspezifika referiert:

> **deutsche** Schriftsteller, **deutsche** Musiker, **deutsche** Designer (AfD 2016, S. 32);
>
> Digitalisierung der **Deutschen** Literatur [...] eine von Deutschland zu leistende Aufgabe. Nur die eigene Bevölkerung und **deutsche** Literaturfachleute können **deutsche** Literaturwerke gewinnen (AfD 2016, S. 58);
>
> Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur **deutschen** Leitkultur (AfD 2016, S. 35);
>
> die **deutsche** kulturelle Identität selbstbewusst verteidigen (AfD 2016, S. 32);
>
> eine Islamkunde in **deutscher** Sprache für alle moslemischen Schüler, die in einen Ethikunterricht integriert wird. (AfD 2016, S. 40)

In Verbindungen wie diesen wird nicht nur denotativ-deskriptiv auf Sachverhalte Bezug genommen, sondern *deutsch* ist in solchen Verbindungen Legitimationsvokabel, weil sie nicht nur eine Herkunft bezeichnet, sondern eine Eigenschaft bewertet. Der mit *deutsch* bezeichneten Eigenschaft wird, um den Terminus Fritz Hermanns' zu verwenden,[16] eine positiv-deontische Bedeutung zugeschrieben, also eine Bedeutung mit ei-

nem Handlungsappell, der in dem Kontext, in dem der Ausdruck *deutsch* im Parteiprogramm der AfD vorkommt, bedeutet: 'unbedingt zu erhalten'.[17] Voraussetzung für diesen Appell ist das in dem Programm konstruierte Szenario einer Masseneinwanderung von Migranten und Flüchtlingen, die die deutsche Kultur in Gefahr bringt. In diesem Szenario stellt sich die Eigenschaft *deutsch* als Wert an sich dar. Die deontische Bedeutung von *deutsch* tritt insbesondere in der Kollokation *deutsche Leitkultur* und ihrer Definition zutage:

> Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur **deutschen** Leitkultur, die sich im Wesentlichen aus drei Quellen speist: erstens der religiösen Überlieferung des Christentums, zweitens der wissenschaftlich-humanistischen Tradition, deren antike Wurzeln in Renaissance und Aufklärung erneuert wurden, und drittens dem römischen Recht, auf dem unser Rechtsstaat fußt. (AfD 2016, S. 35)

Der Subtext unter dieser Erklärung lautet: Wer nicht in dieser Geschichte wurzelt, ist ausgeschlossen. Die Eigenschaftszuschreibung *deutsch* hat hier die Funktion einer Differenzchiffre, die den Unterschied zwischen ‚wertvoll' und ‚wertlos' markiert. *Deutsch* – um den Gebrauch im Programmtext zusammenzufassen, wird also nicht im Sinn einer Herkunftsbezeichnung, sondern im Sinn einer hoch bewerteten „ethische[n] Bestimmung" verwendet (Loewenstein 2001, S. 291) unter der Prämisse eines drohenden Verlusts.

DIE KOLLOKATION *DEUTSCHE LEITKULTUR* WIRKT ALS DIFFERENZCHIFFRE, DIE DIE UNTERSCHEIDUNG ZWISCHEN ‚WERTVOLL' UND ‚WERTLOS' BETONT

Eine weitere limitische Vokabel mit derselben Funktion ist *unser*. Sie wird synonym zu *deutsch* verwendet und reklamiert als solches Besitz oder Qualität:

> Wiederherstellung **unseres** Rechtssystems (AfD 2016, S. 16);
>
> die deutsche Staatsangehörigkeit untrennbar mit **unserer** Kultur und Sprache verbunden (AfD 2016, S. 49);
>
> dem römischen Recht, auf dem **unser** Rechtsstaat fußt (AfD 2016, S. 35);
>
> Der hohe Standard **unseres** Bildungssystems (AfD 2016, S. 47);
>
> Die Einhaltung des Rechts [...] ist Voraussetzung für **unsere** Freiheit. (AfD 2016, S. 16)

Insofern diese als Realisat von ‚das Eigene' ebenfalls die Funktion eines Ausschlusskriteriums hat, wird mit dem Gebrauch von *unser* diese Diskriminierungsfunktion in höchstem Maße evident:

> Ein orthodoxer Islam, der **unsere** Rechtsordnung nicht respektiert [...] ist mit **unserer** Rechtsordnung und Kultur unvereinbar. (AfD 2016, S. 34);
>
> Eine orthodoxe Auslegung des Islam ist mit **unserer** freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht vereinbar. (AfD 2016, S. 40)

Was geschieht hier sprachlich? *Unser* stiftet eine Gemeinschaft, benennt eine Zugehörigkeit und grenzt damit alles aus, von dem erklärt wird, dass es bestimmten Aspekten dieser Gemeinschaft, wie hier der Rechtsordnung, nicht entspricht. Das ist hinsichtlich der sprachlichen Ausführung insofern bemerkenswert, als hier eine sprachliche Implikatur ihre Wirkung entfaltet: Die verdeckte implizierte Aussage lautet, dass es einen die deutsche Rechtsordnung nicht akzeptierenden Islam gibt. Dieser Sachverhalt aber ist erstens wenig existent, zweitens bereits in der geltenden Rechtsprechung vorgesehen. Abgesehen davon bestätigt der Inhalt nicht nur das Denken der nationalkonservativen Orientierung, sondern ist allgemeiner gesellschaftlicher Konsens. Weil aber im Kontext dieses Parteiprogramms weder relativiert noch auf die bestehende Gesetzeslage verwiesen wird, gerät diese Feststellung zu einer Form von Diffamierung und Denunzierung.

DAS PRONOMEN ‚UNSER' IMPLIZIERT SPRACHLICH DIE AUSGRENZUNG ANDERER VORSTELLUNGEN UND ANSICHTEN

Exkludierende Wirkung hat auch ein Satz wie der folgende, der nur an der Oberfläche das Gegenteil von Ausschluss aus der Gemeinschaft bedeutet:

> Viele Muslime leben rechtstreu sowie integriert und sind akzeptierte Mitglieder **unserer** Gesellschaft. (AfD 2016, S. 34)

Indem auf Muslime mit den Zuschreibungen *rechtstreu* und *integriert* Bezug genommen wird, werden sie positiv diskriminiert, und indem sie ausdrücklich zu Mit-

gliedern *unserer Gesellschaft*, also zu Mitgliedern einer Gesellschaft, die eben nicht ihre Gesellschaft ist, erklärt werden, werden sie als eigentlich nicht dazugehörig sprachlich ausgegrenzt.

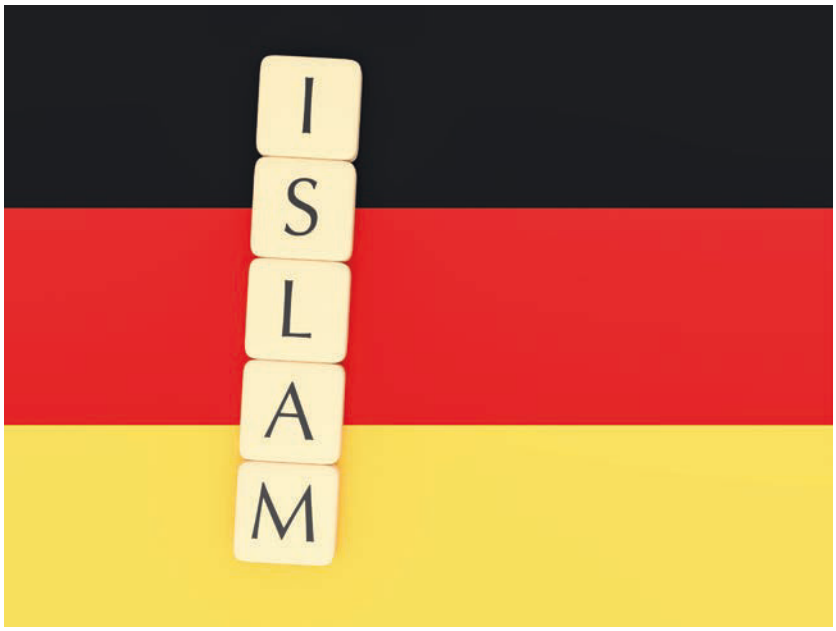
Auf den Gebrauch von *einheimisch* in derselben Funktion ist ebenfalls hinzuweisen:

> Die Erschließung der **einheimischen** Potenziale (AfD 2016, S. 50)

wird gefordert, um damit nicht-einheimische, also nicht-deutsche, Potenziale auszuschließen und abzuwerten, und in explizitester und die entsprechende Werthaltung nicht verbergender Form wird die *Ideologie des Multikulturalismus* verurteilt:

> Die Ideologie des Multikulturalismus, die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte damit zutiefst relativiert, betrachtet die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit. (AfD 2016, S. 32)[18]

Die Eindeutigkeit dieser Aussage lässt weder sprachlich noch sachlich zu wünschen übrig: Hohe deutsche Kultur ist nicht gleichzustellen mit niederer nichtdeutscher Kultur.[19]



Islam in Deutschland

Was deutlich wird im Zuge der exkludierenden Argumentation der AfD: Das AfD-Programm beruht auf einer biologistischen, kulturalistisch-nationalistischen Weltanschauung mit gegen ‚Nicht-Zugehörige' gerichteten Ungleichheitsvorstellungen und bedient nationalistische Ressentiments, die historisch aus dem völkisch-nationalistischen Geist des frühen 20. Jahrhunderts ableitbar sind (der wiederum im rassistisch-nationalistischen Denken des späten 19. Jahrhunderts seine Wurzeln hat, auf die hier nicht eingegangen werden kann).

NATIONALISTISCHE RESSENTIMENTS, DIE HISTORISCH AUS DEM VÖLKISCH-NATIONALISTISCHEN GEIST DES FRÜHEN 20. JAHRHUNDERTS ABLEITBAR SIND

Deutsch (und die beschriebenen Ausdrucksalternativen) ist im Kontext des Grundsatzprogramms kein Herkunfts-, sondern ein Wert-, Differenz- und Ausschlussbegriff, dessen Verwendung deutlich macht, dass die im Programm der AfD imaginierte Gemeinschaft (nach Anderson, „imagined communities") der Deutschen die geschlossene Gesellschaft der *Deutschstämmigen* darstellt. Die Identifikationsinstanz des Nationalismus AfD'scher Provenienz ist damit nicht die des Staates, sondern die des Volkes.[20] Die Deutschen (siehe *deutschstämmige Frau*) sind in der Lesart dieses Volksnationalismus die Träger der Nation, nicht die Bürgerschaft.

Das Fremde

Gegenwort zu ‚das Eigene' ist ‚das Fremde' und bezeichnet das Nichtzugehörige, Andere, dem dann Relevanz zugeschrieben wird, wenn ethnozentrisch argumentiert wird. Während ‚das Eigene' das ist, dessen man sich vergewissert, das mit Zutrauen und Vertraut-

heit korrespondiert, konzipiert man ‚das Fremde' als das Abweichende. Im Grundsatzprogramm der AfD wird dieses Abweichende als religiöses Phänomen und als der gesellschaftlichen Norm widersprechendes Phänomen konzipiert.

Antiislamismus

> Der Islam gehört nicht zu Deutschland. (AfD 2016, S. 34)

Das ist wohl die meist zitierte Aussage aus dem Programm der AfD, mit dem sie ihre fremdenfeindliche und Religionsfreiheit leugnende Haltung dokumentiert und die den Diskurs dynamisiert und polarisiert hat. Er wurzelt in der das Gegenteil bezeichnenden Feststellung *Der Islam gehört zu Deutschland*. In dieser Version begrüßt der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble im Jahr 2006 die erste Islamkonferenz, der damalige Bundespräsident Christian Wulff wiederholt sie am 3. Oktober 2010 aus Anlass seiner Rede zu 20 Jahre deutsche Einheit, auch die Kanzlerin verwendet sie schließlich am 14. Januar 2015.

DAS ‚FREMDE': „DER ISLAM GEHÖRT" FÜR DIE AFD „NICHT ZU DEUTSCHLAND"

Dieser Satz ist mehrdeutig und verdichtet den kontroversen politischen Islam-Diskurs. Seine Mehrdeutigkeit ist verursacht von dem polysemen *gehört*, das zwei Lesarten zulässt. Als Feststellung eines historisch begründeten Sachverhalts bedeutet er:

> Weil der Islam historisch-kulturell nicht in Deutschland verwurzelt ist, gehört er im Hinblick auf die geschichtliche Entwicklung nicht zu Deutschland.

Daraus leiten die Islamgegner dann ihre eigentliche Botschaft ab:

> Der Islam und Moslems sind daher fremd, wir wollen sie daher hier nicht haben.

Was die AfD-Gegner und Befürworter religiöser Freiheit mit ihrer das Gegenteil behauptenden Version *Der Islam gehört zu Deutschland* dagegensetzen, lässt sich aus derjenigen Lesart von *gehört* ableiten, aus der diese Aussage resultiert:

> Der Islam ist Realität in Deutschland, und als solche gehört er zu Deutschland.

Wir haben es hier also mit zwei Lesarten zu tun, einer, die den Ursprung, und einer, die die Zugehörigkeit bezeichnet.

Diese Realität ist Gegenstand des AfD-Programms, die die Verfasserinnen und Verfasser des Programms in hohem Maß relevant setzen, indem sie diese Realität in den Kontext von Kriminalität und fehlender Bildung stellen.

Kriminalisierende Xenophobie

Während das Eigene sich in der einen Identitätsvokabel *deutsch* verdichtet, hat das Fremde eine Reihe von Eigenschaften – immer aber solche Eigenschaften, die als außerhalb der gesellschaftlichen Norm konzipiert werden: Die Relevanzstruktur der AfD-Wirklichkeit besteht in der Konzeption von Nicht-Deutschen, die nach Deutschland kommen (als Einwanderer, um Asyl Bittende oder als Flüchtlinge[21]), dominant mit den Eigenschaften ‚un-' bzw. ‚schlecht gebildet', ‚Sozialhilfeempfänger', ‚kriminell', ‚kinderreich':

> Niedrigqualifizierte wandern überwiegend über missbräuchliche Asylanträge zu (AfD 2016, S. 51);
>
> Mehrzahl der Täter im Bereich der organisierten Kriminalität sind Ausländer;
>
> Erheblicher Anteil von Ausländern im Bereich der Gewalt- und Drogenkriminalität (AfD 2016, S. 17);

Asyl in Deutschland

Einwanderung in die Sozialsysteme (AfD 2016, S. 42);

über das Asylrecht in das deutsche Sozialsystem einzuwandern (AfD 2016, S. 48);

Dabei hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt, dass insbesondere muslimische Migranten in Deutschland nur ein unterdurchschnittliches Bildungs- und Beschäftigungsniveau erreichen. (AfD 2016, S. 28);

Einwandererkriminalität – nichts verschleiern, nichts verschweigen (AfD 2016, S. 48);

Enttäuschte Hoffnungen auf Wohlstand bergen die Gefahr, dass viele in die Kriminalität abgleiten. (AfD 2016, S. 48)

Die sprachliche Ausführung, mit der die Botschaft vermittelt wird, hat verschiedene Versionen. Wenn etwa negativ-abwertende Aussagen über Nicht-Deutsche gemacht werden, die der Diskriminierung und der Legitimierung entsprechender Forderungen dienen, sind sie entweder generalisierend (d. h. ohne spezifizierende Angaben), wie z. B. in Bezugnahmen auf Bildung und Beschäftigung, oder sie stellen eine überdurchschnittliche Quantität fest in Aussagen über Kriminalität.

NEGATIV-ABWERTENDE AUSSAGEN ÜBER NICHT-DEUTSCHE: *EINWANDERER-KRIMINALITÄT, MISSBRÄUCHLICHE ASYLANTRÄGE, UNTERDURCHSCHNITTLICHES BILDUNGSNIVEAU*

Wenn hingegen Aussagen über Nicht-Deutsche auf einen positiven Sachverhalt referieren, haben sie konzessive Funktion und quantitative Angaben sind einschränkend:

Viele Muslime leben rechtstreu sowie integriert und sind akzeptierte Mitglieder unserer Gesellschaft. Die AfD verlangt jedoch zu verhindern, dass sich islamische Parallelgesellschaften mit Scharia-Richtern bilden [...]. (AfD 2016, S. 34)

Die Aussage dieser Sätze erzeugt die grammatische Konstruktion. Der erste Satz ist als Feststellung deshalb ein Zugeständnis, weil er durch das im zweiten Satz verwendete *jedoch* einen konzessiven, und damit zweitrangigen, Status erhält. Der eigentliche Fokus der Aussage und Träger der Botschaft ist der zweite Satz, indem die Chiffren *islamische Parallelgesellschaften* und *Scharia-Richter* die gewünschte Abwehr evozieren: Die AfD setzt hier auf das Angst erzeugende und abwehrende Evokationspotenzial dieser Chiffren und bewirkt damit die ablehnende Haltung, die sie für die Zustimmung zu ihrem Programm benötigt.

Mit Aussagen wie diesen werden zwei Strategien verfolgt: Sie dienen der Diskriminierung, die die Vorbereitung dafür darstellt, Zustimmung zu erzeugen und die Legitimierung entsprechender politischer Ziele zu schaffen. Diese werden z. B. im Zusammenhang mit der Feststellung einer „krisenhafte[n] Zuspitzung der demografischen Entwicklung“ (AfD 2016, S. 29) formuliert. Insofern – vor dem Hintergrund der geschilderten Vorbereitung – das Argument des Zuzugs von Migranten als „Masseneinwanderung“ und als „kein geeignetes Mittel“ evaluiert wird, wird in der Logik dieser Aussage konsequent abgeleitet: „Mehr Kinder statt Masseneinwanderung“ (AfD 2016, S. 27) – geboren von „deutschstämmigen Frauen“.

Auch hinsichtlich dieser Kommentierung einer aus biologistisch-nationalistischer Sicht besorgniserregend niedrigen Geburtenrate lassen sich historische Parallelen ziehen. Ebenfalls im Kontext eines Parteiprogramms wird das Thema in der frühen Weimarer Republik in derselben völkisch-rassistischen Diktion behandelt. Im Programm der Deutschnationalen Volkspartei von 1920 ist zu lesen:

Die breiten Volksmassen sind über die Gefahren des Geburtenrückganges aufzuklären; bei gesetzgeberischen Maßnahmen sind kinderreiche Familien grundsätzlich besonders zu berücksichtigen. (DNVP 1920, S. 123)

Dem im AfD-Programm vermittelten binären Menschenbild entspricht folgender Befund: Die Binarität des Programms entsteht durch die Polarisierung der als Wert an sich konzipierten Eigenschaft des mit *deutsch* bezeichneten Eigenen, das mit Ausschlussmotiven konfrontiert wird, die die Eigenschaften des Fremden begründen. Voraussetzung für die Konstellation dieses Denkmusters ist die Feststellung: *Jeder Einwan-*

derer hat eine Bringschuld, sich zu integrieren (AfD 2016, S. 51). Sie inszeniert eine zu nichts verpflichtete überlegene Mehrheitsgesellschaft der Deutschen, der die mit Auflagen, Pflichten und Leistungen versehene Minderheit von Fremden gegenübergestellt wird. Was also ist Integration? Die AfD imaginiert nicht eine integrierte Gesellschaft, in der alle dieser Gesellschaft Zugehörigen ihren jeweiligen Integrationsbeitrag leisten, sondern eine Integration von fremden Minderheiten in die deutsche Mehrheitsgesellschaft. Integration wird damit nicht als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden, sondern als eine Leistung, die ausschließlich die zu Integrierenden zu erbringen haben.

INSZENIERUNG DER ‚DEUTSCHEN MEHRHEITSGESELLSCHAFT' ALS ÜBERLEGENE GESELLSCHAFT GEGENÜBER DER ‚FREMDEN' MINDERHEIT

Das Programm als Regelverstoß – ein Fazit

Menschliche Kommunikation funktioniert auf der Basis von Spielregeln, die eingehalten werden müssen, wenn die Kommunikation erfolgreich sein soll. Zu diesen Spielregeln zählt z. B. ein öffentliches Reden mit und über Menschen, das prinzipiell die Menschenwürde achtet, das die Menschenrechte respektiert, das wahr ist. Dieses Prinzip ist im Grundgesetz der Bundesrepublik normiert. Die Gesellschaft der Bundesrepublik ist eine auf den Werten des Grundgesetzes fundierte Gesellschaft, insofern sind die Grundrechte des Grundgesetzes die verpflichtende Wertegrundlage der Gesellschaft. Das Menschenbild des Grundgesetzes ist geprägt von dem Kennzeichen der Gleichheit und der Gerechtigkeit. Damit erhebt die Verfassung etwa die Gleichbehandlung von Menschen zum gesellschaftlichen und politischen Grundprinzip.

Diese im Grundgesetz normierten Werte des Menschenrechts haben einen unmittelbaren Bezug zum Zivilisationsbruch des Nationalsozialismus – der erste Satz des Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar" spiegelt unmittelbar diese Erfahrung und

Asylsuchende in Deutschland

legt eine Haltung fest, die seither gesellschaftlicher Konsens ist. Diesen Konsens kündigt das AfD-Programm auf.

SPRACHLICHE GEWALT: MENSCHEN WERDEN IN KATEGORIEN VON ‚GUT' UND ‚SCHLECHT' EINGETEILT

Diese Aufkündigung ist in einem weiteren Sinn als sprachliche Gewalt zu bewerten. Sprachliche Gewalt ist nicht nur in den bekannten Ausprägungen zu finden, die jegliches Tabu des Nichtsagbaren ignorieren und für die Beispiele ohne Zahl in den so gennanten sozialen Medien zu finden sind. Weitergefasst ist sprachliche Gewalt auch dann am Werk, wenn die Gleichheits- und Gerechtigkeitsprinzipien des Grundgesetzes missachtet werden, wenn Menschen in Kategorien von gut und schlecht einsortiert werden, wenn damit Bezüge zu nationalistisch-rassistischem, völkischem Denken nachweisbar sind, das nach der Erfahrung mit Nationalismus und Rassismus den Prinzipien des Grundgesetzes widerspricht. Sprachliche Gewalt bedeutet demnach auch, Rassismus auszudrücken und Menschen kollektiv ihre Gleichwertigkeit abzusprechen. Das ist ein Tabubruch, dessen kalkulierte Provokation in einer rechtspopulistisch-rassistischen Weltanschauung mit Ungleichheitsvorstellungen von ‚Nicht-Zugehörigen' besteht und der xenophobe Ressentiments bedient, die historisch aus dem rassistischen Geist des frühen 20. Jahrhunderts ableitbar sind. Dieser Tabubruch verschiebt systematisch die Grenzen des Sagbaren.

Die AfD ist vom Bundesverfassungsgericht nicht verboten, und wie streng die Maßstäbe eines Parteiverbots sind, wissen wir aus dem Verbotsverfahren der NPD. Gefährdung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinn ihrer aggressiven Bekämpfung mit dem Ziel ihrer Beseitigung und damit Verfassungswid-

rigkeit ist das verfassungsrechtliche Ausschlusskriterium. Dieser Sachverhalt ist im Fall der AfD wohl generell nicht gegeben.[22]

DAS SPRACHLICH MANIFESTIERTE MENSCHENBILD DER AFD VERSTÖSST GEGEN DIE DEMOKRATISCHEN WERTE

Muss aber deshalb die AfD als Partei des äußeren rechten Randes unwidersprochen akzeptiert werden? Muss die Demokratie sie sich leisten und die Verbreitung menschenfeindlicher Grundsätze, die als gegen die Werte des Grundgesetzes gerichtet lesbar sind, hinnehmen? Eine Partei und ihr Programm gehört als Gegenstand des politischen Diskurses in die Öffentlichkeit einer demokratischen, pluralistischen Gesellschaft und muss auch der kritischen Bewertung unterzogen werden. Wenn diese Bewertung den Befund zutage fördert, dass hier diskriminierend und nationalistisch argumentiert wird, ist es Aufgabe des Diskurses, etwaige Normalisierungseffekte zu verhindern und als Korrektiv zu agieren. Die Politolinguistik kann hier einen wichtigen Beitrag leisten.

Deutlich machen, warum die AfD nicht eine Partei ist „wie jede andere", sondern eine Partei, die dem demokratischen Wertesystem nicht entspricht (obwohl sie verfassungsrechtlich nicht verboten ist), ist auch eine Aufgabe der politischen Linguistik. Sie kann den Rechtspopulismus der AfD (sprach)analytisch abgeleitet als das darstellen, was er ist: im Widerspruch mit den demokratischen Werten der sozialen Gerechtigkeit und des gesellschaftlichen Ausgleichs stehend, ein Menschenbild dokumentierend, das nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist, weil es nicht von der Gleichheit der Menschen ausgeht; eine vertikalisierte Gesellschaft bedienend, die nicht eine Gesellschaft des sozialen Ausgleichs und der Chancengerechtigkeit ist, sondern eine hierarchisierte Gesellschaft von Klassen und Kompetenzen mit unterschiedlicher Wertigkeit.

Anmerkungen

1 Das Phänomen hat die Politolinguistik als generelle politiksprachliche Erscheinung bereits benannt: „Den Eindruck zu erwecken, man habe sich klar und eindeutig geäußert, und damit zu kaschieren, dass man systematisch weite Deutungsspielräume und / oder alternative Lesarten eröffnet hat, ist ein Strategietypus, der vor allem verwendet wird, um Adressatengruppen mit divergierenden Präferenzen gleichzeitig zu bedienen, um sich Operationsspielräume offen zu halten und um der eigenen Äußerung im Bedarfsfall eine andere Interpretation als die zunächst nahe liegende geben zu können." (Klein 1998, S. 386)

2 AfD und Bündnis 90 / Die Grünen treffen sich z. B. in der Forderung der AfD „Verbraucherschutz modernisieren und stärken" (AfD 2016, S. 54). Die Auslassungen zum Klimawandel entbehren dagegen jeglicher wissenschaftlicher Basis und sind nachweislich falsch (vgl. AfD 2016, S. 61). Mit der SPD gehen zusammen z. B. die Forderung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns, die der Aufwertung des ländlichen Raums oder des verstärkten Tierschutzes.

3 Zum Godesberger Programm vgl. Hermanns (1989).

4 Als ‚Partei des gesunden Menschenverstandes' setzen wir auf das politische Urteilsvermögen und die Verantwortungsbereitschaft der mündigen Bürger (AfD 2016, S. 5).

5 Das Gegenstück ist die so genannte „Bezeichnungskonkurrenz", die sich auf den referenzidentischen Gebrauch zweier Schlagwörter mit Hervorhebung jeweils unterschiedlicher Merkmale / Eigenschaften des bezeichneten Sachverhalts in der Funktion der Einstellungskundgabe bezieht (Klein 1989, S. 20).

6 Die soziologische Vorurteilsforschung hat hier einen bedeutenden Beitrag geleistet. Standard ist stets Allport (1971).

7 „Ein Stereotyp ist [...] eine mentale Repräsentation im LZG [Langzeitgedächtnis], die als charakteristisch erachtete Merkmale / Eigenschaften eines Menschen bzw. einer Gruppe von Menschen abbildet und dabei durch grobe Generalisierung bzw. Simplifizierung eine reduzierte, verzerrte oder falsche Konzeptualisierung des Repräsentierten darstellt." (Schwarz-Friesel 2007, S. 337f.) Stereotype sind evident „in diskriminierender, abwertender und ausgrenzender Funktion" (Schwarz-Friesel 2007, S. 327) und drücken, indem sie versprachlichte Vorurteile sind, auch Emotionen aus, besser: emotional geprägte Haltungen.

8 Unter der Voraussetzung, dass Emotionen „Werte und Werterfahrungen konstituieren", sind sie „intern repräsentierte und subjektiv erfahrbare Evaluationskategorien, die sich vom Individuum ich-bezogen introspektiv-geistig (als Gefühle) sowie körperlich registrieren lassen, deren Erfahrenswerte an eine positive oder negative Bewertung gekoppelt sind. Die Prozesse der Bewertung betreffen Einschät-

zungen, mit denen ein Individuum entweder ein eigenes Körperbefinden, seine Handlungsimpulse, seine kognitiven Denkinhalte oder allgemein Umweltsituationen [...] beurteilt." (Schwarz-Friesel 2007, S. 73) Hinsichtlich der Konzeption von Menschenbildern haben Emotionen eine zentrale Funktion. Sie „steuern maßgeblich unsere Denk- und Handlungsprozesse, determinieren die Interpretation und Evaluation von Mitmenschen und Situationen, erleichtern, erschweren oder hemmen unsere Lernprozesse und haben auf unsere Erinnerungsprozesse einen erheblichen Einfluss." (Schwarz-Friesel 2007, S. 4)

[9] „Wie man jeweils – zu bestimmten Zeiten, in bestimmten Gruppen – über Menschen dachte, welche Selbst- und Fremdverständnisse man hatte, also welche Menschenbilder man gehabt hat – diese Fragen stellt man sich in der Mentalitätsgeschichte [...] besonders häufig, allerdings bezogen immer auf Spezialprobleme wie die Frage nach den Nationalstereotypen bei bestimmten Gruppen zu bestimmten Zeiten." (Hermanns 1994, S. 62f.)

[10] „In den Auf- und Abwertungsstrategien wird die jeweilige Position / Person entweder direkt bewertet, oder sie wird argumentativ oder assoziativ mit Sachverhalten von eindeutiger Wertigkeit verknüpft. Dabei besteht die Tendenz zu polarisierender Werteverteilung auf die eigene und die konkurrierende Position – meist ohne Zwischenwerte." (Klein 1998, S. 378)

[11] Nach Hermanns (1994, S. 43).

[12] Erkennbar ist diese Tatsache der Grund für „eine bis heute anhaltende Diskussion über die Frage, ob es sich bei der anhaltenden Relevanz von Ethnizität um ein historisches Relikt handelt, das bei der vollständigen Durchsetzung gesellschaftlicher Modernisierung automatisch verschwindet, oder ob ethnische Differenzierung stattdessen ein konstitutives Strukturprinzip moderner Gesellschaften darstellt." (Müller 2007, S. 512)

[13] In der soziologischen Forschung ist die „Teilungsdimension ‚Ethnie' [...] ein zentrales Konzept [...]. In der Regel werden ethnische Differenzen dabei als sozial konstruierte Wissensbestände zur Klassifikation von Personen verstanden, die regelmäßig Auswirkung auf die soziale Ordnung zwischen Menschen und Menschengruppen implizieren. [...] bei der ethnischen Zugehörigkeit [handelt es sich] um ein Produkt sozialer Interaktionen [...] Dieses ‚doing ethnicity' lässt sich in Attribution und Darstellung ethnischer Zugehörigkeiten unterteilen, die präreflexiv von den Interaktionsteilnehmern wechselseitig vorgenommen werden, je nach Situationskontext variieren können und in der ständigen Reproduktion ethnischer Differenzen resultieren." (Müller 2007, S. 512)

[14] Z. B.: Dabei müssen die nationalen Interessen und das Wohl des deutschen Volkes im Mittelpunkt stehen. (AfD 2016, S. 20)

[15] Mit dieser Haltung propagiert die AfD die Ethnonation, das heißt, ethnische Herkunft ist nationales Zugehörigkeits- bzw. Ausschlusskriterium. Der Gegenbegriff ist Staatsbürgernation, womit ein Gemeinwesen bezeichnet wird, das aus den Staatsangehörigen, unabhängig von ihrer Herkunft gebildet wird: „Innerhalb der vergangenen 200 Jahre lässt sich [...] auch innerhalb klassischer Staatsbürgernationen, wie z. B. Frankreich und den USA, eine zunehmende Ethnisierung der Mitgliedschaftskriterien für die Staatsbürgerschaft feststellen. [...] Im Fall der ‚Ethnonation' fungiert die ethnische Herkunft also als Legitimation für die Staatsgründung." (Müller 2007, S. 514)

[16] Deontische Wörter (Hermanns 1986, S. 190ff.) sind ein Sollen bezeichnende Wörter (explizit: *Pflicht*, *Sünde*, *können*, *böse* etc.; implizit: *Unkraut* – 'vernichten').

[17] Die negativ-deontische Bedeutung eines Wortes wie *Unkraut* lautet etwa 'eine Pflanze, die unerwünscht, daher zu entfernen ist'. Die positiv-deontische Bedeutung eines Wortes wie *Freiheit* lautet etwa 'ein Zustand, der sehr erwünscht, daher unbedingt zu erreichen ist'.

[18] „Das Phänomen und die Möglichkeit der multikulturellen Gesellschaft werden vornehmlich im Kontext der westlichen Gesellschaften diskutiert, und der Diskurs um die Menschenrechte erweckt auf den ersten Blick den Anschein eines Kulturkampfes, in dem der Westen seine Werte gegen die ‚Anderen' zu verteidigen sucht. [...] Dabei werden allzu häufig und [...] leichtfertig dichotomische Gegensätze zwischen z. B. dem ‚Westen' und dem ‚Rest' aufgebaut, die den heutigen globalen Austauschbeziehungen nicht gerecht werden können. Während die politischen, ökonomischen und kulturellen Situationen der Gegenwart eine differenzierte und prozesshafte Vorgehensweise erfordern, beharrt der Diskurs um Menschenrechte weitgehend auf der herkömmlichen Denkweise der Identität, nach der eine kulturelle Einheit klar abgegrenzt sowie statisch in sich ruhend und homogen verstanden wird." (Shimada 2004, S. 474)

[19] Weniger evident, wiewohl ebenfalls belegbar, ist der bedeutungsverwandte Gebrauch von

> Nation / national: Forderung nach nationalen Software-Entwicklungen (AfD 2016, S. 57);
>
> Wir stehen für die Freiheit der europäischen Nationen von fremder Bevormundung. Rechtsstaatliche Strukturen, wirtschaftlicher Wohlstand und ein stabiles, leistungsgerechtes Sozialsystem gehören in die nationale Verantwortung. (AfD 2016, S. 10);
>
> Die AfD tritt deshalb dafür ein, zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik eine langfristige ressortübergreifende Gesamtstrategie zu erarbeiten und umzusetzen. Dabei müssen die nationalen Interessen und das Wohl des deutschen Volkes im Mittelpunkt stehen (AfD 2016, S. 20).

[20] „Von kulturwissenschaftlichen Ansätzen entwickelte [...] Begriffe des Nationalismus als kontinuierliche Praxis der politischen Gemeinschaftsimagination, als immer wieder neue Konstruktion einer gedachten Ordnung und als Erfindung kollektiver Traditionen“ (Geulen 2004, S. 451).

[21] Diesen Terminus bewertet die AfD als unzutreffend und bietet eine Differenzierung an, die die Kriminalisierung derjenigen zur Voraussetzung hat, die sich nicht vor Krieg und Verfolgung retten müssen und die als „irreguläre Migranten“ kategorisiert werden:

> Die unzutreffende Bezeichnung „Flüchtling“ für fast alle Menschen, die irregulär nach Deutschland einreisen, um hier zu bleiben, ist Ausdruck der Verfehltheit dieser Politik. Es ist demgegenüber notwendig, zwischen politisch Verfolgten und (Kriegs-)Flüchtlingen, die unmittelbar vor ihrer Einreise echten, kriegsbedingten Gefahren ausgesetzt waren, einerseits und irregulären Migranten andererseits zu unterscheiden. Echte Flüchtlinge will auch die AfD schützen, solange die Fluchtursache im Heimatland andauert. Irreguläre Migranten aber, die, anders als Flüchtlinge, nicht verfolgt werden, können keinen Flüchtlingsschutz beanspruchen. (AfD 2016, S. 47)

[22] Es wurden allerdings angesichts der zeitweiligen Spaltung der Fraktion im Landesparlament von Baden-Württemberg aufgrund antisemitischer Äußerungen eines Fraktionsmitglieds Forderungen nach partieller Überwachung durch den Verfassungsschutz gestellt.

Quellen

AfD (2016): Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. Vorlage zum Bundesparteitag am 30.04.2016 / 01.05. 2016. Zit. nach <https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/111/2016/03/Leitantrag-Grundsatzprogramm-AfD.pdf>; letzter Zugriff: 19.12.2016.

DVP (1920): Grundsätze der Deutschnationalen Volkspartei. In: Treue, Wolfgang (Hg.) (1968): Deutsche Parteiprogramme seit 1861 (= Quellensammlung zur Kulturgeschichte 3). 4. Aufl. Göttingen: Musterschmidt, S. 120-127.

Hitler, Adolf (1923): Rede auf einer Kundgebung in München am 21. August 1923. In: Michaelis, Herbert et al. (Hg.): Die Weimarer Republik / Das kritische Jahr 1923 (= Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte 5), Berlin: Dokumenten-Verlag Dr. Herbert Wendler & Co, S. 181-184.

NSDAP (1920): Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. In: Treue, Wolfgang (Hg.) (1968): Deutsche Parteiprogramme seit 1861 (= Quellensammlung zur Kulturgeschichte 3). 4. Aufl. Göttingen: Musterschmidt. S. 156-159.

Literatur

Allport, Gordon W. (1971): Die Natur des Vorurteils. Hrsg. und kommentiert von Carl Friedrich Graumann. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Burkhardt, Armin (2008): Deutsche Sprachgeschichte und politische Geschichte. In: Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft 2 / 1. Sprachgeschichte. 2. Aufl. Berlin / New York: de Gruyter, S. 98-122.

Busse, Dietrich (1997): Das Eigene und das Fremde. Zu Funktion und Wirkung einer diskurssemantischen Grundfigur. In: Jung, Matthias / Wengeler, Martin / Böke Karin (Hg.): Die Sprache des Migrationsdiskurses. Das Reden über „Ausländer“ in Medien, Politik und Alltag. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 17-35.

Dieckmann, Walther (1975): Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache. 2. Aufl. Heidelberg: Winter.

Geulen, Christian (2004): Nationalismus als kulturwissenschaftliches Forschungsfeld. In: Jaeger, Friedrich / Rüsen, Jörn (Hg.): Handbuch der Kulturwissenschaften 3. Themen und Tendenzen. Stuttgart: Metzler, S. 439-457.

Hermanns, Fritz (1986): Appellfunktion und Wörterbuch. Ein lexikographischer Versuch. In: Kämper, Heidrun / Linke, Angelika / Wengeler, Martin (Hg.)(2012): Fritz Hermanns. Der Sitz der Sprache im Leben. Beiträge zu einer kulturanalytischen Linguistik. Berlin / Boston: de Gruyter, S. 181-206.

Hermanns, Fritz (1989): Deontische Tautologien. Ein linguistischer Beitrag zur Interpretation des Godesberger Programms (1959) der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. In: Klein, Josef (Hg.): Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 69-149.

Hermanns, Fritz (1994): Linguistische Anthropologie. In: Kämper, Heidrun / Linke, Angelika / Wengeler, Martin (Hg.) (2012): Fritz Hermanns. Der Sitz der Sprache im Leben. Beiträge zu einer kulturanalytischen Linguistik. Berlin / Boston: de Gruyter, S. 37-66.

Hermanns, Fritz (1995): Deutsch und Deutschland. In: Kämper, Heidrun / Linke, Angelika / Wengeler, Martin (Hg.) (2012): Fritz Hermanns. Der Sitz der Sprache im Leben. Beiträge zu einer kulturanalytischen Linguistik. Berlin / Boston: de Gruyter, S. 295-310.

Klein, Josef (1989): Wortschatz, Wortkampf, Wortfelder in der Politik. In: Klein, Josef (Hg.): Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 3-50.

Klein, Josef (1998): Politische Kommunikation als Sprachstrategie. In: Jarren, Otfried / Sarcinelli, Ulrich / Saxer, Ulrich (Hg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 376-395.

Klein, Josef (2008): Textsorten im Bereich politischer Institutionen. In: Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft 16 / 1. Text- und Gesprächslinguistik. Berlin / New York: de Gruyter. S. 732-755.

Liedtke, Frank (1996): Stereotypensemantik, Metapherntheorie und Illokutionsstruktur. Die Analyse politischer Leitvokabeln in linguistischer Perspektive. In: Böke, Karin / Liedtke, Frank / Wengeler Martin (Hg.): Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära. Berlin / New York: de Gruyter, S. 1-17.

Loewenstein, Bedrich (2001): „Am deutschen Wesen ...“. In: François Etienne / Schulze, Hagen (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte. 1. Bd. München: Beck, S. 290-304.

Lübbe, Hermann (1975): Der Streit um Worte. Sprache und Politik. In: Kaltenbrunner, Gerd-Klaus (Hg.): Sprache und Herrschaft. Die umfunktionierten Wörter. Freiburg u. a.: Herder, S. 87-111.

Müller, Marion (2007): Ethnizität. In: Schützeichel, Rainer (Hg.): Handbuch Wissenssoziologie und Wissensforschung. Konstanz: UVK-Verl.-Ges., S. 512-520.

Schwarz-Friesel, Monika (2007): Sprache und Emotion. 2. Aufl. Tübingen / Basel: A. Francke.

Shimada, Shingo (2004): Politik zwischen Differenz und Anerkennung: Multikulturalismus und das Problem der Menschenrechte. In: In: Jaeger, Friedrich / Rüsen, Jörn (Hg.). Handbuch der Kulturwissenschaften 3. Themen und Tendenzen. Stuttgart: Metzler, S. 474-488.

Bildnachweise

S. 2: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Alternative_f%C3%BCr_Deutschland_-_hand_bills,_flyer.jpg

S. 4: https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Grundgesetz#/media/File:Stamp_Germany_1999_MiNr2050_Grundgesetz.jpg

S. 8: shutterstock_ 527115829

S. 9: pixelio_459162

S. 10-11: shutterstock_ 228969187

S. 14: shutterstock_ 569554777

S. 15: shutterstock_ 555114967

S. 17: shutterstock_ 481841314

Dies ist eine bearbeitete Fassung des Aufsatzes, der zuerst in Heft 1 / 2017 von Aptum. Zeitschrift für Sprachkritik und Sprachkultur erschienen ist.

Helmut Henne

SPRACHE IM WIDERSTAND

AM BEISPIEL DER SCHATTENFRAU 1938-1945

Der Autor ist emeritierter Professor für Germanistische Linguistik an der Technischen Universität Braunschweig.

Hinführung

Das Buch heißt „Der Schattenmann", erschienen in Berlin 1947 mit dem Untertitel: „Tagebuchaufzeichnungen 1938-1945". Verfasserin ist Ruth Andreas-Friedrich. Mit dem Jahr 1947 zählt das Buch zu den frühesten Büchern über den Widerstand. Es war die Idee des Verlegers Peter Suhrkamp, das nazistische Plakat ins Titel-Spiel zu bringen, das einen Mann im Schatten darstellt und die Aufschrift hat „Pst! Feind hört mit!" (Friedrich 2000, S. 278). Hier schreibt eine Frau, die „mithört" und in einer Widerstandsgruppe in Berlin gegen die Ideologie und Untaten des Hitler-Regimes kämpft. Der zweite Satz ihres Vorworts lautet: „Dieses Buch ist Wahrheit" (Andreas-Friedrich 1947, S. 7). Die Wahrheit besteht u. a. aus Gegen-Plakatierungen, Verfassung und Verteilung von Flugblättern, Herstellung von Fälschungen und Klau von Lebensmittelkarten, Stempeln und Formularen, vor allem aber: Rettung jüdischer Freunde und Bekannter (vgl. den „Tätigkeitsbericht" der „Stammgruppe" in: Andreas-Friedrich 2000, S. 577-579; Weisenborn 1974, S. 120f.).

„DER SCHATTENMANN" ZÄHLT ZU DEN FRÜHESTEN BÜCHERN ÜBER DEN WIDERSTAND

Das „Wahrheits-Buch" sollte nach dem Willen der Verfasserin zunächst den Titel „Wir anderen" erhalten; dann favorisierte sie den Titel „Nein", und in dieser Form schickte sie das Typoskript in die USA zu einer Freundin. Es geriet in die Hände von Carl Zuckmayer, der ein positives Gutachten schrieb und es dem New Yorker Verlag Henry Holt empfahl, der es übersetzen ließ und es 1947 herausbrachte unter dem Titel „Berlin Underground". Im selben Jahr erschien das Suhrkamp-Buch (vgl. Andreas-Friedrich 2000; Nachwort Drews, S. 565).

DAS BUCH IST ZEUGNIS, WIE SPRACHLICH EINE GEGENWELT ENTSTEHT

Das alles ist, weniger in der Germanistik, bekannt und hier nur einleitend vorausgeschickt; aber es ist unbekannt, wie „wir anderen" gesprochen und geschrieben haben, wie sich ihr Sprachgebrauch von der Masse unterschieden hat. Der Sprachgebrauch ist lexikalisch, etwa im Sinne einer Gruppensprache, nicht indiziert, hat keine syntaktischen Besonderheiten, zeigt also keine linguistisch besondere Systematik; aber die Sprache ist partiell pragmatisch different im Sinne einer semantischen Verwandlung; damit zeigt dieses Buch „als Zeugnis" (Andreas-Friedrich 1947, S. 8), dass es, auch sprachlich, eine Gegenwelt aufbaut. Wodurch? Diese Studie möchte sich verstehen als Beitrag zum Thema: „Die deutsche Sprache in der Verfolgung und im Widerstand gegen den Nationalsozialismus 1933-1945" (Jüttner 1995, S. 16-18; vgl. auch Schlosser 2013, insbesondere S. 343-403).

Decknamen

Die Widmung des Buches wurde bei der Drucklegung formuliert, also in nachnazistischer Zeit. Das verrät die Widmung selbst; denn dort stehen der Vorname eines Decknamens und der authentische Name nebeneinander: „Für Andrik / den geliebten Freund / Leo Borchard." Dieser war ein Sohn deutscher Eltern, die aus Moskau nach Berlin gezogen waren. Leo Borchard, ein Dirigent, der von den Nazis ins Abseits gestellt wurde, war ein „geliebter Freund", Ruth und Leo („Andrik") waren wohl ein Liebespaar. Die anderen Decknamen der „Clique", zuweilen auch „Ringverein" – so nannte die Verfasserin ihre Gruppe (Friedrich 2000, S. 221) – blieben im gedruckten Text erhalten, wurden also nicht durch eine Nachbemerkung o. Ä. aufgelöst. „Onkel Emil" als der Name der Gruppe war eine Benennung vor allem nach 1945 und leitet sich aus dem Decknamen eines Mitglieds ab.

DIE ZUTEILUNG VON DECKNAMEN IST EINE WIDERSTANDSHANDLUNG

Jörg Drews hat in der Neuausgabe von 2000 (zusätzlich der Fortsetzung 1945-1948) im Nachwort (mit Hilfe von Karin Friedrich und dem Institut für Zeitgeschichte in München) die Decknamen aufgelöst, zumindest die der „Stammgruppe" (Andreas-Friedrich 2000; Nachwort S. 580f.) seien hier genannt (weitere „Mitarbeiter", die namengedeckt waren, werde ich bei Bedarf zitieren):

„Reste eines faschistischen Plakates an einer Litfaßsäule mit der Aufschrift „pst – Feind hört mit!“

„Andrik Krassnow“: Leo Borchard, * 21.3.1899; Dirigent;

„Heike Burghoff“: Karin Friedrich (-Hess), Tochter von Ruth Friedrich, * 18.2.1925, Schauspielerin und Journalistin;

Ruth Friedrich („pen-name“: Ruth Andreas-Friedrich, wohl nach dem zweiten Vornamen ihres geschiedenen Mannes Otto Andreas Friedrich), kein Deckname notiert, * 23.9.1901;

„Frank Matthis“: Walter Seitz, zuweilen auch der Deckname „Onkel Emil“, danach die Benennung der Gruppe, * 24.7.1905, Arzt an der Charité in Berlin (heiratete Ruth Friedrich 1952, nach seinem Ruf nach München; Leo Borchard war im August 1945 tödlich verunglückt);

„Jo Thäler“: Josef Schunk, Arzt; damals Luftwaffenstabsarzt; später im Innenministerium;

„Fabian Trooth“: Fred Denger, * 1920, Schriftsteller und Schauspieler.

Der Akt der Zuteilung von Decknamen ist eine Widerstandshandlung. Der Gruppe wird eine neue Identität gegeben, die sich abhebt und sich der politischen Wirklichkeit entgegenstellt. Die Decknamen werden von der Verfasserin den „Agenten“ zugeteilt – zur Sicherung der Personen, falls das Typoskript „ent-deckt“ wird. Insofern ist es folgerichtig, wenn die Verfasserin sich ausnimmt – als solche ist sie, inhaltlich und stilistisch, bei Entdeckung ohnehin bloßgestellt. Zudem ist es ein Indiz dafür, dass die Decknamen für das Manuskript gelten; ob sie in spezifischen kommunikativen Situationen der „Wirklichkeit“ auch genutzt wurden, ist möglich, sogar wahrscheinlich, aber dem Text nicht sicher zu entnehmen.

DIE DECKNAMEN VERDEUTLICHEN DIE AUTHENTISCHE STRUKTUR DES TEXTES

Bei den Decknamen fällt auf, dass zwei die silbische Struktur ihrer Vorlage wiederholen – die der Tochter und dem Geliebten zugeteilten; die anderen machen wohl eine Eigenschaft des Berufs kenntlich: „Trooth“ ‘Wahrheit’ bei dem Schauspieler, „Thäler“ bei dem Flieger; „Onkel Emil“ verweist offensichtlich auf die Autorität, die der Arzt ausstrahlte. Konsequent hat die Schriftstellerin bei der Publikation des Textes an seiner authentischen Struktur festgehalten, auch bei den Namen.

Verdeckte Sprache

Im Juli 1939 konnte man noch privat nach Frankreich reisen. Die Verfasserin Ruth Andreas Friedrich notiert: „Endlich wieder mal reden, ohne zu flüstern. Ohne zu umschreiben oder uns ängstlich nach allen Seiten umzublicken“ (1947, S. 59). Diese Sätze verraten etwas von der kommunikativen Atmosphäre, die in Hitlers Reich herrschte: flüstern, umschreiben, den Kontext prüfen. Später wird diese Technik durch einen neuen Begriff bereichert: „Nur hin und wieder erfahren wir durch verstohlene Flüsterpost, daß der Terror weitergeht“ (S. 177). Im Kontakt zu anderen Widerstandskreisen wird die Anweisung konkret: „Möglichst wenig Namensnennung“ (S. 159). Und wenig später notiert sie eine Methode, die Sicherheit verspricht; Andrik verrät: „Ich habe mit [Adam von] Trott ein Kennwort ausgemacht“ (S. 163). Hier liegen Stufen vor, die schließlich zu einer verdeckten Sprache führen. Die Reduktion, die die Flüstersprache bietet, wird in einer verdeckten Sprache geführt zum Anderssein.

„Fast alle Freunde haben Einquartierung. Wenn man miteinander telephoniert, redet man in Chiffren und Andeutungen. [...], Thea hat gestern Besuch bekommen. Weißt du, die Verwandten vom Lande, du kennst sie doch, die mit den vielen Kindern’“ (S. 38). Die Verfasserin, die diese Nachricht empfangen hat, fragt sich: „Wieso Verwandte vom Lande? Keine Ahnung. Aber allmählich wächst das Katakombentraining, wird man

von Stunde zu Stunde kombinationsbegabter“ (S. 38): Training auf einer ‚Begräbnisstätte‘ – das ist Deutschland unter der Nazi-Herrschaft.

AM TELEFON „REDET MAN IN CHIFFREN UND ANDEUTUNGEN“

Einige Seiten weiter sind es „Chiffrengespräche“ (S. 62), und dass sie hierin Fortschritte mache: „Verwandte vom Lande“, darunter verbergen sich (wohl) Juden, die Beistand und Versteck erbitten: „Verwandt“ sind sie den Freunden der Verfasserin, „vom Lande“ deshalb, weil sie von der Obrigkeit verfolgt werden und deshalb der Hilfe bedürfen – so muss ihre Auflösung gewesen sein. Später ist die Verfasserin schon weiter. Am 7. Juni 1944 ruft „Hinrichs“ (Dr. H. Peters, Major im Luftwaffenführungsstab, weiteres Mitglied der „Clique“) frühmorgens an: „Haben Sie gut geschlafen? Übrigens, was ich noch sagen wollte: die Sendung ist eingetroffen! Jawohl! Mit dem ersten Morgenzug. Ziemlich gute Sache, wie mir scheint!“ Darauf die Reaktion: „Mein Gehirn dechiffriert im Zeitraffertempo. Stichwort Sendung bedeutet Invasion. Das ist der Sprung auf den Kontinent. Die langersehnte Landung alliierter Truppen. ‚Freut mich, freut mich‘, rufe ich zurück“ (S. 147). Und ein Brief von „Hinrichs“ möge die Beherrschung der Chiffrensprache bekunden: „‚Nachdem ich etliche Tage an starker Hals- und Mageninfektion gelitten hatte, befinde ich mich jetzt auf dem Wege der Besserung.‘ – ‚Hals‘ – das bedeutet Lebensgefahr. ‚Magen‘ heißt Angst, Sorge, Unruhe. Also hat auch er mit seiner Verhaftung gerechnet. Doch die Gefahr ist vorüber“ (S. 168).

DER NAME „FLÜSTERPOST“ STEHT FÜR DAS LEBENSBEDROHLICHE SPIEL MIT VERDECKTER SPRACHE

Chiffrensprache bedeutet Umbenennung; aber die Umbenennung (die Verfasserin spricht von „Umschreibungen“ (S. 189)) hängt mit dem Original, das vermieden werden soll, semantisch zusammen. Zuweilen erreichen die Chiffrenwörter terminologische Qualität. „U-Boot“ als Untergetauchter ist leicht erlernbar, „tauchen“ formuliert die Bedeutung verbal ‘der Kontrolle entziehen, im Untergrund leben’. Das folgende Zitat gibt einen Einblick: „Der Markt der ‚U-Boote‘ ist bereits überzogen. Niemand darf ‚tauchen‘, der nicht in akuter Lebensgefahr schwebt, heißt das drakonische Gebot der Stunde“ (S. 190). Einige Umbenennungen sind wirklich terminologisch desemantisiert: Ein Anruf erreicht die Verfasserin am 11. Januar 1945: „SOS für Schokoladenkeks. [...] Schnellstens, allerschnellstens Bescheid sagen“ (S. 198). Das bedeutet: Mischehen (Schokolade und Keks), also zwischen „Ariern“ und Juden, sind in Gefahr. Heikle, wenn nicht perverse sprachliche Bilder müssen herhalten, um die Gefahr zu reduzieren. – Unter dem Namen „Flüsterpost“ (S. 177) fasst die Verfasserin ihre Techniken großzügig zusammen. Das klingt wie aus einem Kinderspiel; es ist aber existentiell und lebensbedrohend.

Verruf der Zeit und der Sprache

Klage: „Sterben, Sterben, Sterben – wohin man auch blickt. [...] Wahrhaftig, wir haben mit dem Sensenmann Brüderschaft geschlossen.“ (S. 129). Der dreifache Aufruf des Sterbens lässt die Dichte und zugleich Weite des Todes erspüren. „Wir“ und der „Sensenmann“ sind Brüder wider Willen.

Und dann die Hinrichtung der Männer vom 20. Juli. Hinrichtung und zugleich Verfilmung. Konrad Bauer (Deckname), der „Clique“ zugehörig, berichtet, schreit: „gar-rot-tieren. [...] Würgen heißt es! Zappeln lassen, daß immer noch ein bißchen Luft in die Kehlen dringt. Daß sie um Gottes Willen nicht zu hurtig sterben, die unglückseligen Opfer.“ Ein anderer bringt „es“ auf einen Begriff: „Erdrosselung“ (S. 180). Daraufhin schreit Andrik: „Nein, nein, nein! [...] Ich höre auf, ein Deutscher zu sein. In dieser Stunde, in diesem Augenblick löse ich mich feierlich aus der Gemeinschaft meines Volkes und emigriere ins Überall-Land des Weltbürgertums“ (S. 180f.).

EMIGRATION „INS ÜBERALL-LAND DES WELTBÜRGERTUMS“

Heißt es zuvor noch „wir“, so wird jetzt die Einheit gekündigt und eine partikuläre Einheit gestiftet: „So stehen wir im Kreis, und wie von selbst finden sich unsere

Hände“ (S. 181). Dieses Mal nicht „Brüder wider Willen“, sondern feierliche Kündigung der Gemeinschaft des deutschen Volkes und Sprung ins „Überall-Land“. Dies ist ein symbolisches Land, aber ein Hoffnungs-Land, das zum Widerstand gegen „Deutschlands Diktator“ und gegen die „Nazibonzen“ einlädt (S. 76; 15). Auf das dreifache „Sterben“ im ersten Absatz folgt im zweiten Absatz, vor der Kündigung, ein dreifaches „Nein, nein, nein!“ Diese Absätze steigen ein in eine literarisierte Sprache und setzen sich ab von der Darstellung des täglichen Kampfes, der unerbittlich weitergeht.

Sprach-Klage: „Hitler hat das Volk an Ekstasen gewöhnt. Immer muß es irgendwo ‚knallen‘. Immer steigert man sich ins Übermaß“ (S. 71). Dieses „Übermaß“-Deutsch findet sich in Steigerungswörtern, die adverbielle Zusätze zum Prädikat sind: „ungeheuer groß“, „überirdisch schön“, „einmalig wundervoll“. Dazu zählt auch der Superlativ, der selbst für das die Grenze überspringende „radikal“ und das Ganze einnehmende „total“ einen Komparativ und einen Superlativ kennt. Goebbels in seiner Sportpalastrede vom 18. Februar 1943 dekliniert diese Adjektive durch: „Wollt Ihr den totalen Krieg? [...] Wollt Ihr ihn, [...] wenn nötig, totaler und radikaler, als wir ihn uns heute überhaupt erst vorstellen können? [...] Billigt Ihr, wenn nötig, die radikalsten Maßnahmen gegen einen kleinen Kreis von Drückebergern und Schiebern [...]?“ Zuvor hatte er in die Menge geschrien: „Das Radikalste ist heute gerade radikal, und das Totalste ist gerade total genug, um zum Siege zu führen!“ (Heiber (Hg.), Bd. 2, 1991, S. 205, 187).

VON „EKSTASE“ UND „ÜBERMASS“ IST DER SPRACHGEBRAUCH DER NAZIS GEZEICHNET

Schimpf und *Schande*. Die allgemeine Klage über die Sprache geht im Detail in eine Form über, welche die Nazi-Terminologie verspottet und entblößt. Zu dem Gruß „Heil Hitler!“ ergibt sich der Gegengruß „Teufel, der Führer!“ (S. 55). Hitler wird mit dem Prädikat „Diktator“ belegt (S. 76), und der „Führer“ verkommt zu „Herrn Adolf Hitler – alias Schicklgruber“ (S. 169). Üblich ist „Bonze“ für Nazigrößen, auch spezifiziert in „SS-Bonzen“ und metaphorisiert in „Bonzengalgen in spe“ für die „Hunderte von eisernen Fahnenmasten“ (S. 232; 55) – das Schicksal der führenden Nazigrößen im Nürnberger Prozess wird vorweggenommen. Die Nazi-Herrschaft ist insgesamt ein „Spitzelregime“, das der „Petzer“ und „Anschwärzer“ bedarf (S. 11; 140). Es ist nicht nur ein Spitzelregime, sondern auch eine aggressive Eroberungsmacht: „Ich werde ihre Städte ausradieren“, zitiert die Verfasserin eine öffentliche Aussage Hitlers, und sie fährt fort: „Und [er hat] vor einem Monat mit Coventry den Anfang gemacht. ‚Coventrisieren‘ nennt man seitdem die Totalvernichtung einer Stadt“ (S. 79). Die Variante, die sich durchgesetzt hat, ist verkürzt: coventrieren. Ihr Schöpfer ist wohl Goebbels (Wikipedia; vgl. Brackmann, Birkenhauer 1988, S. 45) – doch bald wurde die lexikalische Provokation fallen gelassen, weil die Briten sich rächten. Victor Klemperer spricht von „totgeschwiegen“ (Klemperer 1947, S. 135). Doch schon unter dem 16. Dezember 1940 heißt es bei der Verfasserin (der Angriff auf Coventry war am 14. November 1940): „Rühmt sich der Wortfindung und vergißt, wie grausam sie sich eines Tages gegen uns selber kehren kann“ (S. 79). Eine prompte Reaktion und eine Voraussage, die (leider) nur in der „Clique“ und nicht öffentlich gehandelt wurde.

Wie dehnbar der Begriff ‚Deutsch‘ ist, lehrt das folgende Zitat. Wir kennen die Negation dieses Begriffes („Ich höre auf, ein Deutscher zu sein“) (s. S. 24). Jetzt spricht ein Widerständler, der sich der Gruppe anschließt: „Ich glaube, mit euch kann man deutsch reden“ (S. 208). Der Satz bringt zum Ausdruck, dass die „Bonzen“-Sprache eine fremde im Sinne von abartige Sprache ist; sie zu vermeiden, ist eine Art von Widerstand.

Gedenktafel, Ruth Andreas-Friedrich, Am Fichteberg 15a, Berlin-Steglitz

Ende und Anfang

Schon am 27. September 1938, während der Sudetenkrise, zitiert die Verfasserin die berühmten Verse von Matthias Claudius – in einer eigenwilligen Version: „'s ist Krieg, 's ist Krieg, und ich begehre, nicht schuld daran zu sein" (S. 11). Am 18. April 1945, kurz vor dem Ende, heißt es im Text, in einer Situationsbeschreibung: „Der Mond ist untergegangen" (S. 263). Fast ein harscher und holpriger Gegenvers zu Claudius' eingängigem Lied: „Der Mond ist aufgegangen ...".

Der letzte Eintrag vom 28. April 1945 lautet: „Der Krieg ist aus. In dieser Stunde beginnt für uns der Friede. [...] Frei seid ihr alle [...], die ihr Nein sagtet zu Adolf Hitlers Elendspolitik. Das große Unrecht hat aufgehört. Wir grüßen dich, Helmuth von Moltke! Wir grüßen euch, ihr Geschwister Scholl, dich, Ursula Reuber, dich, Heinrich Mühsam, dich, Peter Tarnowsky und Wolfgang Kühn! Wir fangen an. In eurem Namen fangen wir an!" (S. 304). Große Namen und Namen aus dem Widerstandskreis, die ihr Leben einsetzten für die Freiheit und wider das Unrecht. Welch eine Verheißung, die nicht nur auf Begriffe setzt – Kapitulation, Niederlage, Befreiung; sondern auch auf authentische Namen im Widerstand und deren Vermächtnis.

Die Voraussetzungen dafür werden am 31. März 1945 formuliert: „Der Endsieg, das ist: wenn die Alliierten durchs Brandenburger Tor einziehen" (S. 234). Sprache im Widerstand ist eine Freisetzung von Bedeutungen im Sinne von Verrückung und Zersetzung – damit die Knechtschaft ein Ende nimmt und ein Anfang der Freiheit werde.

Quelle

Andreas-Friedrich, Ruth (1947): Der Schattenmann. Tagebuchaufzeichnungen 1938-1945. Berlin: Suhrkamp.

Literatur

Andreas-Friedrich, Ruth (2000): Der Schattenmann. Schauplatz Berlin. Tagebuchaufzeichnungen 1938-1948. Mit einem Nachwort von Jörg Drews. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Brackmann, Karl-Heinz / Birkenhauer, Renate (1988): NS-Deutsch. „Selbstverständliche" Begriffe und Schlagwörter aus der Zeit des Nationalsozialismus. Straelen: Straelener Manuskripte Verlag.

Friedrich, Karin (2000): Zeitfunken. Biographie einer Familie. München: Beck.

Heiber, Helmut (Hg.) (1991): Goebbels Reden. Bd. 1.2. 1932-1945. Bindlach: Gondrom.

Jüttner, Irmtraud (1995): Die deutsche Sprache in der Verfolgung und im Widerstand gegen den Nationalsozialismus 1933-1945. In: SPRACHREPORT 3 / 1995, S. 16-18.

Klemperer, Victor (1947): LTI. Notizbuch eines Philologen. Berlin: Aufbau.

Schlosser, Horst Dieter (2013): Sprache unterm Hakenkreuz. Eine andere Geschichte des Nationalsozialismus. Köln / Weimar / Wien: Böhlau.

Weisenborn, Günther (1974): Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes. 1933-1945. 4. Aufl. Frankfurt a.M.: Röderberg.

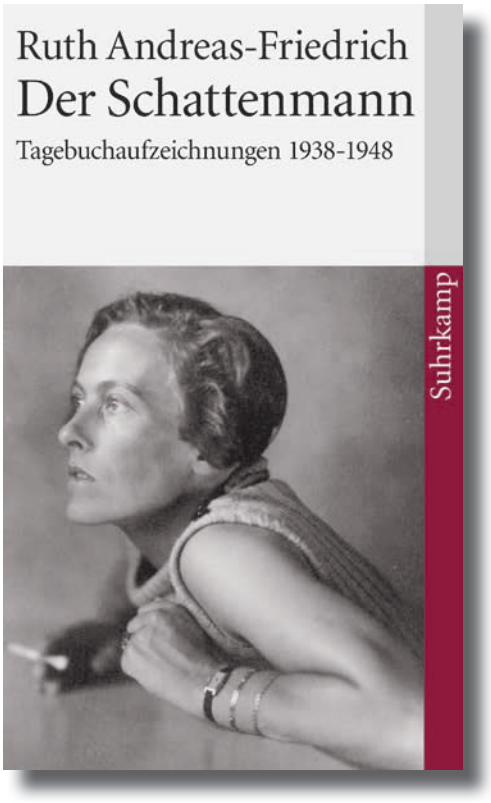
Wikipedia: <https://de.wikipedia.org/wiki/Coventrieren>.

Bildnachweise

S. 23: <https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Fotothek_df_ps_0000029_Faschismus_%5E_Propaganda.jpg#filelinks>

S. 25: <https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Gedenktafel_Am_Fichteberg_15a_(Stegl)_Ruth_Andreas-Friedrich.jpg?uselang=de>

S. 26: <www.suhrkamp.de/buecher/der_schattenmann_schauplatz_berlin-ruth_andreas-friedrich_39689.html>



Germanistik
Linguistik

Universitätsverlag
WINTER
Heidelberg

Literaturhinweise zur Linguistik

Herausgegeben im Auftrag des Instituts für Deutsche Sprache (IDS) Mannheim
von ELKE DONALIES

Die *Literaturhinweise zur Linguistik (Lizuli)* erschließen zentrale Themen der Linguistik. Sie richten sich vor allem an Studierende und Lehrende und unterstützen Semesterarbeiten, Prüfungen und Forschungsvorhaben. Die E-Book-Reihe bietet eine präzise Einführung in das Thema und eine übersichtlich strukturierte, aktuelle, wissenschaftlich fundierte Auswahlbibliografie.

Band 6
DOVALIL, VÍT
ŠICHOVÁ, KATEŘINA

Sprach(en)politik, Sprachplanung und Sprachmanagement

2017. 90 Seiten.
E-Book: € 14,–
ISBN 978-3-8253-7715-1

Band 5
STORJOHANN, PETRA

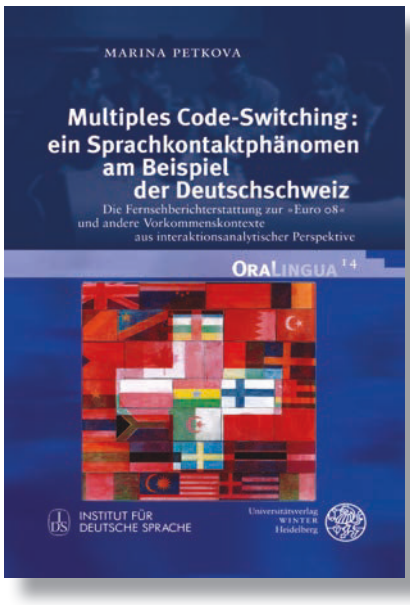
Kookkurrenz aus korpuslinguistischer Sicht

2016. 72 Seiten.
E-Book: € 14,–
ISBN 978-3-8253-7680-2

OraLingua

Herausgegeben im Auftrag des Institut für Deutsche Sprache (IDS) Mannheim
von ARNULF DEPPERMANN und
ALEXANDRA N. LENZ

Die Arbeiten der Reihe *OraLingua* erforschen sprachliche und kommunikative Strukturen des gesprochenen Deutsch in unterschiedlichen regionalen, kommunikativen und medialen Kontexten.



Band 14
PETKOVA, MARINA

Multiples Code-Switching: Ein Sprachkontaktphänomen am Beispiel der Deutschschweiz

Die Fernsehberichterstattung zur ‚Euro 08' und andere Vorkommenskontexte aus interaktionsanalytischer Perspektive

2016. X, 339 Seiten, 17 Abbildungen.
Geb. € 48,–
ISBN 978-3-8253-6528-8

Band 13
HELMER, HENRIKE

Analepsen in der Interaktion

Semantische und sequenzielle Eigenschaften von Topik-Drop im gesprochenen Deutsch

2016. 274 Seiten, 35 Abbildungen.
Geb. € 45,–
ISBN 978-3-8253-6577-6

www.winter-verlag.de

Konstantina Vassiliou-Enz / Alice Lanzke / Daniel Bax

AM ANFANG IST DAS WORT

Die Autorinnen und der Autor sind Journalisten und vertreten den Verein Neue deutsche Medienmacher.

Das bevorzugte Feindbild von Rechtspopulisten ist eine angeblich grassierende „politische Korrektheit“, die Menschen mit anderen Meinungen mundtot zu machen versuche. Nicht „politisch korrekt“ zu sein, damit brüsten sich Rechtspopulisten in ganz Europa, von Marine Le Pen in Frankreich über Geert Wilders in den Niederlanden bis zu Heinz-Christian Strache von der FPÖ in Österreich. Auch Donald Trump hat seine Wahl zum US-Präsidenten 2016 nicht zuletzt damit gewonnen, dass er sich als wackerer Kämpfer für das freie Wort inszenierte – gegen eine politische Elite, die ihn angeblich davon abhalten wolle, die Wahrheit über den Zustand der USA zu sagen. Anders als „die Mainstream-Medien“ , die „Lügenpresse“ und „das politische Establishment“, dem sie vorwerfen, eine sinistre „Meinungsdiktatur“ auszuüben, brüsten sich Rechtspopulisten gerne damit, als einzige weit und breit „Klartext“ zu reden. Diese Pose dient ihnen gewöhnlich dazu, Vorurteile zu verbreiten und Ressentiments zu bedienen, Minderheiten zu diskriminieren und andere Menschen verbal herabzusetzen. Donald Trump hat es in diesem Fach zu wahrer Meisterschaft gebracht, und nicht zufällig nennt sich eine der größten antimuslimischen Hetzseiten im Internet „PI-News“, wobei das PI für „politically incorrect“ steht. Woraus im Umkehrschluss geschlossen werden kann, dass „politische Korrektheit“ häufig nichts anderes ist als eine abschätzige Umschreibung für altmodische Umgangsformen und Tugenden wie Anstand, Aufrichtigkeit, Respekt oder Höflichkeit, und dass es ein Beispiel für Klartext wäre, die Gegner einer angeblich übertriebenen „politischen Korrektheit“ als das zu bezeichnen, was sie sind: als Rassisten und Menschenfeinde, die nicht nur verbale Gewalt ausüben.

Das Beispiel zeigt: Sprache und Begriffe sind nie neutral, und sie sind in den letzten Dekaden mehr denn je zu einem Schlachtfeld politischer Überzeugungen und Ideologen geworden. Die Neuen deutschen Medienmacher (NdM) sind ein 2009 gegründeter Verein von Medienschaffenden unterschiedlicher Herkunft – mit und ohne Einwanderungsgeschichte –, die sich für mehr Vielfalt in den Medien einsetzen, personell und thematisch.

Im November 2011 entschieden sie, sich erstmals in diese Schlacht zu werfen. Dabei ging es uns weniger um eine politische Positionierung, sondern vielmehr um sprachliche Genauigkeit – also letztlich um Fragen des journalistischen Handwerks und des professionellen Berufsethos von Journalisten.

Es war kurz nach dem Bekanntwerden der Neonazi-Mordserie des selbst ernannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU), der über Jahre hinweg neun Menschen heimtückisch ermordet hatte. Doch selbst in der Tagesschau war in diesem Zusammenhang von „Döner-Morden“ die Rede – als seien diesen Morden nicht Menschen, sondern Fastfood-Gerichte zum Opfer gefallen. So brachten die NdM ein Papier heraus, in dem sie erklärten, warum es nicht angemessen ist, von „Döner-Morden“ zu sprechen, und weshalb man die Opfer auch nicht einfach als „Türken“ bezeichnen sollte – schließlich waren auch deutsche Staatsbürger darunter –, sondern zum Beispiel als Kleinunternehmer überwiegend türkischer Herkunft. Außerdem stellten sie in Frage, das Motiv der Neonazis als „Fremdenfeindlichkeit“ zu bezeichnen anstatt als Rassismus. Denn es waren ja keine „Fremden“, die von den rechtsextremistischen Mördern getötet wurden, sondern in Deutschland ansässige und meist lange beheimatete Bürger, die einer rassistischen Ideologie ihrer Mörder zum Opfer fielen. Nur, weil sie in den Augen ihrer Mörder „Fremde“ waren, müssen Journalisten es ihnen nicht gleich tun.

Die „Formulierungshilfen der Neuen deutschen Medienmacher für die Berichterstattung zur Neonazi-Mordserie“ haben in vielen Redaktionen für Diskussionen gesorgt. Manche Kollegen fühlten sich bevormundet, andere setzten die Empfehlungen um, und viele waren einfach nur froh, endlich Rückendeckung für die eigene, kritische Betrachtung des journalistischen Sprachgebrauchs zu erhalten. In fast allen Fällen aber zeigte sich ein hoher Bedarf an Auseinandersetzung und an Orientierung. Denn bei allem Stress und allem Zeit- und Aktualitätsdruck im Mediengeschäft ist den meisten Journalistinnen und

Journalisten sehr wohl bewusst, dass sie Einfluss nehmen, Deutungsmacht haben und damit auch Verantwortung tragen. Durch ihre Wahl der Themen, der Geschichten, der Perspektiven und nicht zuletzt durch ihre Wortwahl geben sie dem Publikum und ihren Lesern eine Richtung vor, mit der diese die Welt sehen.

JOURNALISTEN HABEN DEUTUNGSMACHT

Das ist kein unbestimmtes Gefühl: Es gibt zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen, die dies belegen. So hat die in den USA forschende Psychologin Lera Boroditsky 2011 in einem Experiment[1] an der Stanford University nachgewiesen, wie viel Gewicht ein einziges Wort in einem journalistischen Text hat. Sie legte zwei Gruppen von Probanden je einen kurzen Bericht vor, in dem es um die rapide steigende Kriminalität in einer fiktiven amerikanischen Stadt ging. Anschließend sollten Lösungen für das Problem gefunden werden. Beide Texte waren fast gleich, es gab nur einen Unterschied: In dem einem Text wurde die Kriminalität in der Stadt als „Virus" beschrieben, im dem anderen wurde sie mit einer „Bestie" verglichen.

Die Lösungsvorschläge der Probanden, die den Virus-Text gelesen hatten, waren vor allem präventiv ausgerichtet: Sie plädierten für Bildungsprogramme und Armutsbekämpfung. Die zweite Gruppe, die im Bericht die Metapher von der Bestie gelesen hatte, wollte dagegen mehrheitlich repressiv vorgehen – sie forderte strengere Gesetze und höhere Gefängnisstrafen. Besonders bemerkenswert waren die Begründungen dafür: Beide Gruppen rechtfertigten ihre Vorschläge mit den Zahlen und Statistiken aus dem Bericht – dabei waren es in beiden Texten exakt dieselben. Sprache wirkt eben unbewusst.

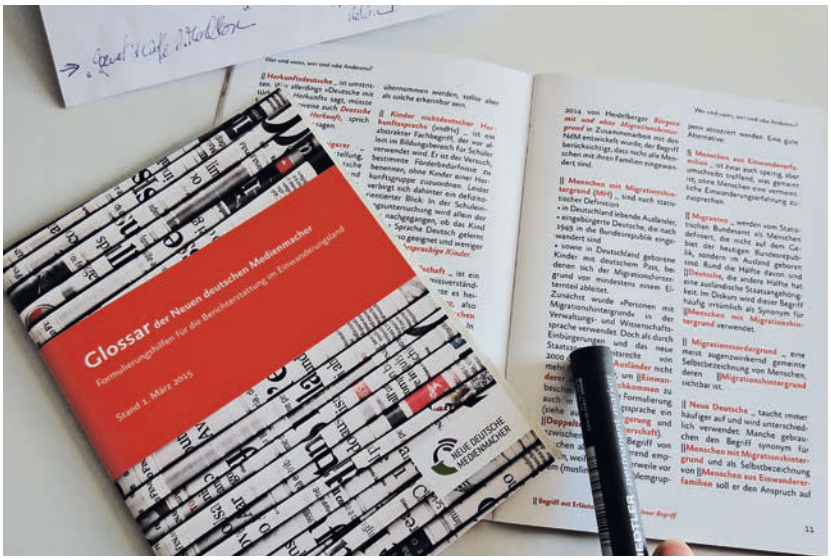
Einzelne Wörter können entscheiden

Wie einzelne Wörter zu Unterschieden in der Wahrnehmung führen können, zeigte sich auch in der Berichterstattung zur Asyldebatte des Jahres 2016. Das Schlagwort von der „Flüchtlingskrise" wurde oft verwendet. Was es aussagt, liegt auf der Hand: Aufgrund von geflüchteten Menschen gibt es eine Krise. Wird das Leitwort hinterfragt, kann sich ein ganz anderes Bild ergeben. Denn gemessen an der Zahl von rund 60 Millionen Menschen, die derzeit weltweit auf der Flucht sind, stellen die maximal eine Million Menschen, die 2016 nach Deutschland gekommen sind, genau genommen nicht viel dar. Es schafft Probleme und ist eine Herausforderung – aber ist es eine Krise? Und wenn ja, sind eine Million Geflüchtete in einem Land mit 81 Millionen Einwohnern die Ursache dafür? Oder ließe sich nicht ebenso gut sagen, dass der deutsche Staat versagt, weil er sich nur ungenügend auf dieses Szenario vorbereitet hat und Gesetze und Strukturen dafür unzureichend sind? In diesem Fall müsste man nicht von „Flüchtlingskrise" sprechen, sondern vielleicht von einer „Asylgesetzkrise" oder, neutraler, schlicht von „Asylpolitik". Es würde ja auch niemand auf die Idee kommen, eine Debatte um fehlende Kindergartenplätze für Kleinkinder mit dem Schlagwort „Kleinkinderkrise" zu überschreiben. Eltern würden womöglich auf die Barrikaden gehen: Verständlich, denn sie haben ein verbrieftes Recht auf Kinderbetreuung. Das Recht auf Asyl ist in Deutschland allerdings auch gesetzlich verbürgt. Trotzdem redet man hier häufig unhinterfragt von einer „Flüchtlingskrise".

MIGRATION UND INTEGRATION GELTEN ALS ALLTAGSTHEMEN

Fachwissen ist gefragt

Möglichst genau und kenntnisreich zu formulieren, ist für Journalisten, theoretisch gesehen, eine Selbstverständlichkeit. In der Praxis fällt es oft weniger leicht. Häufig müssen Journalisten vereinfachen und verkürzen und auf gängige Schlagwörter zurückgreifen. Mitunter fehlt ihnen die Zeit zur Recherche, teils auch der Zugang zu Minderheiten, über die sie schreiben, und in vielen Redaktionen mangelt es an Kolleginnen und Kollegen, die selbst aus Einwandererfamilien stammen. Dazu kommt, dass Migration und Integration vielen als Allerweltsthemen gelten, über die jeder etwas aus seiner persönlichen Perspektive beisteuern kann. Dabei ist auch hier Fachwissen gefragt, etwa, um die komplexe Einwanderungs- oder Asylgesetzgebung zu verstehen.



Im Glossar der Neuen deutschen Medienmacher findet man Formulierungshilfen zu Begriffen rund um das Thema Einwanderungsgesellschaft.

Gleichzeitig verändern sich (sprachliche) Diskurse beständig, und gerade auf diesem Gebiet sind Sprache und Begriffe ein hoch umkämpftes Terrain. Das wird deutlich, wenn Frauke Petry, die Vorsitzende der Alternative für Deutschland (AfD) behauptet, ihre Partei wolle den Begriff „völkisch" nunmehr positiv besetzen. Oder wenn die ARD ankündigt, sie werde die AfD künftig nicht mehr als „rechtspopulistisch" bezeichnen, denn diese Bezeichnung sei umstritten und eine solche Bewertung dieser Partei im Grunde überhaupt paternalistisch.

ES MANGELT AN JOURNALISTEN AUS EINWANDERERFAMILIEN

Dabei warnen Sprachwissenschaftler wie Anatol Stefanowitsch oder die Sprach- und Kognitionsforscherin Elisabeth Wehling davor, dass das ideologische Vokabular und der Jargon der Rechten zunehmend auch von etablierten Medien und Journalisten übernommen werde. Ein Wort wie „Überfremdung", das aus dem NS-Sprachgebrauch stamme, finde auch Eingang in den etablierten Mediendiskurs – zunächst mit, dann ohne Anführungszeichen. Das führe „dazu, dass dieser Begriff quasi als normal gilt", sagte Stefanowitsch dem NDR-Medienmagazin ZAPP. Dadurch werde „das, was sagbar ist, immer weiter ins Extreme verschoben".[2]

DAS SAGBARE WIRD INS EXTREME VERSCHOBEN

Auch die Sprach- und Kognitionsforscherin Elisabeth Wehling weist darauf hin, dass mit jedem Wort im Gehirn bestimmte Deutungsrahmen aktiviert werden – dieser Prozess wird „Framing" genannt. Und dieser Deutungsrahmen gibt vor, wie eine Sache zu sehen ist – und das mit einer bestimmten ideologischen Konnotation.[3]

Bei rechten Kampfbegriffen wie „Überfremdung", „Umvolkung", hinter dem eine regelrechte Verschwörungstheorie von einem im großen Stil geplanten „großen Austausch" steht, oder der Diffamierung von geflüchteten Menschen als „Invasoren" mag das recht offensichtlich sein, ebenso, wenn Rechtspopulisten ihre Gegner als „Altparteien" oder „Systempresse" schmähen.

Doch es gibt andere Worte aus der rechten Propagandakiste, die nicht als solche erkennbar sind. Während sich die Selbstbezeichnung als harmlose „Asylkritiker", wie die Pegida-Demonstranten gerne gesehen werden wollten, nicht durchgesetzt hat, ist der Euphemismus „Islamkritik" weit verbreitet. Selbst die Pegida-Demonstranten oder der holländische Rechtspopulist Geert Wilders, der ein radikal antimuslimisches Programm verfolgt, wurden zumindest in der Anfangszeit von deutschen Nachrichtenagenturen, die die Wortwahl in den deutschen Medien entscheidend prägen, verharmlosend als „Islamkritiker" bezeichnet.

Weniger offensichtlich ist es auch, wenn die Fluchtbewegungen der jüngeren Zeit als „Flüchtlingsströme", „Einwanderungswelle" oder „Dammbruch" bezeichnet und damit in die Nähe von Naturkatastrophen gerückt werden. Oder, wenn auch seriöse Medien von „Masseneinwanderung" oder gar „Völkerwanderung" sprechen und damit den Eindruck einer historischen Zäsur, wenn nicht sogar eines Epochenwandels und „Zivilisationsbruchs" nahelegen. Von „Zivilisationsbruch" sprach nach den Silvesterereignissen von Köln sogar der sonst eher bedächtige Justizminister Heiko Maas (SPD). Mit dieser Chiffre war bis dahin gewöhnlich der Völkermord in den Todeslagern von Auschwitz bezeichnet worden, ein beredtes Beispiel für eine hysterische Entgleisung.

Auch etablierte Parteien greifen auf ideologisch gefärbte Kampfbegriffe zurück, wenn sie ein politisches Ziel verfolgen. Die Rede vom „Burka-Verbot" dient dazu, das Verbot des ohnehin ungeliebten Ganzkörperschleiers, den manche muslimische Frauen tragen, zu propagieren. Indem man ihn pauschal mit der afghanischen Burka gleichsetzt, die den Frauen dort von den Taliban während ihrer Herrschaft aufgezwungen wurde, legt man die Vorstellung einer Freiheitsberaubung nahe.

Ähnliches gilt für die Debatte um so genannte „Kinder-Ehen". Tatsache ist, dass es unter den geflüchteten Menschen, die in der vergangenen Zeit nach Deutschland kamen, auch einige gibt, die in ihrem Herkunftsland bereits in einem Alter geheiratet haben oder verheiratet wurden, in dem man in Deutschland noch nicht als heiratsfähig gilt – also mit 17 oder 16 Jahren, machmal sogar mit 15, 14 oder 13. Nicht selten geschah das, weil man sich davon auch einen Schutz für die Mädchen auf ihrer Flucht versprach.

Korrekterweise sollte man hier allerdings von Teenagerehen sprechen. Denn sonst müsste man aufgrund der Tatsache, dass die Bundeswehr auch 16- und 17-Jährige ausbildet und an der Waffe trainiert, davon sprechen, dass die Bundeswehr „Kindersoldaten" rekrutiert. In der Tat sprechen aber nur die erklärten Gegner dieser Praxis in diesem Zusammenhang von „Kindersoldaten".

SPRACHLICHE VERÄNDERUNGEN SIND EIN PROZESS

Aber auch vermeintlich neutrale Begriffe sind nicht immer unproblematisch, wie der Begriff „Migrationshintergrund" deutlich macht. Zunächst war die Formulierung vor allem in der Verwaltungs- und Wissenschaftssprache gebräuchlich, doch durch vermehrte Einbürgerungen und das erneuerte Staatsangehörigkeitsrecht von 2000 fand sie mehr und mehr Eingang auch in die Umgangssprache. Heutzutage wird der Begriff „Migrationshintergrund" von manchen wiederum als stigmatisierend empfunden und von einigen mit einem distanzierenden „sogenannten" versehen, weil sie sich selbst in erster Linie als Deutsche verstehen. Sprachliche Veränderungen sind eben ein Prozess: Begriffe verschwinden nach und nach aus dem Sprachgebrauch oder etablieren sich erst nach einer bestimmten Zeit.

All diese Gründe haben die Neuen deutschen Medienmacher dazu bewogen, Journalisten und Medienschaffenden ein Angebot an Information und zur Reflektion zu machen. Zusammen mit Wissenschaftlern und weiteren Fachleuten erarbeiteten NdM-JournalistInnen ein „Glossar mit Formulierungshilfen für die Berichterstattung im Einwanderungsland".[4]

Ein erster Entwurf

Einen entscheidenden Impuls dafür gab die Arbeitstagung „Neue Begriffe für die Einwanderungsgesellschaft", die am 29. und 30. April 2013 mit Unterstützung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) von den Neuen deutschen Medienmachern veranstaltet wurde. Ein Grundgedanke war, dass, wenn es um Bezeichnungen und Benennungen von Gruppen bzw. Minderheiten geht, diese dabei selbst auch zu Wort kommen sollten. Entsprechend breit luden die NdM Vertreterinnen und Vertreter aus Medien, Verwaltung, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik ein. In fünf Panels wurde jeweils nach einem fachlichen Input diskutiert und gestritten. Moderiert wurden die Arbeitsgruppen von Mitgliedern der NdM, welche die Ergebnisse aus dem jeweiligen Workshop schriftlich festhielten und damit gleichzeitig die Basis für den ersten Entwurf des Glossars schufen.

Selbstversuch: Diese jungen Leute sind Ausländer, Türken und Araber, Jugendliche aus Einwandererfamilien, Mitglieder einer Streetgang, geduldete Asylsuchende, von der Essener Initiative „Engagierte Jungs" nominiert für den Ehrenamtspreis „Essens Beste". Alles trifft zu, aber jede der Beschreibungen wirft einen anderen Blickwinkel auf die Gruppe.

Bei dieser Tagung war besonders der Begriff „Migrationshintergrund" Gegenstand zahlreicher Diskussionen. Er klingt für viele, die er beschreibt, nicht positiv oder neutral, sondern eher als das Merkmal einer Problemgruppe. Das resultiert nicht zuletzt aus der Tatsache, dass zumeist in problematischen Zusammenhängen vom Migrationshintergrund die Rede ist, etwa in Debatten um Kriminalität, gescheiterte Integration, mangelnde Bildungschancen oder sozial benachteiligte Menschen aus Einwandererfamilien. Einen weiteren Aspekt brachte die Journalistin und Schriftstellerin Jagoda Marinić in ihrer Rede zur Eröffnung des Workshops ein: „Besonders klebrig haftet dieser Migrationshintergrund an jener Generation, die nie eingewandert ist und von denen sich einige weigern, einen anderen Hintergrund zu haben, als den, in dem sie geboren sind."

Unter den Titeln „Wer sind wir, wer sind die anderen?", „Migration und Integration", „Islam in den Medien", „Kriminalität und Straftaten" sowie „Rassismus" wurde anschließend intensiv über strittige und problematische Begriffe diskutiert. Der vergleichbar harmlos klingende Begriff „Passdeutsche" etwa wird oft nicht in böser Absicht verwendet. Allerdings sollte man wissen, dass er aus dem Vokabular von Rechtsextremen stammt und etwa in den Texten der NPD verwendet wird, die damit impliziert, dass „Passdeutsche" keine „richtigen" Deutschen seien, um eingebürgerte Menschen abzuwerten.

Ein weiteres Beispiel ist der Begriff „Ehrenmord", der seit einigen Jahren in vielen Medienberichten auftaucht, um schwere Gewaltverbrechen zu beschreiben, die in häufig muslimisch geprägten Familien an Frauen oder Mädchen verübt wurden. Sinnvoller wäre es, so der Konsens beim Workshop, neutraler von einem „Frauenmord" zu sprechen oder zu schreiben, da dieser Begriff die Betroffenen und die Tat in den Fokus rückt. Weil allerdings nicht nur Frauen von solchen Taten betroffen sind, floss in der späteren Erarbeitung des Glossars unter anderem noch die alternative Formulierung „Mord im Namen einer vermeintlichen Ehre" ein. Je nach Motiv werden aber auch die für vergleichbare Taten in einem anderen Umfeld geläufigen Bezeichnungen „Familiendrama" oder „Beziehungstat" vorgeschlagen.

Die zweitägige Veranstaltung gab in vielen Bereichen wertvolle Impulse für die konkrete Arbeit am Glossar. Weitere Anregungen entstanden aus einer „Denkfabrik für Diversity", die im Juni 2014 von den NdM u. a. in Kooperation mit dem Heidelberger Interkulturellen Zentrum organisiert wurde. Hier ging es explizit darum, Alternativen für den von vielen ungeliebten Begriff „Migrationshintergrund" zu finden. Die Ergebnisse des Diversity-Tages wurden direkt in das Glossar aufgenommen. Zu den Alternativbegriffen gehören etwa „Diverskulturelle" (abgekürzt: Dikulturelle) oder „Menschen mit internationaler Geschichte".

Mithilfe dieses vielfältigen Inputs und viel ehrenamtlicher Arbeit entstand auf diese Weise die erste Auflage des Glossars mit fünf Kapiteln zu unterschiedlichen, für die Einwanderungsgesellschaft relevanten Themenbereichen:

- Wer sind „wir", wer sind „die Anderen"?
- Migration
- Kriminalitätsberichterstattung
- Islam
- Asyl

Das erste Kapitel erstellten die Neuen deutschen Medienmacher als Spracharbeiter mit Migrationsgeschichte und Betroffene selbst, die anderen Kapitel wurden in intensivem Austausch mit Wissenschaftlern und Migranten-Selbstorganisationen angefertigt. Ein Beispiel dafür: Die Erklärung zum Begriff „Fundamentalist" aus dem Kapitel „Islam" entstand in enger Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Werner Nell, der die entsprechende Definition für die Brockhaus-Enzyklopädie geschrieben hatte. Das Ergebnis des ständigen Austauschs:

|| **Fundamentalist** _ stammt aus der Geschichte der christlichen Kirchen und bezeichnete Angehörige einer Strömung im Protestantismus der USA Anfang des 20. Jahrhunderts. Inzwischen wird der Begriff auch im politischen Kontext benutzt. Die Frage, ob der Begriff auf bestimmte Strömungen und Haltungen im Islam anwendbar ist, ist umstritten. Alternativ kann man auf Formulierungen zurückgreifen wie *rückwärtsgewandte* oder *konservative Muslime, traditionell gläubige Muslime* oder *altherkömmlich gläubige Muslime*.

An diesem Beispiel zeigt sich die Struktur des Glossars: Dem jeweiligen Begriff wird eine kurze Erklärung nachgestellt, welche die Problematik erläutert. Gegebenenfalls finden sich im Anschluss empfehlenswerte Alternativbegriffe. So kann im Glossar etwa nachgeschlagen werden, was der Unterschied zwischen Zuwanderern und Einwanderern ist, weshalb „mutmaßliche Islamisten" nicht dasselbe sind wie „Terrorverdächtige", dass Asyl und Flüchtlingsschutz keine Synonyme sind, ebenso wenig wie Antisemitismus und Antijudaismus. Man erfährt, woran Burka, Niqab oder Tschador zu erkennen sind, wann die Adjektive „islamisch" und wann „muslimisch" sprachlich angemessener sind oder was genau eigentlich der Begriff „postmigrantisch" bezeichnet. Weit mehr als zweihundert Wörter werden aufgeführt und ebenso viele Alternativbegriffe rund um Themen der Einwanderungsgesellschaft vorgeschlagen – alles in journalistisch brauchbarer Sprache und in kurzer Form, als Hilfestellung und schnelle Recherchequelle im Redaktionsalltag und als Plädoyer, sensibel mit Sprache umzugehen.

DAS GLOSSAR IST EIN PLÄDOYER FÜR EINEN SENSIBLEN UMGANG MIT SPRACHE

Das Glossar im fortlaufenden Wandel

Die erste Auflage des Glossars wurde direkt nach ihrem Erscheinen bei der ersten Bundeskonferenz der Neuen deutschen Medienmacher im Jahr 2014 zur Diskussion gestellt: Die anwesenden Kolleginnen und Kollegen gaben intensives Feedback, das wiederum in die zweite Auflage einfloss. Diese Arbeitsweise trägt der Tatsache Rechnung, dass das Glossar Teil eines sich ständig verändernden Diskurses ist. Wie wir sprechen, wer sich zu Wort meldet und welche Bedeutung einzelne Begriffe haben, ist einem fortlaufenden Wandel unterzogen. Kurz gesagt: Begriffe ändern sich – und das Glossar dadurch auch.

Das zeigt etwa der Begriff „Neue Deutsche". In der ersten Auflage des Glossars von 2014 wurde er noch so erklärt:

|| **Neue Deutsche** _ taucht immer häufiger auf, hat sich aber noch nicht als Synonym für ||**Menschen mit Migrationshintergrund** etabliert. Kritiker stört der Gegensatz: Alte Deutsche wirke negativ. Als Selbstbeschreibung steht der Begriff für den Anspruch auf Zugehörigkeit.

In der aktuellen Ausgabe wird der Begriff mittlerweile so definiert:

|| **Neue Deutsche** _ taucht immer häufiger auf und wird unterschiedlich verwendet: Manche gebrauchen den Begriff synonym für ||**Menschen mit Migrationshintergrund**. Als Selbstbezeichnung von ||**Menschen aus Einwandererfamilien** soll er den Anspruch auf Zugehörigkeit deutlich machen. Der Begriff kann aber auch für eine Haltung stehen statt für eine herkunftsbezogene Kategorisierung: Zu den *Neuen Deutschen* zählen dann alle Menschen (mit und ohne Migrationshintergrund), die positiv zur Pluralisierung der Gesellschaft stehen.

Die aktualisierte Erläuterung trägt der Tatsache Rechnung, dass sich beim Begriff der „Neuen Deutschen" ein Bedeutungswandel vollzogen hat: Er wird mittlerweile überwiegend positiv gesehen und

|| Asylbewerber

sind juristisch gesehen Personen, die einen Antrag auf Anerkennung als politisch Verfolgte gestellt haben, deren Verfahren beim Bundesamt für Migration und ||**Flüchtlinge** aber noch nicht abgeschlossen sind. Bis zum Antrag gilt man für die Behörden als »Asylbegehrender« oder ||**Asylsuchender**. Allerdings ist der Begriff »Asylbewerber« irreführend, weil ein Grundrecht auf Asyl besteht; Menschen bewerben sich nicht um Grundrechte, sie haben sie einfach. Alternative Begriffe: ||**Geflüchtete** oder *Schutzsuchende*.

Weiterführende Begriffe: || Asylsuchende, || Asyl- und Flüchtlingsschutz, || Flüchtlinge, || Geflüchtete

Thema: Flucht und Asyl

|| Begriff mit Erläuterung **empfohlener Begriff** (Auszug aus dem Glossar)

kann ebenso Menschen einschließen, die auch ohne Migrationsgeschichte für eine vielfältige Gesellschaft einstehen.

Gut informierte Entscheidungen treffen

Im Dezember 2016 erschien die nunmehr 5. Auflage der kostenfreien Broschüre. Seit der ersten Auflage wurde sie um Kapitel zu „Jüdinnen und Juden“ sowie „Sinti und Roma“ ergänzt, so dass sich in mittlerweile sieben Kapiteln gängige und ganz neue Bezeichnungen für Minderheiten in Deutschland und auch für die Mehrheit finden. Zusätzlich gibt es seit 2015 eine interaktive Onlineversion mit praktischer Suchfunktion. Es versteht sich von selbst, dass damit niemandem Vorschriften gemacht werden sollen. Die Hinweise und Erläuterungen von Journalistinnen / Journalisten für Journalistinnen / Journalisten dienen nur dazu, auf dieser Grundlage gut informierte Entscheidungen für oder gegen eine bestimmte Formulierung zu treffen – und das in einer Sprache, die in der Öffentlichkeit und insbesondere im Journalismus genutzt werden kann. Dabei ist die Sichtweise der Betroffenen bzw. deren Interessengruppen einzubeziehen – nicht mehr, aber auch nicht weniger. In ihrer Entscheidung bleiben Journalisten selbstverständlich weiter frei.

Das Glossar kommt an: Bei Erscheinen im November 2014 war die Broschüre sofort vergriffen, zahlreiche Redaktionen und freie Kollegen haben es sich als praktische Hilfe für den redaktionellen Alltag bestellt. Fast genauso oft wird das Heft von Behörden, Pressestellen, Schulen oder Universitäten nachgefragt. Einige Polizeidienststellen und das Landeskriminalamt in Baden-Württemberg arbeiten damit, und wenn Bundespräsident Gauck von „Menschen aus Einwandererfamilien“ spricht, dann hat auch er vielleicht das Glossar gelesen: Es ist dort als Alternativbegriff aufgeführt, wenn man nicht vom abstrakt klingenden „Migrationshintergrund“ sprechen will.

MIT DEM GLOSSAR WERDEN NIEMANDEM VORSCHRIFTEN GEMACHT

Immer öfter ist an der Wortwahl in Politik und Medien abzulesen, dass Deutschland sich zu einer multiethnischen Gesellschaft entwickelt. Sprache entfaltet und verändert sich damit. Und so, wie heute niemand mehr ernsthaft von „Fremdarbeitern“ oder „Ausländern“ spricht, wenn er Einwanderer meint, könnte morgen auch die gar nicht so alte, aber ebenfalls politisch konnotierte Wortschöpfung „Zuwanderer“ überholt sein.

Anregung zur Auseinandersetzung

Eine Frage steht bei alledem immer im Raum und in jüngster Zeit mehr denn je: Liefert so ein Appell für eine diskriminierungsfreie Sprache in der Berichterstattung nicht eine Steilvorlage für all diejenigen, die den Medien Manipulation vorwerfen und den unsäglichen Begriff der „Lügenpresse“ verwenden? Ja, das kann sein. Aber was wäre die Alternative? Ein Journalist, der statt von „Ausländern“ faktengetreuer von „Einwanderern“ schreibt, der nicht von „Flüchtlingsströmen“ berichtet, sondern konkrete Zahlen nennt, der nicht von „Farbigen“ spricht, sondern von „Schwarzen“, oder für den Mehmet K. nicht in erster Linie „Türke“, sondern erst mal ein Berliner ist, der lügt nicht. Er hat nur im Kopf, dass Berliner viele Namen und Biografien haben, dass Minderheiten ein Recht haben, ihre Selbstbezeichnung selbst zu wählen, und dass Menschen auf der Flucht nicht wie Naturgewalten über ein Land kommen, sondern dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, das auch mit dieser Herausforderung zurechtkommen wird.

Es wäre falsch zu unterstellen, dass Medienschaffende dadurch eine gesellschaftliche Debatte unterdrücken würden. Und es wäre fatal,

|| Asyl- und Flüchtlingsschutz

sind keine Synonyme, sondern unterschiedliche rechtliche Schutzformen. Einen Anspruch auf Asyl haben nur politisch verfolgte ||**Geflüchtete** in Deutschland, gemäß Art. 16a im Grundgesetz. Der ||**Flüchtlingsschutz** dagegen wird nach der ||**Genfer Flüchtlingskonvention** gewährt. Außerdem gibt es auch ||**Abschiebungsverbote** auf Grundlage der Antifolterkonvention der Vereinten Nationen, der Europäischen Menschenrechtskonvention und anderer internationaler Abkommen.

Weiterführende Begriffe: || Asylsuchende, || Asylbewerber, || Geflüchtete, || Bleiberecht, || Duldung, || Flüchtlinge, || Geschützte Personen

Thema: Flucht und Asyl

|| Auszug aus dem Glossarkapitel „Flucht und Asyl"

wenn Journalisten solchen Vorwürfen von interessierter Seite nachgeben und ihre Arbeit danach ausrichten würden. Es würde diesen Stimmen ein unangemessenes Gewicht verleihen.

SPRACHE SPIEGELT GESELLSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG WIDER

Die heftigste Kritik am Glossar war aus den sozialen Online-Medien zu vernehmen, fast immer wurde der Vorwurf einer vermeintlichen „Zensur" erhoben. Eine Minderheit wolle der Mehrheit ihre Wortwahl diktieren oder, wie es in einem Beitrag hieß, „den gehirngewaschenen Meinungsmedienschmierfinken noch mehr Multikulti in den Hintern blasen". Per „Verbal-Inquisition" würden die Neuen deutschen Medienmacher „am Genozid Deutschlands arbeiten", war an anderer Stelle zu lesen. Dass die Formulierungstipps der Neuen Deutschen Medienmacher eine akute Bedrohung darstellen, dieser Vorwurf wird aber bloß von Leuten erhoben, die das Glossar nie gelesen haben und, ihrer Schreibe nach zu urteilen, auch gar keine Journalisten sind.

Unter Kolleginnen und Kollegen werden die Vorschläge dagegen überwiegend positiv aufgenommen und als Denkanstöße verstanden. Natürlich gibt es auch strittige Punkte. Wenn im Glossar etwa vorgeschlagen wird, die Bezeichnung „Deutsche ohne Migrationshintergrund" zu erwägen, weil andere ja auch als Menschen mit Migrationshintergrund bezeichnet werden, dann schmeckt das nicht allen und wird auch eher selten in den journalistischen Alltag einfließen. Viele empfinden diesen spielerischen Umgang mit Identitätsfragen aber auch als entkrampfend und ideenstiftend. Denn wer heutzutage von Deutschen schreibt oder spricht, kann auch all jene mitdenken, die keine „typisch deutsche" Familiengeschichte haben, was immer das ist.

Anmerkungen

1 <http://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone. 0016782>

2 Zitiert nach: Ebner, Caroline: Gefährliche Übernahme: Rechte Sprache in den Medien. In: <www.ndr.de/fernsehen/sendungen/zapp/Gefaehrliche-Uebernahme-Rechte-Sprache-in-Medien-,sprache164.html>.

3 Wehling, Elisabeth: Politisches Framing: Wie sich eine Nation ihr Denken einredet – und daraus Politik macht. Verlag Herbert von Halem, Köln 2016.

4 <www.neuemedienmacher.de/wissen/wording-glossar/>

Bildnachweise

S. 30, 31, 32, 34 und 35:
Neue deutsche Medienmacher

Hinweise

Medienschaffende können die Print-Form des Glossars kostenfrei per E-Mail an <info@neuemedienmacher.de> bestellen. Die Online-Version findet sich zudem unter <http://glossar.neuemedienmacher.de>.

Teile des Artikels wurden bereits in dem Beitrag „Was ist eine angemessene Sprache für eine vielfältige Gesellschaft?" von Konstantina Vassiliou-Enz, am 6.11.2015 im Tagesspiegel veröffentlicht.

Mareike Teichmann / Edeltraud Winkler / Annelen Brunner

WORTSCHÄTZE: DYNAMIK, MUSTER, KOMPLEXITÄT

BERICHT VON DER 53. JAHRESTAGUNG DES INSTITUTS FÜR DEUTSCHE SPRACHE, MANNHEIM, 14. - 16. MÄRZ 2017

Die Autorinnen Edeltraud Winkler und Annelen Brunner sind wissenschaftliche Mitarbeiterinnen der Abteilung Lexik des Instituts für Deutsche Sprache in Mannheim.

Mareike Teichmann ist ebenfalls in der Abteilung Lexik des IDS als wissenschaftliche Hilfskraft tätig.

Der Wortschatz: traditionell wird darunter eine Sammlung von Wörtern und Redewendungen mit ihren Bedeutungen verstanden. Manchmal verschwinden Wörter aus dieser Sammlung, und ab und zu kommen neue hinzu. Neue Forschungsperspektiven auf den Wortschatz legen allerdings nahe, dass dieses Bild viel zu statisch und vereinfachend ist: Zunächst einmal ist der deutsche Wortschatz viel größer, als der Benutzer eines Standardwörterbuchs vermuten könnte, und auch Bedeutungen sind flexibler und gebrauchsabhängiger als man gemeinhin annimmt. Der Wortschatz zeigt sich als dynamisch, in ständigem Wandel begriffen und stellt Muster zur Verfügung, die zu immer neuen Wörtern und Wortverwendungen anregen. Auf der diesjährigen Jahrestagung des Instituts für Deutsche Sprache (IDS) wurden in sechzehn Plenarvorträgen sowie neun Projektvorstellungen im Rahmen der Projekt- und Methodenmesse verschiedene Ansätze, Methoden und Theorien in Bezug auf „Wortschätze: Dynamik, Muster, Komplexität" vorgestellt. In diesem Jahr nahmen rund 400 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Studierende und Sprachinteressierte aus 24 Ländern an der Tagung im Congress Center Rosengarten in Mannheim teil und diskutierten über den Wortschatz des Deutschen.

Die Tagung wurde am Dienstagmorgen traditionsgemäß durch den Direktor des Instituts, **Ludwig M. Eichinger**, eröffnet. Anschließend hieß die Bildungsbürgermeisterin **Ulrike Freundlieb** im Namen der Stadt Mannheim die Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer im Rosengarten willkommen. **Stefan Engelberg**, Leiter der Abteilung Lexik des IDS, gab ihnen einen kurzen Überblick über die vergangenen 50 Jahre in der Lexikonforschung. Im Laufe der Jahre haben sich die Vorstellungen über das Lexikon stark verändert: Mit der empirischen Wende kam es in jüngerer Zeit zur Infragestellung der strikten Trennung von Lexikon und Grammatik und zu dynamischeren Konzepten des Lexikons.
Im ersten Vortrag der Tagung „Das Lexikon: Wer, wie, was, wieso, weshalb, warum?" setzte sich **Stefan Müller** (Berlin) mit dem Verhältnis zwischen Lexikon und Grammatik auseinander. Er gab einen Überblick darüber, wie das Lexikon in verschiedenen Grammatikmodellen behandelt wird, beschäftigte sich mit der Frage, was ins Lexikon gehört und ob man es von anderen Sprachmodulen abgrenzen kann, sowie damit, wie sprachübergreifende Generalisierungen dargestellt werden können. Müller zeigte, was die Motivation hinter der Entwicklung lexikalistischer Modelle gewesen ist und führte anhand ausgewählter Beispiele aus, warum sich für bestimmte Phänomene keine nichtlexikalischen Lösungen finden lassen (z. B. für Valenz-Alternationen). Als Fazit erklärte Müller, dass in der Sprachwissenschaft bis heute keine Einigkeit darüber herrsche, was Bestandteil eines Lexikons sein soll.

Hans C. Boas (Austin) beschäftigte sich in seinem Fachvortrag mit der „Klassifizierung von Konstruktionen zwischen ‚Lexikon' und ‚Grammatik'". Er gab zunächst einen Überblick über die Entstehung der Konstruktionsgrammatik und der ihr nahestehenden Theorie der Frame-Semantik, bevor er das FrameNet-Projekt vorstellte, welches frame-semantische Verfahren zur Entdeckung, Klassifizierung und Dokumentation grammatischer Konstruktionen und Mehrworteinheiten im Englischen erforscht und entwickelt. Am Beispiel des Frames zu *revenge* zeigte Boas, dass lexikalische Einheiten eine Reihe von Frame-Elementen evozieren (z. B. *offender*, *injured_party*, *avenger*). Das Projekt hat bisher über 1000 Frames mit mehr als 10 000 Frame-Elementen definiert, die auch erfolgreich auf andere Sprachen angewendet werden können.

Begrüßung und Einführung in die Tagung durch den Direktor des IDS, Ludwig M. Eichinger, Bürgermeisterin der Stadt Mannheim, Ulrike Freundlieb, und den Abteilungsleiter der Lexik, Stefan Engelberg

Einen Vortrag über die „Polysemie, Vagheit und Umdeutung bei der syntaktischen Flexibilität satzeinbettender Prädikate“ hielt **Barbara Stiebels** (Leipzig). Untersuchungen zeigen, dass viele Prädikate des Deutschen eine große Flexibilität bezüglich der möglichen Komplementationstypen (z. B. Infinitivelemente, finite deklarative Komplemente mit Verbend- und Verbzweitstellung) aufweisen. Sie stellte hierbei exemplarisch die Rolle der Polysemie und Umdeutung für die syntaktische Flexibilität vor. So können beispielsweise Lautemissionsverben zu Bewegungsverben umgedeutet werden (z. B. *Straßenbahnen quietschen um die Ecke*). Stiebels geht davon aus, dass sich das Lexikon nicht auf die Auflistung idiosynkratischer lexikalischer Informationen beschränkt, sondern auch generative Komponenten enthält, in denen mittels lexikalischer Operatoren Bedeutungsvarianten generiert werden, die so ihr spezifisches Einbettungsverhalten entfalten können. Als Fazit schloss Stiebels, dass das grammatische Verhalten auch von der Lesart beeinflusst wird.

Nach der Mittagspause trug **Stefan Th. Gries** (Santa Barbara) zu „Quantitative analyses of words, their combinations, and their co-occurence with constructions“ vor. Thema des Vortrags war der Erkenntnisgewinn durch frequenzbasierte Methoden bei der Untersuchung des Lexikons. Mit Hilfe von Frequenzanalysen und der Berechnung bedingter Wahrscheinlichkeiten wies Gries zunächst eine Tendenz zur Alliteration in feststehenden Wendungen nach. Im Anschluss verglich er zwei rekursive Algorithmen zur automatischen Identifizierung von Mehrwortausdrücken, von denen einer auf Ko-Vorkommenshäufigkeiten, der andere auf Assoziationsmaßen beruht. Die Auswertung im Vergleich mit von Menschen identifizierten Mehrwortausdrücken legt nahe, dass der zweite, statistisch komplexere Algorithmus überlegen ist. Die Ausführungen zeigten die Nützlichkeit quantitativer Studien, jedoch auch die Schwierigkeit, sprachliche Prozesse zu modellieren, und wie wichtig es ist, das richtige statistische Werkzeug zu verwenden.

Als nächstes beschäftigte sich **Martin Hilpert** (Neuchâtel) mit der Frage „Wie viele Konstruktionen stecken in einem Wortbildungsmuster?“. Er beschrieb Konstruktionen als ein Netzwerk symbolischer Einheiten auf verschiedenen Abstraktionsebenen und demonstrierte, wie dieses Modell bei der Erklärung von Wortbildungsprozessen verwendet werden kann. Auf der Grundlage des diachronen Corpus of Historical American English (ca. 1810-2000) untersuchte er die abstrakte Konstruktion *Nomen + Partizip* zur Bildung von Adjektiven (z. B. *whiskey-soaked*). Dabei konnte er Cluster von semantisch konkreteren Sub-Konstruktionen (z. B. Realisierungen im Bereich des Kulinarischen auf *soaked*, *-coated* etc.) identifizieren, die intern eine deutlich stärkere Produktivität – gemessen an der Vielfalt unterschiedlicher Realisierungen – aufweisen als die abstrakte Konstruktion selbst. Dies deutet darauf hin, dass auch Wortbildungsproduktivität auf unterschiedlichen Abstraktionsebenen gemessen und bewertet werden muss.

Kathrin Steyer und **Katrin Hein** (IDS) stellten in ihrem Vortrag „Usuelle Wortverbindungen und gebrauchsbasierte Muster“ einen Bezug zu der langen Tradition her, die die Untersuchung sprachlicher Verfestigungen und Muster in der Phraseologieforschung hat. Vor diesem Hintergrund präsentierten sie das Konzept der ‚Usuellen Wortverbindungen‘, das in empirischer Auseinandersetzung mit großen Sprachdatenmengen entwickelt wurde. Der Schwerpunkt des Vortrags lag auf satzwertigen Wortverbindungen: Diese treten zum einen als verfestigte Sprachfragmente auf und

420 Tagungstaschen wurden gepackt.

tragen so sogar zur Lexembildung in Phrasenkomposita bei (z. B. *Jetzt-erst-recht-Gerede*). Zum anderen kann man hinter Sprichwörtern wie *Wer suchet, der findet* abstraktere Muster identifizieren (hier: *Wer X, der Y*), deren variable Slots durch lexikalische Füller realisiert werden können, die nicht unbedingt der gleichen morpho-syntaktischen Klasse angehören müssen und damit kaum regelbasiert erklärbar sind.

Zum Abschluss des ersten Tagungstages lud das IDS traditionsgemäß alle Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer zu einem Begrüßungsabend im Institut ein.

Der zweite Tagungstag wurde von **Petra Schulz** (Frankfurt a. M.) mit einem Beitrag „Zur Semantik von Verben im Spracherwerb" eröffnet, einem Thema, das im Gegensatz zu dem Erlernen von Nomen bei Untersuchungen zum frühen Wortschatz bisher eine geringe Rolle gespielt hat. Anhand mehrerer empirischer Spracherwerbsstudien konnte sie nachweisen, dass telische Verbpartikeln wie *auf* oder *weg* sehr früh erlernt und angewendet werden (z. B. im Sinne von *aufmachen*, *weggehen*). Dies deutet darauf hin, dass die Bedeutung von Verben durch eine anfängliche Orientierung auf einen Endzustand erschlossen wird. Zudem lässt sich nachweisen, dass Kinder mit Spracherwerbsstörungen gerade bei der Interpretation telischer Verben deutliche Defizite zeigen, was nahe legt, dass es sich bei der Endzustandsorientierung um eine wichtige Strategie des Spracherwerbs handelt.

Im Anschluss referierte **Sebastian Löbner** (Düsseldorf) über „Barsalou-Frames und lexikalische Bedeutung". Er stellte den Frame-Begriff nach Barsalou vor, der als ein universelles Format kognitiver Repräsentationen definiert ist. Der grundlegende Mechanismus ist die Zusammenführung der Information in zwei gegebenen Frames nach bestimmten Unifikationsregeln, so dass ein neuer komplexerer Frame aufgebaut wird. Löbner demonstrierte die Anwendung dieses Frame-Konzepts auf unterschiedlichen Ebenen des Sprachsystems, etwa zur Ableitung lexikalischer Bedeutung von Nomen, Verben und Adjektiven und zur Darstellung von Derivations- und Kompositionsmustern sowie syntaktischer Strukturen. Er zeigte auch, wie sich mit dem Frame-Ansatz ansatzweise modellieren lässt, wie die kompositionale Bedeutung in einen konkreten Äußerungskontext eingebettet wird.

Sabine Schulte im Walde (Stuttgart) beschäftigte sich in ihrem Vortrag mit „kognitiven und distributionellen Perspektiven auf deutsche Partikelverben". Deutsche Partikelverben (hier: Kompositionen von Basisverben mit präpositionalen Präfixen wie *ab-*, *an-*, *auf-*, *aus-*) sind extrem ambig. Zudem entstehen durch die Komposition von Partikel und Basisverb in Abhängigkeit von der semantischen Klasse des Basisverbs Verschiebungen bezüglich der Argumentstruktur und dem Grad der Kompositionalität des Partikelverbs. Schulte im Walde stellte verschiedene kognitive und distributionelle Studien vor, unter anderem zur Kompositionalität und eventuellen Musterhaftigkeit bei der Bildung von Partikel-Verb-Neologismen (zum Beispiel: *Ich musste mich noch lange nachwundern*). Eine weitere Studie beschäftigte sich mit der spatialen Bedeutung der Partikeln *an* und *auf*. Es ließ sich für *an* eine primär horizontale und für *auf* eine primär vertikale Richtungsbedeutung beobachten. Im Anschluss stellte Schulte im Walde verschiedene Korpusanalysen vor, die der quantitativen Beschreibung von distributionellen Kookkurrenzen und Argumentstrukturen dienen.

Silvia Hansen-Schirra (Germersheim / Mainz) eröffnete den Nachmittag mit ihrem Vortrag „To copy or not to copy?“, in welchem sie am Beispiel von Kognaten (z. B. dt. *System* und engl. *system*) die Sprachverarbeitung im mentalen Lexikon beim Übersetzen ins Deutsche erörterte. Ausgehend von der Beobachtung, dass Kognaten aufgrund ihrer ähnlichen Form schneller, effizienter und fehlerfreier als Nicht-Kognaten verarbeitet werden, untersuchte Hansen-Schirra in mehreren Studien den Entscheidungsprozess eines Übersetzers in Bezug auf die Wahl eines Kognats oder eines deutschen Synonyms. Bei Kognaten werden während der Sprachrezeption und -produktion die Wörter aus beiden Sprachen im mentalen Lexikon aktiviert, wodurch die Vermutung nahe liegt, dass Übersetzerinnen und Übersetzer eine Präferenz für Kognaten entwickeln. Hansen-Schirra erläuterte in ihrem Vortrag, dass dieser Cognate-Facilitation-Effect durch verschiedene Faktoren beeinflusst bzw. unterdrückt werden kann, z. B. durch die Übersetzungszeit oder die Textsortenzugehörigkeit. Zudem zeigte sich, dass die Zunahme der Übersetzungskompetenz zu einer Abnahme bei der Verwendung von Kognaten führte – Hansen-Schirra vermutet, dass hier eine Verschiebung bei der Koaktivierung im mentalen Lexikon stattfindet.

Auf der anschließend stattfindenden **Projekt- und Methodenmesse** erhielten die Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer die Gelegenheit, sich an neun Projektständen über unterschiedliche Projekte und Methoden zu informieren. Mit der Translation Process Database, die die Augenbewegungen und Tastatureingaben von mehr als 1000 übersetzten Texten in mehr als 15 Sprachen beinhaltet, präsentierten **Moritz Schaeffer** und **Silvia Hansen-Schirra** (Germersheim / Mainz) eine Datenbank, die es ermöglicht, den Effekt von Übersetzungsentropie und Wortstellung auf Lesen und Schreiben zu beobachten. Es zeigt sich, dass Wörter, die mehrere Übersetzungsmöglichkeiten besitzen und große Unterschiede in der Wortstellung aufweisen, im Durchschnitt länger gelesen werden und die Produktion des jeweiligen Zielwortes ebenfalls länger dauert. **Annelen Brunner** (IDS) stellte das einzelsprachenunabhängige Analyseprogramm lexpan – Lexical Pattern Analyzer – vor, das für die Rekonstruktion sprachlicher Verfestigung und Musterbildung verwendbar ist. Das Programm erlaubt die Strukturierung von großen KWIC-Mengen sowie die Ermittlung von Füllern innerhalb von Muster-Slots, was durch gezielte Suchanfragen mit fest definierten Wortoberflächen und Leerstellen ermöglicht wird. In seinem Beitrag „Three Types of Semantic Resonance“ informierte **Patrick Hanks** (Wolverhampton) über seine Überlegungen zu dem Bedeutungspotenzial von Wörtern. Neben der wörtlichen Bedeutung gibt es drei zusätzliche Bedeutungskategorien: die lexical resonance (z. B. Metaphern), die intertextual resonance (z. B. Paraphrasierungen von Zitaten) und die experiential resonance (z. B. Evokationspotenzial von Wörtern). Zusammen mit **Schülerinnen und Schülern des Johann-Bach-Gymnasiums** (Mannheim) präsentierten **Nadja Radtke** (Mannheim) und **Antje Töpel** (IDS) *Denktionary* – ein wikibasiertes Wörterbuch des Denkwerk-Projektes, welches durch Schülerinnen und Schüler aus drei neunten Klassen des Gymnasiums erstellt worden ist. Im Rahmen des Projektes lernen die Schülerinnen und Schüler Methoden der korpusbasierten Lexikographie sowie den Umgang mit offenen Wissensressourcen wie

Das Tagungsbüro im Rosengarten, v.l.n.r.:
Veronika Hardorp, Silke Walter, Petra Brecht und Heike Kalitowski-Ahrens

Tagungsgäste lauschen dem IDS-Chor am Begrüßungsabend.

der Wikipedia, um das erlernte Wissen beim Schreiben von eigenen Wörterbuchartikeln (zum Beispiel zu *vorglühen*, *Lückenfüller*) anzuwenden. Über das Recherchetool NeoCrawler, das für die Erkennung und Beobachtung von lexikalischen Innovationen im Web entwickelt worden ist, informierten **Quirin Würschinger / Daphné Kerremans / Jelena Prokić / Hans Jörg Schmid** (München). Ziel des Projekts ist es, die Diffusion von englischen Neologismen im Web zu beobachten, beteiligte Faktoren und Einflussgrößen zu ermitteln und ein Modell zu den Mechanismen lexikalischer Innovationen zu entwickeln. **Meike Meliss** und **Christine Möhrs** (IDS) stellten verschiedene korpusbasierte Methoden zur Erstellung einer elektronischen Ressource zum gesprochenen Deutsch vor. Es wurden empirische Methoden für die Identifizierung typischer lexikalischer Einheiten, für die Erstellung der Stichwortliste sowie für die Beschreibung besonderer Eigenschaften der gesprochenen Lexik veranschaulicht. **Sascha Wolfer, Carolin Müller-Spitzer** und **Frank Michaelis** (IDS) präsentierten die Plattform OWID^{plus}, in der lexikalisch-lexikographische Ressourcen der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Zu den bisher zugänglichen Ressourcen zählen: Wortschatzwandel in der Zeit, Entropy Explorer und Entropy data world map, Lexical change, Visits in the German Wiktionary. Ein weiteres Angebot, das in OWID^{plus} zugänglich ist, stellten **Thomas McFadden** (Berlin)**, Barbara Stiebels** (Leipzig) und **Peter Meyer** (IDS) vor – die ZAS-Datenbank zu satzeinbettenden Prädikaten. Die Datenbank dokumentiert das Satzeinbettungsverhalten von etwa 1 700 Prädikaten des Gegenwartsdeutschen und lässt sich mittels einer eigens dafür geschaffenen Oberfläche nach Belegen oder Prädikaten, die eine bestimmte Einbettungsstruktur lizensieren, durchsuchen. **Thomas Gloning** und **Melanie Mihm** (Gießen) gaben einen Überblick über die Angebote für Germanistinnen und Germanisten in Clarin-D, dem deutschen Teilprojekt des EU-Projekts Common Language Resources and Technology Infrastructure. Clarin-D bietet die Möglichkeit, für Forschungszwecke einen Zugang zu Sprachdaten, digitalen Werkzeugen und Webservices zu erhalten, Nutzungsszenarien zu dokumentieren sowie Sprachdaten, die im Rahmen der eigenen Forschung entstanden sind, für andere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zugänglich zu machen.

Vor dem letzten Vortrag des Tages stellte **Stefan Müller** (Berlin) die Language Science Press vor, eine Plattform für peer-reviewed Open-Access-Bücher in der Linguistik.

Im anschließenden Vortrag mit dem Titel „Zwischen Instanz und Dudenhausen. (Der) Duden heute – Einblicke in die moderne Verlagslexikographie“ berichtete **Kathrin Kunkel-Razum** (Berlin) von den Umbrüchen, vor denen die Verlagslexikographie derzeit (weltweit) steht und den damit verbundenen Herausforderungen für die Verlage. Zunehmende Digitalisierung verschiedener Lebensbereiche und damit verbunden auch Veränderungen im Kommunikationsverhalten sind u. a. Gründe für den sinkenden Absatz klassischer Printwörterbücher einerseits und ein ständig steigendes Bedürfnis nach Online-Angeboten andererseits. Um zukünftig nicht nur für traditionelle Werte wie Instanz, Regeln, Verlässlichkeit, sondern auch für mehr Spaß am Umgang mit

Christine Möhrs führt in die Methodenmesse ein.

Sprache, für Leichtigkeit und Kreativität zu stehen, sieht sich der Duden vor sehr vielfältige Herausforderungen gestellt, die Strukturen, Inhalte, Gestaltung, Service und vieles andere betreffen. Neben der Sicherung des Stellenwerts der Marke Duden, einem Programmausbau auch im Printbereich und dem Übergang zu einem Autorenverlag gehören die Gestaltung des digitalen Wandels mit Produkten wie Apps, Software, Online-Angeboten und der verstärkten Präsenz in sozialen Netzwerken sowie der Serviceausbau zu den Hauptaufgaben des Verlags und der Dudenredaktion.

Am Abend lud die Stadt Mannheim zum Ausklang des Tages zu einem Empfang im Rosengarten ein. Bürgermeisterin **Ulrike Freundlieb** begrüßte die Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer.

Der erste Vortrag des letzten Konferenztags von **Christian M. Meyer** (Darmstadt) mit dem Titel „Kollaborative Lexikographie – Strukturen, Zusammensetzung und Dynamik gemeinschaftlich erarbeiteter Wortschätze“ beschäftigte sich mit kollaborativ erstellten Wörterbüchern und Enzyklopädien, einem Vergleich solcher Werke untereinander und ging auf die Unterschiede zu traditionellen, von wenigen Experten erarbeiteten lexikographischen Ressourcen ein. Bei der Erstellung kollaborativer Ressourcen kann man zwischen direkter Beteiligung (Anlegen, Verändern und Löschen von Artikeln) und indirekter, begleitender Beteiligung (explizites und implizites Feedback von Nutzern) unterscheiden. Bei sämtlichen kollaborativen Enzyklopädien und Wörterbüchern handelt es sich um Ausbau-Ressourcen, die im Laufe der Zeit ständig verändert und erweitert werden, wobei solche Prozesse meist von Diskussionen begleitet sind. Quantitative Analysen der Wiki-Ressource zeigen, dass wenige Autoren viele Einträge und Änderungen vornehmen, und zahlreiche weitere Autoren nur wenige Änderungen beisteuern. Die Artikelstrukturen traditionell hergestellter und kollaborativ erarbeiteter Wörterbücher unterscheiden sich nicht grundsätzlich, kollaborativ erarbeitete Wörterbücher bieten aber oft noch zusätzliche, neue Informationen an. Hervorgehoben wurde die innovative Leistung kollaborativer Wörterbücher, sie sind eine wichtige Ergänzung der professionellen Sprachlexikographie.

Im Vortrag von **Andreas Mehler** (Frankfurt a. M.) ging es ebenfalls um kollaborativ erzeugte lexikalische Netzwerke. Unter dem Titel „Zur Struktur und Dynamik von kollaborativ erzeugten lexikalischen Netzwerken“ stand zum einen die Frage im Mittelpunkt, in welchem Umfang lexikalisches Wissen aus der Exploration solcher Ressourcen gewonnen werden kann. In der Hauptsache wurden dabei lexikalische Einheiten als Informationseinheiten und ihre Relationen zueinander untersucht, wobei hier beispielhaft die computerlinguistischen Methoden automatische Desambiguierung und „fine-grained part of speech tagging“ präsentiert wurden. Das Ergebnis erbrachte zwar einen Mehrwert gegenüber Methoden, die ausschließlich auf maschinellem Lernen gegründet sind, dieser war aber nicht so groß wie erwartet. Im zweiten Teil des Vortrags wurden Strukturmodelle lexikalischer Netzwerke in den Blick genommen. Eine zentrale Rolle bei der Analyse spielte die Frage der Selbstähnlichkeit von Strukturbildungen in solchen kollaborativ erzeugten Netzwerken und ihre Rückführbarkeit auf messbare Eigenschaften. Mit dem Konzept der Selbstähnlichkeit wurde an soziologische Theorien von Kollaboration angeschlossen und so das Spektrum unterschiedlicher Forschungsperspektiven aufgezeigt und vervollständigt. Dane-

Carolin Müller-Spitzer erläutert OWID^{plus} bei der Methodenmesse.

ben wurden verschiedene Methoden zur Visualisierung lexikalischer Strukturen vorgeführt, sowohl zur Visualisierung von einzelnen Lexikonartikeln als auch komplexerer Strukturen.

Carolin Müller-Spitzer und **Sascha Wolfer** (IDS) stellten in ihrem Vortrag „Quantitativ-empirische Ansätze zur Analyse lexikalischer Daten. Methodenreflexion am Beispiel von Wandel und Sequenzialität" verschiedene Möglichkeiten des quantitativ-empirischen Herangehens an große Datenmengen vor und zeigten die Vor- und Nachteile solcher Methoden auf. Innerhalb des Themenbereichs Sprachwandel wurde eine Studie zu *gegen-* und *fremd*-Verben (wie z. B. *fremdbestimmen*, *fremdschämen* oder *gegenhalten*, *gegenagieren*) durchgeführt. Entgegen naheliegenden Annahmen war im Bereich der untersuchten Verben Sprachwandel quantitativ nicht zweifelsfrei nachweisbar. Im Bereich Sequenzialität wurde eine Untersuchung vorgestellt, bei der auf der Grundlage eines großen Bibelkorpus (über 1.500 Bibelübersetzungen in über 1.200 Sprachen) die lineare Abfolge der Wörter in die Analyse von großen Mengen sprachlicher Daten einbezogen wurde. Mit quantitativen Methoden wurde untersucht, wie Information über Wortstellungsregularitäten einerseits und über Wortstrukturregularitäten andererseits vermittelt wird. Dabei hat sich gezeigt, dass es über alle untersuchten Sprachen hinweg einen tradeoff zwischen diesen beiden Wegen der Informationsvermittlung gibt. D. h., vermitteln Sprachen viel Information über die Wortstellung, dann wird weniger Information über die Wortstruktur übertragen und umgekehrt.

Dirk Geeraerts (Leuven) sprach über „Onomasiological Variation and Lectometry. A Formal Definition of Informalization". Geeraerts plädierte in seinem Vortrag für eine Stärkung der onomasiologischen Perspektive in der lexikalischen Forschung, die traditionell eher semasiologisch dominiert ist. Einerseits will er dabei lexikalische und semantische Variation korpusbasiert mit quantitativen Methoden untersuchen, und andererseits, um dem multidimensionalen Charakter von Standardisierungsprozessen gerecht zu werden, auch an soziologische Traditionen anknüpfen und lexikalische Variation als soziolinguistische Variable im Labov'schen Sinne betrachten. Drei unabhängige und teilweise einander ausschließende Oppositionen spielen dabei eine Rolle: 1) das Verhältnis von Standardisierung und Destandardisierung, 2) der steigende Grad von Formalisierung oder Informalisierung im Verhältnis der einzelnen Ebenen zueinander und schließlich 3) der Grad an Homogenität oder Heterogenität innerhalb einer Ebene. Illustriert wurden diese Prozesse anhand einer Longitudinalstudie zum heutigen Niederländischen (niederländisches und belgisches Niederländisch im Vergleich) sowie einer vertieften Analyse der Beziehungen zwischen formalem und umgangssprachlichem belgischem Niederländisch.

Den letzten Vortrag des Tages und der Tagung hielt **Hans-Jörg Schmid** (München) zum Thema „Ein integratives soziokognitives Modell des

Schülerinnen aus dem „Denkwerk-Projekt“ erläutern ihre Poster.

dynamischen Lexikons“. Im Gegensatz zur lange Zeit vorherrschenden, von anderen Sprachebenen isolierten Betrachtung des Lexikons als einer statischen und invarianten Komponente wird Dynamizität nun als Funktionsprinzip des Lexikons betrachtet. Eine solche Sichtweise erfordert eine deutlich komplexere Modellierung. Das von Schmid vorgestellte gebrauchsorientierte soziokognitive Modell eines dynamischen Lexikons umfasst zum einen das sprachliche Handeln im aktuellen Sprachgebrauch, des Weiteren kognitive Entrenchment-Prozesse, die für das individuelle Sprachwissen ausschlaggebend sind, und schließlich Konventionalisierungsprozesse, die das kollektive Wissen steuern. Auf diese drei Komponenten wirken unterschiedliche kognitive, pragmatische, emotive und soziale Kräfte ein, die sowohl stabilisierende als auch dynamisierende Effekte haben können. Im Rahmen dieses Modells ist es u. a. möglich, Stabilität und Dynamik, Konvergenz und Varianz sowohl des individuellen wie auch des kollektiven Wissens über lexikalische Einheiten und Strukturen zu erklären und deren Assoziationen mit grammatischem Wissen zu beschreiben, lexikogrammatische Muster zu repräsentieren und lexikalische Innovation im Spannungsfeld zwischen Individuum und Sprachgemeinschaft zu beschreiben und zu erklären.

Die diesjährige Jahrestagung bot neue Perspektiven auf das Lexikon und die Lexikonforschung nach der empirischen Wende. Mit der stark angewachsenen Datenmenge in den großen Korpora sowie den quantitativen korpuslinguistischen Methoden rücken nunmehr auch Konzepte wie Entrenchment, Muster, Kookkurrenzen, Produktivität, Varianz und Flexibilität stärker ins Blickfeld, und die vormals vorgenommene Trennung zwischen Lexikon und Grammatik wird mehr und mehr aufgehoben. Darüber hinaus bieten sich auch ganz neue Möglichkeiten der lexikographischen Dokumentation des Wortschatzes. Die Tagung gab viele Anstöße, das Lexikon wieder stärker zu fokussieren und in den Mittelpunkt einer empirisch fundierten linguistischen Theoriebildung zu rücken. In seinem Schlusswort bedankte sich Ludwig M. Eichinger bei allen Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmern und lud zur 54. Jahrestagung des IDS ein, die vom 13.-15. März 2018 im Mannheimer Rosengarten stattfinden wird und den Arbeitstitel „Neues vom heutigen Deutsch“ trägt.

Bildnachweis

Alle Fotos: A. Trabold, IDS.

Ekkehard Felder

ANMASSUNG IN DER POLITISCHEN SPRACHE – NICHT NUR EIN MERKMAL SOGENANNTER POPULISTEN

Der Autor ist Professor für Germanistische Linguistik an der Universität Heidelberg.

Die Redewendung *An den Worten werdet ihr sie erkennen* stellt in Aussicht, dass der aufmerksame Zuhörer über die Betrachtung des Sprachgebrauchs etwas über den Sprecher und seine ‚wahre' Gesinnung erfährt oder über dessen ‚tatsächliche' Gedanken. Da stellt sich natürlich die Frage, ob die Sprache politischer Bewegungen, die vielfach als populistisch eingestuft werden, Spezifika aufweisen, die etwas über ihre Denkweise offenbaren.

Als Warm-up

Dazu einige Beispiele, die zu dieser Frage etwas beisteuern und verschiedenen europäischen politischen Parteien sowie der US-amerikanischen Regierung zuzuordnen sind:

1) Auf einer AfD-Demonstration in Rostock im Oktober 2015 sind auf einem Transparent die folgenden Sätze zu lesen: „Wir lassen uns nicht länger belügen! Wir sind das Volk".[1] Eine Gruppe von Demonstranten bezichtigt eine nicht näher eingegrenzte Personengruppe mittels einer Generalaussage der Lüge. Da die Satzkonstruktion passivisch formuliert ist, muss die adressierte Zielgruppe erschlossen werden. Vermutlich – gemäß dem vertikalen („die da oben") und horizontalen („die anderen") Abgrenzungsbedürfnis ‚populistischer' Bewegungen – ist das institutionelle, gesellschaftliche, ökonomische oder politische Establishment gemeint. Eine solche Aussageform impliziert einen Standpunkt der Wahrheit mit Absolutheitsanspruch. In der Folge sprechen DDR-Bürgerrechtler der Pegida-Bewegung das Recht ab, die Losung der 1989-Bewegung für ihre politischen Ideen zu gebrauchen, da die politischen Kontexte unvergleichbar seien.

SEMANTISCHER KAMPF UM DEN SLOGAN „WIR SIND DAS VOLK"

Fazit: Die Verwendung des Slogans „Wir sind das Volk" als Konstruktion kollektiver Selbstzuschreibung dient der Bündelung von Individualmeinungen. Es gibt einen semantischen Kampf um die Frage, wer welche Slogans in welcher historischen und politischen Konstellation zu verwenden berechtigt ist.

2) US-Präsident Donald Trump bezeichnet im Kontext juristischer Auseinandersetzungen um das Einreiseverbot gegen Menschen aus sieben muslimischen Staaten den verantwortlichen Bundesrichter als „so-called judge". Die New York Times titelt am 4. Februar 2017: „'So-Called' Judge Criticized by Trump Is Known as a Mainstream Republican".[2] Mit der Etikettierung des Verantwortlichen einer missliebigen Entscheidung als „so genannter Richter" stellt Donald Trump die soziale und institutionelle Rolle des Richters in Frage. Eine Nicht-Respektierung einer institutionell zugewiesenen Rolle durch den US-Präsidenten stellt eine In-Frage-Stellung der Gewaltenteilung dar.

Fazit: Der Distanzierungsmarker „so genannt" oder „so-called" kann der Infragestellung institutioneller Rollenausübung und institutioneller Gewaltenteilung dienen, wenn Repräsentanten eines Verfassungsorgans auf Repräsentanten anderer Verfassungsorgane mit dieser Stigmatisierungsstrategie referieren.

MIT DER ÄUSSERUNG „SO-CALLED JUDGE" ÜBERSCHREITET DONALD TRUMP SEINE PRÄSIDIALE ROLLE

3) Die französische Politikerin des Front National, Marine Le Pen, stellt im September 2016 ihre Kampagne unter das Motto „au nom du peuple". Der Wahlkampf-Slogan begleitet sie fortan in ihren Reden, auf Plakaten und auf ihrer Homepage. Sie beruft sich auf das französische Volk. „La défense du „‚peuple français' contre l'Union européenne et la mondialisation".[3] Eine Bürgervereinigung aus Lyon spricht Le Pen das Recht ab, sich auf das Volk zu berufen, weil die Politikerin nicht in ihrem Namen spreche.

Fazit: Die rhetorische Strategie, eine bestimmte Position unter Bezugnahme „au nom du peuple“ zu legitimieren, wirkt sich negativ auf das Syntagma und seine Verwendung aus, insofern sich angesichts von Interessen- und Meinungspluralität kein Politiker auf diese Figur berufen kann. (Übrigens: In Frankreich werden Gerichtsentscheidungen mit der Formel „République française. Au nom du peuple français“ eingeleitet.)

4) Mittels eines Kommuniqués will die italienische 5-Sterne-Bewegung (Movimento 5 Stelle) eine selbst ausgewählte Bezeichnungsstrategie durchsetzen: „Beppe Grillo è il megafono al nostro servizio e non il nostro leader“.[4] Mit dieser Formulierung „Beppe Grillo ist das Megaphon, das uns zu Diensten ist, und nicht unser Leader“ aus dem Jahre 2012 soll das Alleinstellungsmerkmal der Bewegung in Abgrenzung zu anderen politischen Parteien deutlich gemacht werden. Beppe Grillo, der Chef der italienischen Fünf-Sterne-Bewegung, wird von seinen Anhängern als Megaphon oder Verstärker bezeichnet, um damit seinen politischen Äußerungen die unveränderte Ursprünglichkeit und Originalität von Volkes Stimme zuzuschreiben. Damit wird außerdem suggeriert, dass Grillo nicht seine eigenen Interessen durchsetzt – im Unterschied zu anderen Politikern.

Fazit: Die vor Jahren und inzwischen nicht mehr praktizierte Idee der italienischen Fünf-Sterne-Bewegung, den Kopf ihrer politischen Bewegung metaphorisch mit einem Megaphon zu vergleichen, um jede Form der semiotischen oder kommunikativen Verzerrung im Meinungsbildungsprozess definitorisch auszuschließen, haben die Bewegung und ihr Anführer inzwischen selbst als Fiktion ad acta gelegt. Die rhetorische Figur der unmittelbaren, der unhintergehbaren und semiotisch unverzerrten Gedankenwiedergabe von Kollektiven durch (charismatische) Protagonisten kann dessen ungeachtet in unterschiedlichen sprachlichen Gewändern ausgedrückt werden.

Anmaßung aus dem Blickwinkel der Sprache

Unter Anmaßung verstehe ich – in Anlehnung an gängige Wörterbucheinträge – die unberechtigte Inanspruchnahme von Gültigkeitsbedingungen und das Überschreiten von Befugnissen. Anmaßungsstrategien werden hier im Spiegel bestimmter Schlüsselwörter betrachtet, in denen sich sozusagen die Anmaßung repräsentativ verdichtet. Das ist nicht unproblematisch, denn Wörter sind zunächst einmal unschuldig: Nur Sprecher sind im Hinblick auf ihren Sprachgebrauch in die Verantwortung zu nehmen. Zu rechtfertigen ist eine solche Sichtweise jedoch deshalb, weil die Wörter im Rahmen einer charakteristischen Kontextualisierungstypik als Erkennungszeichen für identifizierbare Denkhaltungen wahrgenommen werden können.

ANMASSUNGSSTRATEGIEN IM SPIEGEL BESTIMMTER SCHLÜSSELWÖRTER: Z. B. *VOLKSWILLE, GESUNDER MENSCHENVERSTAND*

Das bedeutet: Prototypische Verwendungsweisen dieser Wörter kommen im Rahmen von Anmaßungen überzufällig vor, so dass diese Verwendungskontexte in den Wörtern selbst Spuren hinterlassen und diese mitcharakterisieren. Anders formuliert: Über den mehrfachen Gebrauch bestimmter Ausdrücke in vergleichbaren Kontexten ist eine pragmatische Komponente (nämlich eine sprachliche Handlung der Anmaßung) in das Bedeutungsspektrum eingeflossen. Diese Spuren sind durch die Kontextualisierungskonventionen prototypisch mit dem Begriff verbunden, müssen aber nicht zwingend in jeder Situation so auftreten.

Den Überlegungen liegt der folgende Gedanke zugrunde: Während Hochwertwörter als kontextabstrahierte **Konsensvokabeln** einer Kultur zu bezeichnen sind (z. B. *Generationengerechtigkeit*, *Rechtsgleichheit*), werden **Anmaßungsvokabeln** (z. B. *Volkswille, gesunder Menschenverstand*) von Sprechern überdurch-

Plakat bei „Köln stellt sich quer" – Oktober 2015

schnittlich häufig zur Verbreitung und Suggestion einer Aura der Unhintergehbarkeit genutzt, was einer pluralistischen Gesellschaft mit einer demokratischen Aushandlungskultur nicht gemäß ist. Bei der Äußerung des Präsidenten Donald Trump mit der stigmatisierenden Bezeichnungstechnik des „so-called judge" geht es um die Überschreitung der präsidialen Rolle im politischen System der Gewaltenteilung – also um eine spezifisch gelagerte Form der Anmaßung.

Eigenschaften sprachlicher Anmaßung

Unter sprachlichen Anmaßungsstratgien sind demnach Verwendungsweisen von Wörtern und Mehrworteinheiten zu fassen, die in unterschiedlichen Diskursen seriell zum Vollzug von kommunikativen Handlungen verwendet wurden, die den Wissens- und Kompetenzbereich des jeweiligen Sprechers oder dessen soziale Rolle nachweisbar überschreiten (z. B. *Volkes Stimme*, *wahres Volk*). Anmaßungsvokabeln sind also prototypisch konventionalisierte Äußerungseinheiten, welche die individuellen Befugnisse der Sprecher übersteigen. Diese Art des Sprechens ist gekennzeichnet durch einen hypertrophen Anspruch auf Gültigkeitsbedingungen von Aussagen.

SPRACHLICHE ANMASSUNGSSTRATEGIEN WIDERSPRECHEN DEMOKRATISCHEN AUSHANDLUNGSKONVENTIONEN

Anmaßungsstrategien zeichnen sich durch folgende Eigenschaften aus: Die mit der Anmaßungsäußerung postulierte Wirklichkeitskonstitution setzt einen antipluralistischen Alleinvertretungsanspruch voraus und widerspricht damit demokratischen Aushandlungskonventionen. Natürlich treten so gut wie alle politischen Diskursakteure mit dem Anspruch auf, dass ihre Aussage die richtige ist; es gibt aber einen signifikanten Unterschied:

> Im hypertrophen Sprachgebrauch wird ein Konsens der Unhintergehbarkeit insinuiert bzw. eingeflüstert.

Anmaßungshandlungen versus angemessener Geltungsanspruch in der Politik

Worin besteht nun aber der Unterschied zwischen einem ‚normalen' bzw. angemessenen Geltungsanspruch in der politischen Kommunikation und einem hypertrophen Geltungsanspruch?

Die Verdeutlichung der Grenzziehung zwischen angemessenem und hypertrophem Sprachgebrauch soll an folgendem Exempel genauer beleuchtet werden: „‚Gesunder Menschenverstand statt Ideologie sollte Grundlage für die Entscheidung sein!', schreibt die AfD in Sachsen."[5] Das Gegensatzpaar „gesunder Menschenverstand" versus „Ideologie" weist verschiedene Aspekte auf, die hier von Relevanz sind. Auf der einen Seite wird mit „gesunder Menschenverstand" auf eine Objektivitätsinstanz von völlig zweifelsfreiem Charakter verwiesen, die es so nicht gibt bzw. die Individuen und Bürger in Folge des Zeitalters der Aufklärung nicht zu akzeptieren bereit sind. Zudem werden mit dieser Formulierung politische Sach-

„Wir sind das Volk“ aus dem letzten Briefmarkenjahrgang der DDR (Ausgabetag: 28. Februar 1990)

verhalte als nicht weiter diskussionswürdig dargestellt, eine diskursive Auseinandersetzung unter Berufung auf die Instanz des „gesunden Menschenverstandes“ als überflüssig unterstellt. Auf der anderen Seite wird mit „Ideologie“ das Gegenstück evoziert – nämlich die völlige Gefangennahme in eine rein subjektive, ausschließlich Partikularinteressen verschriebene Gedankenwelt, die den politisch Andersdenkenden zugeschrieben wird.

DIE GRENZE VERLÄUFT DORT, WO FÜR DIE GELTUNG DER EIGENEN AUSSAGE UNHINTERGEHBARER KONSENS PROKLAMIERT WIRD

Die Grenzziehung kann an den beiden folgenden fiktiven Modellaussagen von Politikern präzisiert werden:
A) Unsere Politik wird den Menschen gerecht.
B) Unsere Politik wird dem Volkswillen gerecht.

Die erste Aussage behauptet den Interessen der Menschen zu entsprechen. Durch die Formulierung „den Menschen“ wird kein Totalitätsanspruch proklamiert, der ausnahmslos alle Menschen umfasst. Die zweite Aussage weist darüber hinaus eine Besonderheit auf: Sie unterstellt, dass ein einheitlicher (monolithischer) Wille ermittelt werden könnte, den viele Millionen Menschen (ausgedrückt durch „Wille“ im Singular) einheitlich besäßen. Darüber hinaus wird versprochen, dieser Wille könne erfüllt werden.

Unangemessen und überzogen ist ein Zweifaches: Erstens das In-Aussicht-Stellen eines Zustands, den es in der versprochenen Form nicht gibt – nämlich alle Menschen eines Volkes hätten in einer Sachfrage nur einen Willen bzw. das gleiche Interesse. Und zum Zweiten wird unangemessen überspannt behauptet, dass eben dieses nicht einzulösende Versprechen (nämlich der einheitliche Wille der ganzen Bevölkerung) schon erfüllt wäre oder prinzipiell erfüllbar wäre.

Homogenisierung von Vielheit

Vor diesem Hintergrund verstehe ich unter sprachstrategischer Homogenisierung bestimmte Äußerungstypen, die eine aus vielen Menschen bestehende Gruppierung (die ethnisch, sozial, nationalstaatlich usw. etikettiert werden kann) als einheitlich, aus Gleichartigen bzw. Gleichdenkenden zusammengesetzt darstellen und damit das Vorhandensein eines monolithischen Willens suggerieren.

TROTZ DES KNAPPEN AUSGANGS DES BREXIT-VOTUMS BERUFT SICH THERESA MAY AUF „DAS BRITISCHE VOLK“

Ein weiteres Exempel für Anmaßung entnehme ich der öffentlichen Auseinandersetzung um den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union. Premierministerin Theresa May fällt mit folgender Formulierung auf. „Das Parlament [...] müsse tun, was ‚das britische

Volk will', sagte May am Montag" (SZ 21.02.2017, S. 8). In dieser Formulierung werden mit Hilfe der Verwendung des Lexems *Volk* im Singular und dem syntaktischen Anschluss mit dem Vollverb *wollen* die verschiedenen Interessen der britischen Bürger monolithisch in der Struktur „das Volk will" homogenisiert und Divergenzen (man denke an den knappen Ausgang des Brexit-Votums) sprachlich kaschiert. Andere Formulierungen sind problemlos denkbar: „Das Parlament müsse tun, wofür sich die Mehrheit des britischen Volkes entschieden hat" würde diejenigen Wähler, die anders gestimmt haben, zumindest nicht verschwinden lassen.

Diese Zusammenhänge verschweigen aber das nicht minder gewichtige Problem, dass mitunter auch Politiker der politischen Mitte (die weder als populistisch noch elitär gelten) wie z. B. die Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre Politik als „alternativlos" bezeichnen. Aus diesem Grund wurde das Wort zum Unwort 2010 gewählt. Weit verbreitet ist auch der Autoritätstopos, der sich in Formulierungen offenbart wie der, dass die Experten sich in einer bestimmten Frage einig seien. Durch solche Worte verraten sich Politiker jedweder Couleur, indem sie Alternativen per se ausschließen.

Was schlussfolgern wir daraus? Wann gilt eine Redeweise als antipluralistisch und anmaßend? Adornos Antwort aus dem „Jargon der Eigentlichkeit" lautet: „Was Jargon sei und was nicht, darüber entscheidet, ob das Wort in dem Tonfall geschrieben ist, in dem es sich als transzendent gegenüber der eigenen Bedeutung setzt." Und der Jargon – so Adorno weiter – sorge dafür, „daß, was er möchte, in weitem Maß ohne Rücksicht auf den Inhalt der Worte gespürt und akzeptiert wird durch ihren Vortrag."[6]

Dass Adorno den selbst aufgestellten Ansprüchen nicht immer gerecht wurde und welche Motive ihn zu der Kritik veranlasst haben, all dies sei hier ausgeblendet.

DEMOKRATISCHE KOMMUNIKATIONSSTRUKTUREN SIND DEM GEISTE NACH AUF AUSHANDLUNG UND DIALOG ANGELEGT

In unserem Zusammenhang ist etwas anderes von Belang: Auch eine per se monologische Kommunikationsform wie die zwischen Politikern und der Bevölkerung folgt dann einem pluralistischen demokratischen Denken, wenn sie im Geiste struktureller Dialogizität geführt wird. Strukturelle Dialogizität ist eine Denkfigur, die in der langen Geschichte der politischen Rhetorik aus der Antike kommt. Heute findet sie in Vertretern wie Jürgen Habermas und Josef Kopperschmidt ihre Zuspitzung: Sie beharren auf der „Symmetrie von Berechtigungen und Verpflichtungen" (Habermas) im Diskurs. Demokratische Kommunikationsstrukturen liegen vor, wenn öffentliche Rede dem

Feste Wortverbindungen

gesundes Volksempfinden

Benutzerhinweise

Basiskomponenten: gesund, Volksempfinden

Suchanfrage für Recherche im Korpus: &gesund /+w1 &Volksempfinden

Gebrauchsbeschreibung

Mit *gesundes Volksempfinden* wird in den IDS-Korpora der geschriebenen Sprache die übertrieben konservative Meinung oder das Urteilsvermögen von Teilen der Bevölkerung, oft der sogenannten "kleinen Leute", bezeichnet, im Gegensatz zu modernen, progressiven oder vielschichtigeren Sichtweisen intelliktueller Kreise oder der Oberschicht an sich.

Oft wird diese Haltung auch als trivial und vereinfachend bewertet.

In vielen Verwendungszusammenhängen wird kritisiert, dass sich Vertreter der Öffentlichkeit, politische Parteien und Institutionen, Teile der Medien usw. dieser Trivialität populistisch bedienen, um so die Zustimmung und Unterstützung dieser Mehrheit einfach und schnell zu erringen.

Auszug aus dem Online-Wortschatz-Informationssystem Deutsch (OWID)

Geiste nach auf Aushandlung angelegt ist. Wer beispielsweise behauptet, den Volkswillen zu vertreten, ist durch sein Sprachgebaren weder an der Widerrede noch am Dialog interessiert.

SOCIAL-MEDIA BIETEN DIE TECHNISCHE VORAUSSETZUNG FÜR DIE DISKURSTEILNAHME DER BÜRGER

Strukturelle Dialogizität kann heute einfacher denn je umgesetzt werden – nämlich durch die Diskursteilnahme des Bürgers an der Social-Media-Kommunikation. Dass diese Dialogbeiträge pluralistischen Grundsätzen folgen mögen, bleibt zu hoffen, ist aber leider nicht gewährleistet. Die technischen und diskurspraktischen Voraussetzungen sind auf alle Fälle vorhanden. Vor Hate Speech und anderen Formen der Verleumdung muss sich die Zivilgesellschaft anderweitig schützen – manchmal vielleicht sogar auf gerichtlichem Wege. Sprachkultur ist Denkkultur ist Demokratiekultur ist Rechtskultur ist ...

Abschließend sei angemerkt, dass meine Ausführungen sich nur auf den öffentlichen politischen Kommunikationsbereich beziehen und nicht auf das Sprechen in privaten oder alltagsweltlichen Interaktionen. Um eine demokratische Aushandlungskultur im pluralistischen Sinne ist es umso besser bestellt, je weniger Wörter aufgrund ihrer prototypischen Verwendungsweise in Anmaßungshandlungen verdächtigt werden, sie könnten als Anmaßungsindikatoren zur kleinen Menge der Anmaßungsvokabeln gehören. Auch die hier zur Profilierung so bezeichneten Wörter stehen nicht automatisch und kontextunabhängig für Anmaßung, sondern sie wurden nur besonders häufig in solchen Kontexten verwendet und haben Spuren hinterlassen. Dieser Umstand entbindet die kritischen Sprachbeobachter nicht von einer je spezifischen Kontextanalyse bzw. Einzelfallprüfung.

Anmerkungen

1 <www.tagesspiegel.de/politik/spd-bundestagsfraktion-verfassungsschutz-soll-pegida-und-afd-ins-visier-nehmen/12795692.html>

2 <www.nytimes.com/2017/02/04/us/james-robart-judge-trump-ban-seattle.html?_r=0>

3 <www.lci.fr/elections/d-ou-vient-au-nom-du-peuple-le-slogan-de-campagne-de-marine-le-pen-2003636.html>

4 <http://milano.repubblica.it/cronaca/2012/10/29/news/cinque_stelle_il_glossario_per_i_giornalisti_siamo_senza_leader_grillo_il_megafono-45533858/>

5 <www.taz.de/!5283344/>

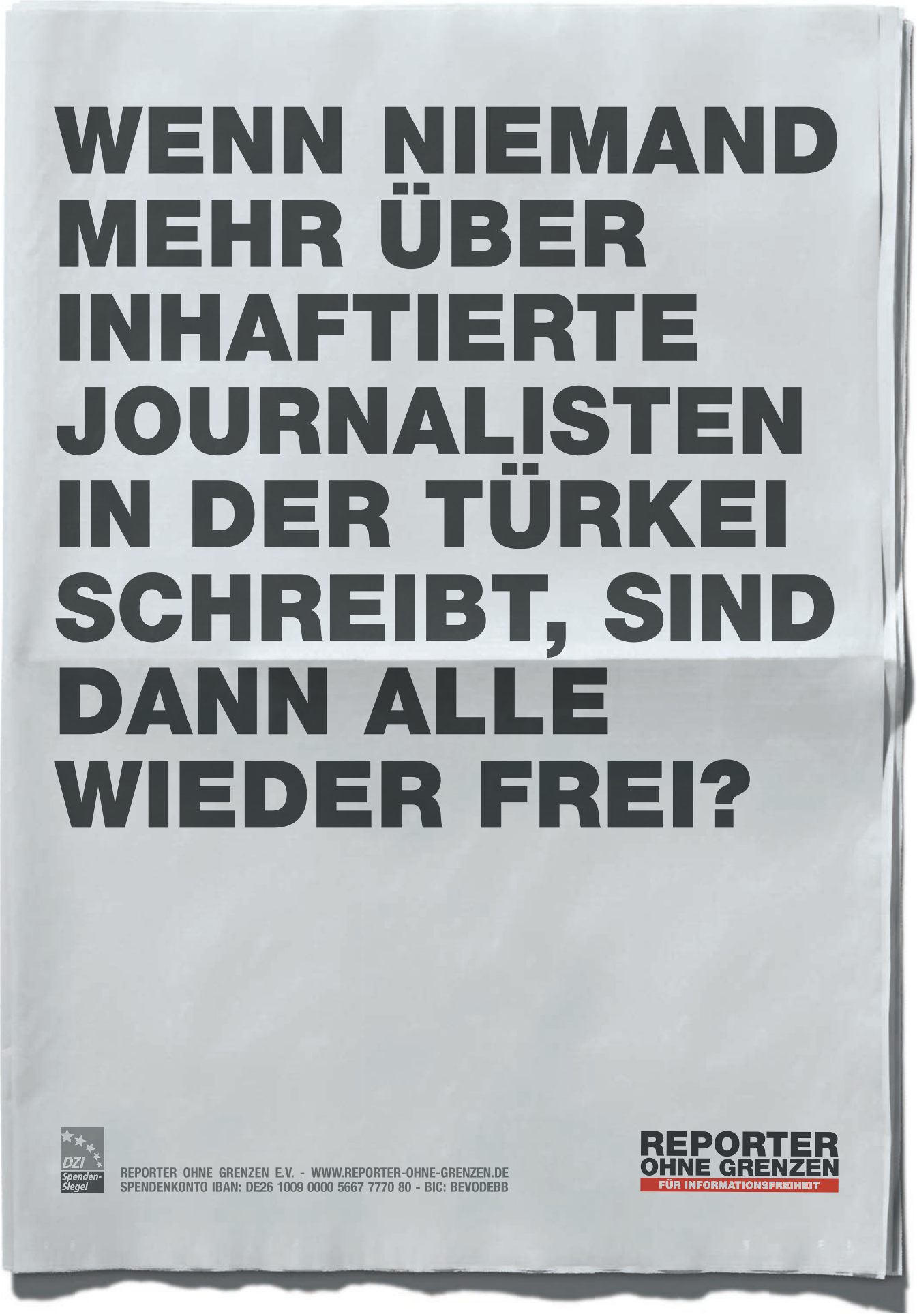
6 Adorno, Theodor W. (1964): Jargon der Eigentlichkeit. Zur deutschen Ideologie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 11.

Bildnachweise

S. 46 <https://commons.wikimedia.org/wiki/File:K%C3%B6ln_stellt_sich_quer_-_Oktober_2015-1298.jpg>

S. 47: <https://de.wikipedia.org/wiki/Briefmarken-Jahrgang_1990_der_Deutschen_Post_der_DDR>

S. 48: <www.owid.de/artikel/309118?module=uwv>


WENN NIEMAND MEHR ÜBER INHAFTIERTE JOURNALISTEN IN DER TÜRKEI SCHREIBT, SIND DANN ALLE WIEDER FREI?
DZI Spenden-Siegel
REPORTER OHNE GRENZEN E.V. - WWW.REPORTER-OHNE-GRENZEN.DE
SPENDENKONTO IBAN: DE26 1009 0000 5667 7770 80 - BIC: BEVODEBB
REPORTER OHNE GRENZEN
FÜR INFORMATIONSFREIHEIT

INSTITUT FÜR DEUTSCHE SPRACHE

IDS *aktuell*

Neues aus dem Institut für Deutsche Sprache in Mannheim

Der Newsletter des Instituts für Deutsche Sprache „IDS *aktuell*“ fasst für Sie die relevantesten Nachrichten rund um das Sprachinstitut zusammen und gibt Ihnen einen kompakten Überblick über seine gegenwärtigen Tätigkeiten.

Unverbindlich und kostenlos erhalten Sie interessante Informationen zu aktuellen sprachlichen Themen, Tagungen, Neuerscheinungen, Projekten, Kooperationen und Angeboten des IDS. Integrierte Links führen direkt zu ausführlichen Berichten, Projekten oder Services.

Der Newsletter erscheint alle zwei Monate. Alle Ausgaben sowie die Möglichkeit zur Anmeldung gibt es unter:

www.ids-mannheim.de/aktuell/newsletter/

Haben Sie Fragen oder Anregungen? Dann schicken Sie uns eine E-Mail an:

ids-aktuell@ids-mannheim.de

SPRACHREPORT IN EIGENER SACHE

Die Zeitschrift SPRACHREPORT richtet sich in erster Linie an alle Sprachinteressierten und informiert vierteljährlich über Forschungen und Meinungen zu aktuellen Themen der germanistischen Sprachwissenschaft, kommentiert Entwicklungstendenzen unserer Sprache und beleuchtet kritisch Sprachkultur und Sprachverständnis.

SPRACHREPORT-Printversion
Unkostenbeitrag: 10,- € jährlich
Digitalversion unter <www.ids-mannheim.de/sprachreport>
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Institut für Deutsche Sprache
Postfach 10 16 21
68016 Mannheim
Kontakt: Barbara Stolz
E-Mail: stolz@ids-mannheim.de

Name, Vorname

Straße, Nummer

PLZ, Stadt | Land

Tel.

E-Mail

Ort, Datum | 1. Unterschrift

An die Autoren

Wir bitten Sie, Ihre Beiträge als WINWORD oder RTF-Datei im Anhang per E-Mail zu schicken an: sprachreport@ids-mannheim.de oder auf CD.

Ausführliche Informationen zur Manuskriptgestaltung finden Sie unter: http://pub.ids-mannheim.de/laufend/sprachreport/beitrag.html

Zahlungsart

☐ Ich bezahle die Jahresrechnung per Bankeinzug. Ich ermächtige das IDS, den Rechnungsbetrag von 10,- € von meinem Konto abzubuchen.

☐ Ich warte auf die Jahresrechnung und überweise den Betrag auf das dort genannte Konto.

Die Rechnung wird an die oben genannte Adresse zugestellt. Ich kann die Printversion eine Woche nach Erhalt des ersten Heftes schriftlich widerrufen. Ich bestätige durch meine 2. Unterschrift, dass ich mein Widerrufsrecht zur Kenntnis genommen habe.

Ort, Datum | 2. Unterschriift

Die Zeitschrift SPRACHREPORT kann als Printversion nur pro Kalenderjahr bestellt werden. SPRACHREPORT-Ausgaben, die im Jahr des Erstbezugs bereits erschienen sind, werden nachgeliefert. Die Bestellung der Printversion kann frühestens nach Ablauf eines Jahres gekündigt werden. Sie verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn die Kündigung nicht 2 Monate vor Ablauf eines Kalenderjahres schriftlich mitgeteilt wurde.

Besuchen Sie uns auf facebook: www.facebook.com/ids.mannheim